

Eidelstedt und Lurup unterm Hakenkreuz

Auf den Spuren des Nationalsozialismus im Stadtteil

3. erweiterte Auflage 2025

herausgegeben von
Wolfgang Wallach und Sabine Tengeler



Impressum

Herausgeber: **Mobile Geschichtswerkstatt Eidelstedt**, Goldregenweg 14, 22523 Hamburg
in Zusammenarbeit mit Sabine Tengeler und dem
Stadtteilbeirat Luruper Forum, Böverstland 38, 22547 Hamburg

© Copyright 2019 1. Auflage und © Copyright 2023 2. Erweiterte Auflage: Wolfgang Wallach (Hrsg.)

© Copyright 2025 3. Erweiterte korrigierte und aktualisierte Auflage: Wolfgang Wallach und Sabine Tengeler (Hrsg.)

Titel **Eidelstedt und Lurup unterm Hakenkreuz, Hamburg 2025**

Satz Sabine Tengeler

Druck Wir machen Druck, 71522 Backnang

Diese Broschüre wird auch als pdf-Datei veröffentlicht, s. www.unser-lurup.de und
eidelstedt.info/kultur_freizeit/mobile-geschichtswerkstatt-eidelstedt

Gefördert durch den RISE-Verfügungsfonds Lurup/Stadtteilbeirat Luruper Forum

Inhalt

Vorbemerkungen	5
- Das Thema in der lokalen Geschichtsschreibung	6
- Erinnerungsarbeit in Lurup	
- Erinnerungsarbeit in Eidelstedt · Stolpersteine · Mut zum Mittun · Quellenlage	7
- Dank	7
Eidelstedt unterm Hakenkreuz	8
- Die Doppeleiche als nationales Denkmal	8
- Bücherverbrennung in Eidelstedt?	9
Zwangsarbeit in Eidelstedt und Lurup	10
- Lager und Konzentrationslager in Lurup, Eidelstedt und Stellingen	
<i>Anke Schulz</i>	10
- Das Barackenlager am Friedrichshulder Weg – ein Frauenaußenlager des KZ Neuengamme <i>Hans Ellger</i>	11
- Skizze des KZ Außenlagers	14
- Die Geschichte von Hédi Fried und Livia Fränkel	20
Zwangsarbeit in Eidelstedt und Lurup – Stolpersteine	23
- Julianna Malinowska, <i>Margot Löhr</i>	23
- Der Knabe mit dem Nachnamen Domaracka, <i>Margot Löhr</i>	24
- Der Knabe mit dem Nachnamen Dub, <i>Margot Löhr</i>	25
- Marianne Taus, <i>Margot Löhr</i>	27
Zwangsarbeit in Eidelstedt und Lurup – misslungene Aufarbeitung	28
- Der Prozess gegen den Lagerleiter Walter Kümmel	28
Zwangsarbeit in Eidelstedt und Lurup – Gedenken	30
- Mahnwache beim Gedenkstein für die Opfer des KZ Außenlagers Eidelstedt am 11.10.2024	30
- Gedenken an jüdische Zwangsarbeiterinnen und ihre ermordeten Kinder Stolpersteinverlegung am Gedenkstein für das KZ Außenlager am Friedrichshulder Weg	31
Zwangsarbeit in Eidelstedt	33
- Die Behelfsheimsiedlung am Jaarsmoor	33
- Schüler-Projekt zur Rekonstruktion der Plattenhaus-Siedlung	34
- Zwangsarbeiter im Industrie-Gebiet von Eidelstedt	37
- Einweihung der Gedenktafel für das Zwangsarbeiterlager in der Lederstraße	38
- Brief der Zwangsarbeiterin Wera Stepanova	41
Zwangsarbeit in Eidelstedt – Stolpersteine für Mütter und Kinder	43
- Nicolai Tuschkin <i>Margot Löhr</i>	43
- Wolodimir Patrowskij <i>Margot Löhr</i>	44
- Anna Podolitsch <i>Margot Löhr</i>	45
- Der Knabe mit dem Nachnamen Podolitsch <i>Margot Löhr</i>	45
- Zwei Stolpersteine für Anna Podolitsch und ihren Sohn	47

Stolpersteine in Eidelstedt	48
- Heinrich Schröder <i>Johannes Grossmann</i>	48
- Max Sommerfeld <i>Björn Eggert</i>	52
- Lieselotte Edith Brandt <i>Ingo Wille</i>	54
- Alfred Gutmann <i>Bärbel Klein</i>	56
- Leni Timm <i>Karin Gutjahr</i>	60
- Bertini Preis 2024 – für junge Menschen mit Zivilcourage für die beruflichen Schulen B24	63
• Zwangsarbeit in der Landwirtschaft	65
• Raissa Illjina – eine Zwangsarbeiterin wird Bäuerin in Eidelstedt	66
• Der Hanseatenwall	70
Lurup unter der Herrschaft der Nationalsozialisten	71
• Auszüge aus Anke Schulz: Fischkistendorf Lurup	71
- Eine Mauer aus Feindseligkeit und Angst	71
- „Arbeitsscheue Volksgenossen“ und der „freiwillige Arbeitsdienst“	71
- „Die Ortsgruppe als Siedlungszelle“	71
- Übergriffe auf Siedlergemeinschaften	73
- Schulzeit in Lurup unter dem Nationalsozialismus	76
- Juden, Zeugen Jehovas, „Asoziale“, Sinti und Roma: Ausgrenzung, Verfolgung, Mord	77
• Auszüge aus Anke Schulz: Die Enteignung der Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondys	79
- Vorwort	79
- Kerngebiet nationalsozialistischer Macht in Lurup	79
- Zwangsverpachtung	80
- Verordnungen nach 1938	80
- Reichsfluchtsteuer und Sperrkonto	81
- Hamburgische Grundstücksverwaltungsgesellschaft	81
- Die Enteignung zugunsten der Hansestadt Hamburg	82
- Zwangsarbeiterlager und Außenlager des KZ Neuengamme	85
- Immobilien für ein Gemeindehaus und einen Bunker	85
- Immobilien für die Kleingartenkolonie Kiebitzmoor	85
- Wiedergutmachung?	85
- Persönliche Worte	86
Stolpersteine in Lurup	87
- Paul Heidebrecher <i>Bernd Rosenkranz/Ulf Bollmann</i>	87
- Wilhelm Hagen <i>Anke Schulz</i>	88
- Klara Sierau <i>Bärbel Klein</i>	93
- Hans Sassin	95
- Helene Grell <i>Ingo Wille</i>	96
- Elly Seemann <i>Ingo Wille</i>	98
Schlusswort	101
Quellenverzeichnis	102
Vom Stolpern <i>Inge Grolle</i>	103

Vorbemerkungen

Die dritte Auflage dieser Broschüre ist ein stadtteilübergreifendes Projekt des Luruper Forums und der mobilen Geschichtswerkstatt Eidelstedt. Diese Zusammenarbeit ist überfällig, denn an die Zwangsarbeit und das Leid der Gefangenen des KZ Außenlagers Eidelstedt wird aus gutem Grund in Lurup und in Eidelstedt erinnert.

Das Thema Nationalsozialismus in der lokalen Geschichtsschreibung

Die systematische gesellschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus begann erst gegen Ende der 1970er Jahre. Lange war die Scham und das Bedürfnis die eigenen Versäumnisse zu verdrängen stärker als die Bereitschaft, sich den unangenehmen Wahrheiten zu stellen. Dies änderte sich erst am Ende der 1970er Jahre, als sich eine neue Generation von Historiker*innen, Lehrer*innen in den Schulen, Jurist*innen in den Gerichten und Politiker*innen für eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit einsetzten.

Erinnerungsarbeit in Lurup

In Lurup wurden einige wichtige Schritte in diese Richtung gegangen:

Im Februar 1978 gründete sich in der Emmaus-Kirchengemeinde Hamburg-Lurup ein „Arbeitskreis gegen Neofaschismus“. Ziel der Initiative war, „über die Ziele, Verbrechen und Verblendung der nationalsozialistischen Bewegung aufzuklären“. Dazu wurde 1979 **am Kleiberweg 115** ein Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus aufgestellt. Eine Bronzetafel zur Erinnerung an das Außenlager Eidelstedt des KZ Neuengamme wurde später ergänzt.

1983 erschien die Untersuchung von Matthias Hütgens über das KZ Außenlager im Friedrichshulder Weg. Er war Schüler in Eimsbüttel und forschte in Lurup.

Dort befragte er Anwohner*innen zu ihren Erinnerungen an das Lager. Dies war ein sehr verdienstvolles Projekt, denn heute gibt es keine Zeitzeug*innen mehr, die Auskunft geben können. Matthias Hütgens gewann damals einen Preis im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten.

Einige Jahre später machte sich in der von ihr gegründeten Geschichtswerkstatt Lurup Anke Schulz – auch Mitglied in der VVN (Verbindung der Verfolgten des Nationalsozialismus) – an die Arbeit. Sie leistete mit Veröffentlichungen, Vorträgen und Stadtteolführungen sowie der Pflege von Kontakten zu den Überlebenden der Gewaltherrschaft viele wichtige Beiträge zur Aufarbeitung der Verbrechen der Nationalsozialisten. (Siehe auch ihre Rede von 2009 auf Seite 47 und Quellen Seite 57). Dafür wurde sie 2013 mit dem Luruper Kulturpreis geehrt.

1985 wurde der Gedenkstein für die Leiden der Frauen im KZ Außenlager am Friedrichshulder Weg (gegenüber Randowstraße 14) gesetzt. Bei dieser Aktion spielte auch die Gesamtschule Glückstädter Weg in Osdorf (heute Geschwister-Scholl-Stadtteilschule) eine wichtige Rolle. Hier wurde ein Projekt über das La-



Gedenkstein am Kleiberweg 115 · Foto: Sabine Tengeler

ger durchgeführt. Hans Ellger, ein Schüler, der daran beteiligt war, studierte später Geschichte und beschäftigte sich in seinem Staatsexamen

und danach auch im Rahmen seiner Promotionsarbeit intensiv mit dem Lager. Dazu reiste er nach Schweden, Israel und Kanada und hatte die Gelegenheit, Überlebende des ehemaligen Frauenaußenlagers persönlich kennen zu lernen und zu interviewen. So wuchs unser Wissensstand über das Lager erheblich. Seine Darstellung der Geschichte des Lagers findet sich auf Seite 10ff. Auch trug diese Arbeit dazu bei, dass ein regelmäßiger Austausch entstand zwischen den Überlebenden und den Menschen, die sich hier in Hamburg für die Erinnerungskultur engagierten.

Erinnerungsarbeit in Eidelstedt

Gleich nach dem Ende des Krieges widmeten sich auch in Eidelstedt die ehemaligen Widerstandskämpfer und Opfer der NS-Herrschaft dem Gedenken und der Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Sie schlossen sich 1947 in der VVN-BdA – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten – zusammen und gründeten auch in Eidelstedt eine Ortsgruppe. Sie setzten sich seitdem für die Interessen der Opfer, gegen das Vergessen, für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und den Kampf gegen neue rechte Tendenzen ein. Die Gruppe traf sich nach 1980 auch im Eidelstedter Bürgerhaus. Die Arbeit von Matthias Hütgens wurde im 1984 gegründeten Heimatmuseum im Eidelstedter Bürgerhaus archiviert, aber die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Eidelstedt wurde im Museum damals noch nicht thematisiert und präsentiert.

Stolpersteine

Seit 2015 wurden vom Kooperationsprojekt „Stolpersteine in Hamburg“ bis jetzt zehn Stolpersteine in Eidelstedt und vier Stolpersteine in Lurup verlegt. In diesem Projekt arbeiten viele Menschen ehrenamtlich mit der Landeszentrale für politische Bildung zusammen und haben so ein umfangreiches Netzwerk von Erinnerungsstätten über die ganze Stadt gelegt.

Eine weitere Initiative aus der Bezirkspolitik gab es schon 1991, als eine kleine Nebenstraße am Niekampsweg in Antonie-Möbis-Weg benannt wurde. Sie war Widerstandskämpferin, Kommunistin und Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft von 1931-1933, hatte jedoch nichts mit Eidelstedt zu tun.

Seit den Jahren 2017/18 hat es verschiedene Projekte im Gymnasium Dörpsweg zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus gegeben ebenso wie in der Stadtteilschule Eidelstedt. Auch regelmäßige Stadtteilleitungen auf den Spuren des Nationalsozialismus in Eidelstedt fanden seit 2018 statt. Diese Arbeit soll fortgesetzt werden.

Mut zum Mittun

Mit der dritten Auflage dieser Broschüre wollen wir die Arbeit an der Erinnerungskultur in beiden Stadtteilen weiter vorantreiben und neue Erkenntnisse zusammenfassen.

Im Jahr 2025, 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, hat diese Arbeit eine neue Aktualität gewonnen. Weltweit, in den meisten Ländern Europas und auch in Deutschland gewinnen rechtsradikale Parteien an Einfluss, Werte wie Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, universelle Menschenrechte, die für Jahrzehnte als selbstverständlich galten, werden zunehmend infrage gestellt.

Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus bedeutet für uns auch, Mut zu fassen und zum Mittun einzuladen: gegen jede Ideologie, Bewegung und Organisation, die Menschen zu Sündenböcken für gesellschaftliche und soziale Probleme macht, sie diskriminiert, benachteiligt und sie schließlich Tod und Vernichtung preisgibt.

Quellenlage

Durch die Autobiografie von Hédi Fried, die Arbeiten von Matthias Hütgens, Anke Schulz Hans Ellger und Friederike Littmann zum Thema „Zwangsarbeit in Hamburg“ sind wichtige Grundlagen zur Erforschung des Themas gelegt worden.

Es gibt aber kaum noch Zeitzeugen und da viele Geschichten bisher nur mündlich überliefert wurden, müssen wir damit rechnen, dass diese Informationsquelle dabei ist zu versiegen.

2020 brachte Margot Löhr nach umfangreichen Recherchen dann ein neues Buch heraus, welches ein weiteres trauriges Kapitel zum Thema intensiv beleuchtet. Darin werden rund 400 Schicksale dokumentiert von Säuglingen, die in den Lagern geboren wurden, sowie den jungen Menschen, die als Kinder in die Lager-

haft gerieten. Zu Erinnerung an diese Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden seit 2023 neue Stolpersteine gesetzt.

Zum Glück können wir uns bei fast allen Themen auf die Publikationen stützen, die schon früher die Informationen gesichert haben. Die Pflege und Erweiterung unseres Wissensschatzes, seine Weiterverbreitung, die Arbeit gegen das Vergessen bleibt in einer Zeit, in der bei vielen die Erinnerungen verblassen und nationalistische, oft rassistische politische Positionen wieder salonfähig werden, dringend geboten. Die positive Resonanz auf die Schülerprojekte und die Stadtteilführungen ist dazu ein Ansporn.

Dank

... an alle, die diese Arbeit durch Beiträge, Informationen oder durch ihr Vorbild unterstützt, angeregt und möglich gemacht haben.

Anke Schulz
Hans Ellger
Die Schüler- und Lehrer*innen
des Gymnasiums Dörpsweg
Familie Ramcke
Käthe Frerking
Ronald Gröll
Johannes Grossmann
Björn Eggert
Ingo Wille
Margot Löhr
Bärbel Klein
Matthias Hütgens
Hildegard Lunau
Ortwin Pelc
Karin Gutjahr
Bernhard Rosenkranz (†)
Ulf Bollmann
Inge Grolle

Eidelstedt/Lurup im Juni 2025

Sabine Tengeler, Wolfgang Wallach

Die Doppeleiche als nationales Denkmal

Auch in Eidelstedt ist der Nationalsozialismus nicht einfach vom Himmel gefallen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts erfüllte sich der Traum des Bürgertums in Deutschland: Die nationale Einigung im Deutschen Reich seit 1871 mit einem Parlament und dem allgemeinen Wahlrecht für die Männer. Die Mehrheit der Bürger war zufrieden. Noch in der Opposition war die Arbeiterbewegung, die für ihre Beteiligung an der politischen Macht kämpfte.

Die SPD, seit 1878 unter Reichskanzler Bismarck durch die Sozialistengesetze unterdrückt, seit 1890 wieder erlaubt, versuchte dieses Ziel auf dem parlamentarischen Wege zu erreichen. Ihr Wachstum zur stärksten Fraktion im Reichstag bis zum Ersten Weltkrieg trieb das Bürgertum weiter in die Arme der konservativen nationalistischen Parteien. In den 1890er Jahren wurde die Agitation für nationalistische, imperialistische, konservative Ziele und Visionen immer lauter.

Ein Ausdruck dieser Agitation war die Doppeleiche, die – wie an vielen anderen Orten in der Region – auf dem Eidelstedter Platz im Herbst 1897 gepflanzt wurde. Sie erinnerte an den nationalen Kampf der Schleswig-Holsteiner, die unter dem Slogan „Up ewig ungedeelt“ 50 Jahre zuvor einen Aufstand gegen die dänische Oberherrschaft geführt und verloren hatten. Nun diente diese Erinnerung dazu, die konservativ gesinnten Bürger unter den Fahnen des Nationalismus zu versammeln. Der Stolz über den Triumph über Dänemark 1864, der Stolz auf das Erreichte sollte die Menschen zusammenschweißen. Die engagierten Eidelstedter, die Elite des Dorfes, trafen sich im Gasthaus Ramcke zum Feiern mit musikalischem Programm und zu einem Fackelzug durch den Ort. Vor der Doppeleiche wurde der flache Findling aus der Sandgrube des Bauunternehmers Otto Timm aufgestellt und mit der Parole „Up ewig ungedeelt“ versehen.

Mit dieser über Jahrzehnte aufgebauten nationalistischen Agitation gingen die Deutschen – wie die meisten Europäer – mehrheitlich aus Überzeugung in den Ersten Weltkrieg, kämpften unter immensen Opfern vier Jahre lang für Gebietserweiterungen, ein Kolonialreich, billige Rohstoffe usw. Auch in Eidelstedt wurden im Ortsamt die Spenden der Bürger an Gold,

Metallen, warmer Kleidung zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen gesammelt. Nach der Chronik des Jochim Hinsch verloren rund 140 Soldaten aus Eidelstedt ihr Leben im Ersten Weltkrieg.¹

Das Deutsche Reich gehörte zu den Verlierern des Krieges. Die nationale Frustration durch die Niederlage und die harten Bedingungen des Friedensvertrags von Versailles 1919/20 lösten eine neue nationalistische Bewegung aus, die Hitler mit seiner Nationalsozialistischen Partei 1933 – 14 Jahre später – an die Regierung brachte. Damit kam ein noch aggressiverer Nationalismus an die Macht, der Andersdenkende und Minderheiten noch skrupelloser bekämpfte bis hin zum Holocaust, dem massenhaften millionenfachen geplanten Mord an unschuldigen Menschen.

Erst nach dem zweiten Weltkrieg waren Europa und ein großer Teil der Menschheit bereit für eine Überwindung des Nationalismus für die Gründung der Vereinten Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Lange schien der Konsens über diese Ziele in



Werbung eines Gärtners und Baumschulbesitzers für seine Doppeleichen (1897)

der Welt so stark, dass es bei allen Problemen nur eine Frage der Zeit sei, bis diese Visionen in die Wirklichkeit umgesetzt würden.

Heute im Jahr 2025 müssen wir erkennen, dass dieser Konsens wieder zur Disposition steht. Wenn in alten Demokratien wie den USA und Großbritannien gewissenlose Populisten in höchste Ämter gewählt werden, zeigt sich, dass wir für die Ziele der Aufklärung weiter kämpfen müssen.

¹ Jochim Hinsch, Eidelstedter Chronik S. 62

Bücherverbrennung in Eidelstedt?

1998 – also vor 25 Jahren – gab es im Umfeld des Heimatmuseums eine Gruppe von Eidelstedterinnen, die eine Ausstellung zur Geschichte des Stadtteils erstellten. Eine der noch vorhandenen Tafeln daraus enthält Hinweise auf die Zeit im Nationalsozialismus. Da sind zunächst diese beiden Bilder mit der folgenden Beschriftung:

Leider wirft das untere Bild genauso viele Fragen auf, wie es beantwortet. Zwar sagt es der Text eindeutig, dass auf dem Eidelstedter Platz eine Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten stattfand, allerdings fehlt jede zeitliche Angabe. Auch ist auf dem Bild nichts zu erkennen, was eine eindeutige Zuordnung zu Eidelstedt ermöglicht, seien es Menschen oder Gebäude. Es gab damals in Deutschland, auch in Hamburg, viele ähnliche Bücherverbrennungen. Für eine solche im Stadtteil Eimsbüttel am Kaiser-Friedrich-Ufer wurde 1985 eine Gedenkstätte eingerichtet. Zu einem derartigen Ereignis in Eidelstedt ist dieses Bild leider der einzige Hinweis. Es gibt bisher keine weiteren Informationen. Die Befragung der letzten Mitarbeiterinnen, die damals an der Erstellung dieser Tafel beteiligt waren, brachte keine neuen Erkenntnisse.

Eine andere Stelle in der Ausstellung lautet:

1933

Wenn die NSDAP mit ihren Fahnen durch Eidelstedt marschierte, verschwanden die meisten Eidelstedter Passanten in die Häuser um nicht die Fahne mit dem Hitlergruß, wie vorgeschrieben, zu grüßen.¹

Diese Einschätzung begegnet uns immer wieder in den Aussagen von Zeitzeugen, die betonen, wie sehr der Nationalsozialismus in Eidelstedt abgelehnt wurde. Es gab übereifrige BDM-Führerinnen, die ihre Mitschülerinnen unter Druck setzten, ihre Pflichten gegenüber dem Staat nicht zu ver-

¹ Diese Aussage findet sich auch bei Anne Marie Hildebrandt, **Eidelstedt, du hest di bannig veraennert**, Band 1, Hamburg 2001, S. 100.

nachlässigen, es gab Menschen, die sich dagegen wehrten, sich aber doch fügen mussten. Es ist heute kaum noch möglich, ein realistisches, differenziertes Bild zu entwickeln, wie weit die Eidelstedter die NSDAP unterstützten. Wir können aber die vorhandenen Berichte zusammen tragen zu einer Art Puzzle und uns so der damaligen Wirklichkeit anzunähern.



Öffentliche Bücherverbrennung von Werken jüdischer Schriftsteller vor dem Gasthaus Doppeleiche, Kieler Straße (Eidelstedter Platz)

Fotos: Mobile Geschichtswerkstatt Eidelstedt



Lager und Konzentrationslager in Lurup, Eidelstedt und Stellingen

Lurup, Eidelstedt und Stellingen bestanden damals in weiten Teilen aus unbebautem, freiem Gelände, die Wohnungsdichte war relativ gering. Dieses ließ den Raum aus Sicht der Nationalsozialisten besonders geeignet erscheinen für die Errichtung von Lagern für Zwangsarbeiter und Konzentrationslagern. Im Friedrichshulder Weg wurden zeitweilig zwei Lager betrieben, ein Lager für Polinnen und Russinnen, die, zur Zwangsarbeit verschleppt worden waren und das Lager zeitweilig verlassen durften, und ein durch Wachtürme kontrolliertes KZ, ein Außenlager des KZ Neuengamme, in dem Jüdinnen unter unmenschlichsten Bedingungen arbeiten mussten. Außerdem befanden sich ab 1934 im Rondenbarg und wahrscheinlich ab 1939 auch im Lederweg in der Nähe zum Volkspark Lager für Sinti und Roma. In der Lederstraße in der Nähe des heutigen Fußballstadions befand sich nach 1940 eines der größten Lager für Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen des Hamburger Raumes.¹⁵⁹ Die „Ostarbeiter“, die hier kaserniert wurden, mussten wie alle „Ostarbeiterinnen“ darauf achten, dass auf jedem Kleidungsstück das Abzeichen „Ost“ getragen würde. Dasselbe sei nicht mit Sicherheitsnadeln anzustecken, sondern müsse festgenäht werden.“ Ein Kommissar der Gestapo warnte die Hamburger Firmen, die „Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen“ beschäftigten, ihnen nicht zu viel Bargeld zukommen zu lassen, dadurch steige die Fluchtgefahr, „da festgestellt ist, dass unter den Ostarbeitern politische Kommissare und ehemalige Rotarmisten vorhanden sind. Unter den Frauen seien sogenannte Flintenweiber festgestellt worden.“ Deutsche sollten nicht zu vertraut mit den „Ostarbeitern“ werden. Die Tochter eines Hamburger Vorarbeiters, die einer „Ostarbeiterin“ hatte Kleidung zukommen lassen, kam dafür ins Gefängnis.¹⁶⁰ Solche oder ähnliche Schicksale dürften sich auch in diesem Lager an der Grenze zwischen Lurup und Stellingen abgespielt haben.

Für den „Schrottbetrieb ... in den Bezirksstellen Billbrook und Bahrenfeld“, für die „Altmaterialverwertung“ als „kriegswichtige Aufgaben“, wurden „russische Zivilgefangene“ von der Arbeitsfürsorge eingefordert.¹⁶¹

Da einige Arbeiter arbeitsunfähig erkrankt und mehrere entflohen waren, wurden vom Hauptverwaltungsamt weitere eingefordert.¹⁶² Über die Bestattung sowjetischer Kriegsgefangener, die Opfer von Todesurteilen waren, stritten sich Sozialverwaltung und Garten- und Friedhofsamt, bis das Oberkommando der Wehrmacht eine Verordnung durchsetzte, wonach die Wehrmacht die Bestattung in Massengräbern „unauffällig durchführen“ solle.¹⁶³

Aus überlieferten Antragslisten für Barackenlager lässt sich rekonstruieren, dass zahlreiche solcher Lager im Westen Hamburgs bestanden. Barackenlager benötigte beispielsweise 1942 eine Firma P. in Bahrenfeld: „Die Baracke soll in der Siedlung Schenefeld untergebracht werden.“¹⁶⁴

In Lurup und Osdorf wurden 1942 zahlreiche Grundstücke für die Einrichtung von Barackenlagern für geeignet gehalten. „Grundstücke die sich für die Aufstellung von Baracken während des Krieges eignen: Lurup Gelände Elbgaustraße am Bahnhof, Weiden Luruper Hauptstraße Lüttkamp, Osdorf Gelände an der Osdorfer Landstraße, Stellingen Sportplatz Kaiser Friedrich-Straße, Sportplatzring, Stellingener Weiden hinter Hagenbecks Tierpark, Grundstück Vereinsbank Reichsbahnstraße, Sportplatz hinter Feuerwache Eidelstedt.“¹⁶⁵

Für die Unterbringung von Russinnen als Zwangsarbeiterinnen in der Fischindustrie wurden zahlreiche Anträge gestellt; alle großen Fischunternehmen jener Zeit verfügen über derartige Barackenlager.

¹⁵⁹ Archiv Friederike Littmann

¹⁶⁰ Staatsarchiv Hamburg, PA 11.27, Allgemeines über Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte

¹⁶¹ Staatsarchiv Hamburg, PA 11.27, Schreiben der Arbeitsfürsorge vom 17.7.1942 und des Senatsdirektor vom 8.8.1942

¹⁶² Staatsarchiv Hamburg, PA 11.27, Schreiben vom 17.11.1942

¹⁶³ Staatsarchiv Hamburg, WA 59.30

¹⁶⁴ Staatsarchiv Hamburg, Bestandsnummer 424-15, Bauverwaltung Altona, Signatur 667

¹⁶⁵ Staatsarchiv Hamburg, Bestandsnummer 424-15 Bauverwaltung Altona Signatur 667

Quelle – mit freundlicher Genehmigung der Autorin:
Anke Schulz, Fischkistendorf Lurup, Hamburg 2002, S. 89f

Das Barackenlager am Friedrichshulder Weg

Ein Frauenaußenlager des Konzentrationslagers Neuengamme

Die Stätten, die in dieser Region am meisten für das Unrecht der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft stehen, waren die Lager für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Hier wurden Tausende in einem unmenschlichen System zu entwürdigender Arbeit gezwungen, was viele nicht überlebten, oft unter den Augen der deutschen Nachbarn und Kollegen. Dies waren zum einen eine Reihe von Lagern im Industriegebiet rund um die Schnackenburgallee und die Ottenser Straße, dann kleinere Einrichtungen in der Gegend des Bahnbetriebswerks an der Elbgaustraße und nicht zuletzt das KZ Außenlager am Friedrichshulder Weg.

Das Lager wurde bis 1944 für verschiedene Zwecke genutzt, die nicht leicht zu rekonstruieren sind, da bei Kriegsende fast alle offiziellen Unterlagen vernichtet wurden.

Recht gut erforscht ist die Zeit von Ende September 1944 bis April 1945, als hier 500 jüdische Frauen aus Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei inhaftiert waren, die in Hamburg und besonders in Eidelstedt zur Arbeit gezwungen wurden.

Der folgende Text stammt von Hans Ellger.

“Wir gedenken der Mädchen und Frauen, die hier im KZ 'Eidelstedt' unter dem Terror der Nazis litten.“

So ist es auf dem Gedenkstein zu lesen, der 1985 von der Gesamtschule Glückstädter Weg, heute Geschwister-Scholl-Gesamtschule, am Rande des ehemaligen Lagergeländes errichtet wurde.

Die Existenz dieses Außenlagers war fast vierzig Jahre lang verdrängt und vergessen worden. Erst Ende der siebziger Jahre beschäftigten sich die in der Nähe des früheren Außenlagers liegenden Kirchengemeinden zum ersten Mal mit diesem Lager. Eine Versammlung von Neofaschisten im Februar 1978 und das bereits eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Lagerleiter Walter Kümmel veranlasste die Emmaus-Kirchengemein-

1 Von der Webseite der Geschichtswerkstatt Lurup, Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors, http://www.geschichtswerkstatt.lurup.de/KZ_Au%DFenlager.htm

de, gemeinsam mit der Auferstehungs-Kirchengemeinde, beide ansässig in Hamburg-Lurup, einen Arbeitskreis gegen Neofaschismus zu gründen und mit Hilfe einer Broschüre die nationalsozialistische Vergangenheit des Stadtteils der Öffentlichkeit bewusst zu machen.

Im Rahmen eines Schülerwettbewerbs „Deutsche Geschichte“ verfasste Matthias Hütgens 1983 die erste Darstellung über das Außenlager Hamburg-Eidelstedt. In seiner Arbeit beleuchtet er viele wichtige Aspekte des Lebens auch außerhalb des Lagers wie beispielsweise die Umgebung des Lagergeländes, die unterschiedlichen Beziehungen der ehemaligen Häftlinge zu den dortigen Anwohnern sowie die verschiedenen Orte, an denen die Gefangenen arbeiten mussten.

Ein Jahr später entschloss sich eine Lehrerin an der damaligen Gesamtschule Glückstädter Weg, ein jahrgangsübergreifendes Projekt zum Thema Nationalsozialismus im Stadtteil durchzuführen. Mit Hilfe der Schülerarbeit von Matthias Hütgens und vorhandenen Materialien aus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme fertigten Schülerinnen und Schüler eine Ausstellung über dieses Lager an und initiierten die Errichtung des heutigen Gedenksteins. Hans Ellger:

„Als ehemaliger Schüler der Gesamtschule Glückstädter Weg war ich selbst an der Vorbereitung und Durchführung dieses Projektes beteiligt, was nicht zuletzt ausschlaggebend für eine weitere Beschäftigung mit der Geschichte dieses Lagers während meines Studiums war. Im Rahmen meines ersten Staatsexamens am Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg habe ich versucht, einen Teil der Struktur des Lagers und die Lebensbedingungen, denen die Jüdinnen aus Osteuropa ausgesetzt waren, zu rekonstruieren.

Mit Hilfe der sechzehn Bände des Ermittlungsverfahrens beim Landgericht Hamburg gegen Walter Kümmel, überlieferten Dokumenten und einigen Interviews, die von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in den neunziger Jahren geführt worden sind, ist es mir gelungen, einen Teil der Geschichte dieses La-

Zwangsarbeit in Eidelstedt und Lurup

gers zu beleuchten. Im Zuge meines Promotionsprojektes habe ich dann auf meinen Interviewreisen nach Schweden, Israel und Canada die Gelegenheit gehabt, Überlebende des ehemaligen Frauenaußenlagers Hamburg-Eidelstedt persönlich kennen zu lernen und interviewen zu können. Bei dem nun folgenden Überblick über die wichtigsten Strukturen des Lagers Hamburg-Eidelstedt sowie über die dortigen Lebensbedingungen der jüdischen Häftlinge möchte ich davon berichten, was mir die Überlebenden bei meinen Besuchen über die Ereignisse im Lager Hamburg-Eidelstedt erzählt haben.

Neben diesen Interviews und den Erinnerungsberichten, die in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme archiviert sind, stellt außerdem der von Hédi Fried 1995 veröffentlichte Erinnerungsbericht über die Ereignisse im Lager Hamburg-Eidelstedt eine sehr wichtige Quelle dar. Hédi Fried wurde als rumänische Jüdin 1944 aus ihrer Heimatstadt Sighet verschleppt und nach Auschwitz deportiert. Im Konzentrationslager Auschwitz wurde sie zusammen mit ihrer Schwester für die Zwangsarbeit in Norddeutschland ausgewählt. Sehr eindrucksvoll berichtet sie von den Lebensverhältnissen im Außenlager Hamburg-Eidelstedt, dem täglichen Arbeitseinsatz außerhalb des Lagers sowie der menschenverachtenden Behandlung der Jüdinnen durch die Nationalsozialisten.

Das Außenlager Hamburg-Eidelstedt befand sich am Friedrichshulder Weg, im heutigen Stadtteil Hamburg-Lurup. Während des Krieges gehörte das Gebiet des Barackenlagers zu dem benachbarten Stadtteil Hamburg-Eidelstedt, wonach das Lager seinen Namen erhielt. Das Lager befand sich am Rande der Eidelstedter Heide in einer eher spärlich bewohnten und bebauten Gegend. Die in der Nähe liegen-

de Feldmark wurde von den dort ansässigen Bauern für landwirtschaftliche Zwecke genutzt. Damals wie auch heute führte direkt am Lagergelände die Bahnstrecke von Hamburg in Richtung Norden vorbei. Der Bahnhof Eidelstedt, einer der größten Verschiebebahnhöfe der damaligen Zeit, lag in unmittelbarer Nähe des Außenlagers. Nicht weit vom Bahnhof be-



Ehemaliges Außenlager Eidelstedt.

© Foto: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 1983. (ANg 1982-2203)

fanden sich die sogenannten Eisenbahnerhäuser, in denen Beschäftigte der Deutschen Reichsbahn lebten. Infolge der großen Arbeitslosigkeit von 1929 bis 1936 veränderte sich die Struktur der eher dünn besiedelten Eidelstedter Feldmark. Neben Bauern und Arbeitern der Deutschen Reichsbahn zogen zunehmend auch ärmere Menschen der Hamburger Bevölkerung in das Gebiet, da sie die teuren Mieten der Stadtmitte nicht mehr bezahlen konnten. Außerdem flohen im Zuge der großen Bombenangriffe auf Hamburg im Sommer 1943 immer mehr Menschen in die Randgebiete der Stadt oder wurden als Ausgebombte und Flüchtlinge nach Eidelstedt und Lurup gebracht.

Um die Bombenopfer in diesen Stadtteilen unterbringen zu können, wurden ab 1943 Behelfsunterkünfte, sogenannte Plattenhäuser errichtet, was eine dichtere Besiedlung der Stadtteile Eidelstedt und Lurup ab 1943 zur Folge hatte.

Es ist heute sehr schwierig, genaue Angaben darüber zu machen, wann das ehemalige Barackenlager, das ab 1944 zum Außenlager des

Konzentrationslagers Neuengamme wurde, errichtet worden ist, da die Nationalsozialisten alle hierfür relevanten Unterlagen bei Kriegsende vernichtet haben. Nach den Erinnerungen früherer Anwohner und einiger Überlebender sollen vor der Ankunft der Jüdinnen in den Holzbaracken ab 1943 italienische Kriegsgefangene gelebt haben, die dort zum Bau von Plattenhäusern abkommandiert worden waren.

Auch die Frage nach dem ehemaligen Besitzer dieses Lagers ist auf den ersten Blick nicht eindeutig zu beantworten. In der Regel wurden Außenlager von Konzentrationslagern unmittelbar in der Nähe eines Industriebetriebes oder direkt auf dem Gelände der Fabrik errichtet, in denen die Häftlinge zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden. Dies ist bei dem Außenlager Hamburg-Eidelstedt so nicht erkennbar. Der Standort des Lagers an der Bahnlinie und die verschiedenen Aufgabenbereiche der Frauen – wie spätere Ausführungen noch zeigen werden – ließen aber immer vermuten, dass der Besitzer bzw. Betreiber dieses Lagers die Deutsche Reichsbahn war. Erst der Fund eines Kaufvertrages vom 23.09.1942 im Hamburger Grundbuchamt bestätigte diese Vermutung, worin es heißt: „Zwischen der Vereinsbank in Hamburg, Hamburg, nachstehend kurz „Vereinsbank' genannt und der Deutschen Reichsbahn, vertreten durch die Reichsbahndirektion Hamburg, nachstehend kurz „Reichsbahn' genannt, wird folgender Vertrag geschlossen: Die Reichsbahn erwirbt für das Deutsche Reich, Reichsbahneisenbahnvermögen, von der Vereinsbank das Flurstück zu 6/2, Flur 12 der Gemarkung Eidelstedt, eingetragen im Grundbuch von Eidelstedt Band 41 Blatt Nr. 1909 in Größe von 2261 qm, frei von Schulden und Lasten, zum vollen unbeschränkten Eigentum. Der Kaufpreis beträgt RM 0,70 je qm, mithin für 2261 qm = RM 1582,70 ...“ Damit kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass das Lager Hamburg-Eidelstedt tatsächlich der Deutschen Reichsbahn gehörte.

Das Lager selbst bestand aus zwei großen Schlafbaracken, jeweils mit mehreren Schlafsälen, und einer weiteren großen Baracke, in der sowohl der Waschraum und die Latrinen als auch die Wäscherei und der Vorratsraum untergebracht waren. Innerhalb des Lagergeländes gab es ein Krankenrevier sowie eine Bekleidungskammer und eine Kantine für die

Häftlinge. Die Lagerbaracken waren schätzungsweise auf einem Gebiet von 120 und 150 Metern Länge und 80 Metern Breite aufgestellt. In der Mitte befand sich der Lagerplatz. Das gesamte Gelände war von einem mit Starkstrom geladenen Stacheldrahtzaun umschlossen. An den Ecken des Lagers standen Wachtürme, von denen aus das Lager bewacht wurde. Außerhalb des Lagers, gegenüber dem Haupteingang, wurde für das Bewachungspersonal ein Luftschutzbunker errichtet; direkt daneben befand sich das Gebäude für die Lagerbewachung mit den Schlafräumen für die Lagerleitung. Ebenfalls außerhalb des Lagers lagen die Wirtschaftsräume des Bewachungspersonals, wo sich neben dem Speiseraum und der Küche auch der Proviantraum für die Lebensmittel der Häftlinge befand. (Siehe Lagerskizze, S. 13)

Im Außenlager Hamburg-Eidelstedt waren 500 ausschließlich jüdische Frauen aus Ost- und Südosteuropa inhaftiert. Einige von ihnen kamen aus der Tschechoslowakei, doch die meisten der jüdischen Frauen waren ursprünglich in Ungarn zu Hause. Bevor die Frauen 1944 in das Außenlager Hamburg-Eidelstedt kamen, befanden sie sich in verschiedenen Ghettos und Konzentrationslagern. Die tschechischen Frauen wurden nach einem längeren Aufenthalt im Ghetto Theresienstadt seit Herbst 1943 bzw. Frühjahr 1944 in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert. Die ungarischen bzw. rumänischen Jüdinnen gelangten aus verschiedenen Ghettos vermutlich im Mai bzw. Juni 1944 in das Konzentrationslager Auschwitz. Von dort wurden sie gemeinsam Mitte Juli 1944 nach Hamburg gebracht. Nach kurzen Aufenthalten in zwei weiteren Frauenaußenlagern von Neuengamme wurden sie dann im September 1944 in das Lager Hamburg-Eidelstedt eingeliefert. In einem überlieferten Bericht des SS-Standortarztes Dr. Alfred Trzebinski über den Krankenstand im Lager Neuengamme vom 29.03.1945 wird die Häftlingszahl für das Außenlager Hamburg-Eidelstedt mit 469 Frauen angegeben. Die Diskrepanz zwischen den unterschiedlichen Zahlenangaben läßt sich mit dem Straßenbahnunglück vom 01. März 1945 erklären. An diesem Tag leistete ein Großteil der Frauen des Lagers Hamburg-Eidelstedt Aufräumarbeiten in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofes.

Nach der Arbeit fuhren sie mit der Straßenbahn in Richtung Eidelstedt zurück. Aufgrund eines starken Sturmes stürzte eine große sechsstöckige Häuserruine auf die fahrende Straßenbahn und begrub die vorderen Wagen des Zuges unter sich. In der Hamburger Zeitung war über das Unglück am 02.03.1945 zu lesen: „Folgeschweres Unglück: Durch den herrschenden Sturm stürzte am 1. März 1945 in der Straße Steindamm die Vorderfront eines Hauses in dem Augenblick auf die Fahrbahn, als ein Sonderzug der Straßenbahn mit Lagerinsassen in Richtung Hauptbahnhof an diesem Haus vorbeifuhr. Durch die herabfallenden Brocken wurden der Straßenbahnfahrer, zwei Mann Überwachung und 14 Häftlinge getötet, mehrere Personen schwer bzw. leicht verletzt“. Dr. Loheac, der als französischer Häftling im Stützpunktlager Spaldingstraße als Arzt tätig war, wurde mit der medizinischen Versorgung der Jüdinnen im Lager Hamburg-Eidelstedt beauftragt, da es verboten war, jüdische Häftlinge in ein öffentliches Krankenhaus einzuliefern. Er erinnert sich, dass 14 Frauen sofort tot und 74 Häftlinge teilweise schwer verletzt waren. Viele Frauen hatten Schnittwunden im Gesicht und am Kopf, andere Häftlinge erlitten teilweise komplizierte Knochenbrüche an Armen und Beinen. Da eine Behandlung der Frauen aufgrund des wenig vorhandenen medizinischen Materials nahezu unmöglich war, erlagen weitere Jüdinnen ihren Verletzungen einige Tage nach dem Unglück. Helena Katz und Hanna Löwenstein, die sich mehrere Rücken- und Halswirbel gebrochen beziehungsweise schwere Kopfverletzungen zugezogen haben, wurden erst nach ihrer Befreiung ausreichend medizinisch versorgt.

Über den Zeitpunkt der Ankunft der Frauen im Lager Hamburg-Eidelstedt gibt es unterschiedliche Angaben. Bisherige Darstellungen über die Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme gehen davon aus, dass das Lager Hamburg-Eidelstedt erst ab Oktober 1944 belegt wurde. Dies muss aufgrund von Zeitzeugenaussagen bezweifelt werden. So erinnern sich einige Jüdinnen, dass sie bereits am 27. September 1944 nach Eidelstedt transportiert wurden. An diesem Tag war Jom Kippur, der höchste jüdische Feiertag. Paula Hermann, die im Lager Hamburg-Eidelstedt inhaftiert war, berichtet folgendes: „Und gerade am Jom Kip-

pur wurde uns mitgeteilt, dass wir in ein neues Lager übersiedeln. Nach einer gründlichen Durchsuchung unserer armen Bündel landeten wir auf dem Fußboden von offenen Lastwagen. Kaum hatte die Fahrt begonnen, da fing es an zu regnen und zu hageln. Wir waren vollkommen nass und der Hagel schlug auf unsere Köpfe. Der Hunger, die Kälte und die Verzweiflung hat uns beherrscht. 'Warum, warum werden wir so gestraft an diesem heiligen Tag?' Und alle haben wir bitter geweint. Das neue Lager befand sich in Edelstadt, wo uns auch keine Freude erwartet hat ...“ Auch Hedi Fried, Franzis Adler und Esther Rosenbaum berichten von der Verlegung in das Außenlager Hamburg-Eidelstedt in den Abendstunden des Jom Kippur. Sie alle können sich an die Verlegung noch sehr genau erinnern, da sie trotz der harten Arbeitsbelastung an der jüdischen Tradition festhielten und an diesem Feiertag fasteten. Am Abend des Jom Kippur kehrten die Frauen völlig ausgehungert und erschöpft von ihrer Arbeit in das Lager zurück, in der Erwartung, bald ihre Abendsuppe zu erhalten. Doch ihre Erwartung wurde von der SS enttäuscht, da alle Häftlinge noch vor der Verteilung der Suppe in ein anderes Lager überstellt werden sollten. Diese Verlegung ist den Frauen aufgrund der enormen körperlichen Belastung sehr genau in Erinnerung geblieben.

Bereits im Außenlager Wedel hatte Walter Kümmel als Lagerleiter die Gruppe der etwa 500 weiblichen jüdischen Häftlinge übernommen. Walter Kümmel trat Anfang 1934 als 28jähriger in die Allgemeine SS ein. 1937 wurde er Mitglied der NSDAP. Nach seiner freiwilligen Meldung im April 1941 wurde er von der Waffen-SS zur militärischen Grundausbildung einberufen. Aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigung wurde Walter Kümmel zunächst zum Wachbataillon des Konzentrationslagers Sachsenhausen abkommandiert und bereits nach wenigen Monaten in das Konzentrationslager Neuengamme versetzt, wo er als Telefonist im Bataillonsgeschäftszimmer tätig war. Während seiner Amtszeit in Neuengamme nahm Kümmel an zwei Unterführerlehrgängen teil, durch die er eine intensive militärische Ausbildung erhielt. Mit der Beförderung zum Unterscharführer am 01.12.1943 beendete er seine Ausbildung und wurde Blockführer im Schutzhaftlager des Hauptlagers

Neuengamme. Nach seinem Aufstieg vom Blockführer zum 2. Rapportführer des Hauptlagers im Februar 1944 wurde Kümmel als Leiter eines Bombensuchkommandos, das aus Häftlingen des Konzentrationslagers Neuengamme gebildet wurde, nach Kiel abkommandiert. Mit seiner dortigen Ablösung im Spätsommer 1944 übernahm Walter Kümmel die Funktion des Lagerleiters der Außenlager Wedel und Hamburg-Eidelstedt. Kurz nach dem Einmarsch der englischen Truppen in Hamburg geriet er Anfang Mai 1945 während seiner Flucht durch Schleswig-Holstein in britische Gefangenschaft. Nach den Erinnerungen vieler ehemaliger Häftlinge war Kümmels Verhalten gegenüber den jüdischen Frauen von einer besonderen Strenge und Brutalität geprägt. Er schikanierte sie in vielerlei Hinsicht, beispielsweise durch langes Appellstehen im Winter bei kaltem Wetter. Schon geringste Verstöße der Häftlinge gegen die Lagerordnung oder auch das heimliche „Organisieren“ von etwas Essbarem während der Arbeitszeit bestraft Kümmel durch Stockschläge sehr hart. Er benutzte dabei einen Gummiknüppel, den er „Wahrsager“ nannte. „Er nannte ihn 'Wahrsager', weil er damit so lange prügelte, bis er das, was er erfahren wollte, zu wissen bekam“ – berichtet eine Überlebende.

Innerhalb des Lagers wurden die jüdischen Frauen von SS-Aufseherinnen und außerhalb des Lagers von ehemaligen Zollbeamten bewacht, die aufgrund von Personalmangel innerhalb der SS zu dieser Tätigkeit ab August 1944 verpflichtet worden waren. Die Zöllner waren, neben der Bewachung des Lagerzauns, auch für die Begleitung der Häftlinge zu ihren Arbeitsplätzen zuständig. Die SS-Aufseherinnen übten innerhalb des Lagers die direkte Herrschaft über die weiblichen Häftlinge aus. Sie kontrollierten die Schlafsäle, beaufsichtigten die Verteilung des Essens, organisierten zusammen mit Walter Kümmel das Appellstehen, begleiteten aber auch einige Häftlinge zu ihrem Arbeitsplatz.

Der Alltag der jüdischen Frauen im Außenlager Hamburg-Eidelstedt war ausnahmslos geprägt durch den täglichen Einsatz zur Zwangsarbeit. Jeden Morgen nach dem „Frühstück“, das aus einer kaffeeähnlichen Flüssigkeit bestand und dem Appell verließen die verschiedenen Arbeitskommandos das Lager.

Während ein paar wenige Frauen im Bereich der Küche, des Krankenreviers, der Schreibstube oder zu Reinigungsarbeiten in den SS-Unterkünften innerhalb des Lagers eingesetzt wurden, arbeiteten die meisten Frauen bereits von Tagesanbruch an außerhalb des Lagers. Die jüdischen Frauen wurden hauptsächlich für den Bau von Plattenbauhäusern bzw. Behelfswohnheimen für ausgebombte Hamburger Familien und später auch für die Beseitigung von Trümmern im Hamburger Stadtgebiet eingesetzt. Ein Teil der Literatur, die sich mit der Geschichte der Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme auseinandersetzt, behauptet, dass die jüdischen Frauen des Außenlagers Hamburg-Eidelstedt u.a. auch in der Flugzeug- und in der Munitionsindustrie der Kriegswirtschaft beschäftigt waren. Dafür gibt es anhand der vorhandenen Quellen keine Anhaltspunkte. Weder die Überlebenden noch Walter Kümmel oder andere Personen des Bewachungspersonals, deren Aufgabe es war, täglich die jüdischen Frauen in ihren Arbeitsbereich einzuteilen und sie zu ihrem Arbeitsplatz zu begleiten, können sich an solch einen Arbeitseinsatz erinnern.

Hédi Fried berichtet über ihre Arbeit folgendes: „Meine Gruppe wurde zu einem Arbeitsplatz kommandiert, einer Baustelle. Man errichtete dort kleine Häuser für die Ausgebombten, und wir mussten bei jeder Art von Arbeit helfen. Die härteste, aber auch begehrteste, war das Schleppen der fünfzig Kilo schweren Zementsäcke vom Lager zum Baugrund. Die hatte den Vorteil, dass man einige hundert Meter alleine gehen konnte.“ Frühere Anwohner des Lagers Hamburg-Eidelstedt und ehemaliger Bewohner solcher Plattenbauhäuser erinnern sich, dass die KZ-Häftlinge diese Behelfsunterkünfte in unmittelbarer Umgebung des Lagers am Kleiberweg, am Friedrichshulder Weg und im Furtweg errichteten. Mit Hilfe eines eigens dafür angelegten Schienennetzes wurden die Baumaterialien nach der Anlieferung vom Bahnhof Eidelstedt zu den jeweiligen Bauplätzen gebracht. „Herr B. berichtet weiter, dass am Friedrichshulder Weg hinter den Eisenbahnerhäusern eine Abladestelle war. Dort war von der Eisenbahn ein Gleis hingelegt worden. Das ganze Gebiet war wie ein Spinnennetz überzogen mit Lorenschienen. Man hatte zwei oder drei kleine Die-

sellokomotiven und große Loren. Kleingeklopfte Mauersteine, Zement und Sand wurden herangefahren und umgeladen und auf die einzelnen Baustellen verteilt. Vorne am Friedrichshulder Weg war eine Zementfabrik, wo die Platten, Steinbalken und Träger für die Häuser angefertigt wurden. Die Frauen mussten überall mitarbeiten und wurden dabei scharf bewacht ...“

Esther Rosenbaum ging jeden Morgen für zwei Stunden in diese Zementfabrik, wo sie zunächst Kohlen in die Öfen der kleinen Lokomotiven schaufeln musste. Danach schob sie zusammen mit drei anderen Frauen kleine Loren mit Baumaterialien wie Platten, Zement und Werkzeug zu den Arbeitsplätzen. Edith Mayer und Chaja Ofer gehörten zu den sogenannten Kiesfahrerinnen, deren Aufgabe es war, beladene Loren mit Kies und Sand zu den Bauplätzen zu schieben. Auf den Baustellen haben die Jüdinnen unter Anleitung von deutschen Meistern die Häuser vom Fundament bis zum Dach gebaut. Hanna Löwenstein musste die einzelnen Betonplatten aneinander befestigen, und Franzis Adler gehörte zu der Gruppe der Maurerinnen. Die frühere Bewohnerin einer solcher Behelfsunterkunft Frau F., die 1944 mit ihrer Familie in Hamburg-Barmbek ausgebombt wurde und in die Eidelstedter Heide zog, kann sich gut erinnern, dass eine Gruppe Frauen die Gräben für die Wasserleitung ihres Hauses ausheben musste. Mit Hilfe der italienischen Kriegsgefangenen und den KZ-Häftlingen ließ die Deutsche Reichsbahn zwischen 1943 und 1945 etwa 150 solcher Behelfswohnheime für ihre ausgebombten Angestellten im Umkreis des Eidelstedter Bahnhofes errichten.

Gegen Ende des Krieges wurden viele Frauen des Lagers Hamburg-Eidelstedt mit der Beseitigung von Trümmern nach den Bombenangriffen auf die Stadt Hamburg beauftragt. „Es war eine Zeit schwerer Bombardements, und Livi und ich räumten mit fünf oder sechs anderen zusammen irgendwo außerhalb des Lagers Ruinen auf. Wir wurden mit der Sonderstraßenbahn dorthin gefahren, und Livi und ich saßen immer im vordersten Wagen, zusammen mit unseren engsten Freundinnen ...“ Leider können sich die Frauen an die meisten Stadtteile, in denen sie Aufräumarbeiten leisten mussten, nicht mehr erinnern. Ein Teil

der Frauen wurde zeitweise zu Aufräumarbeiten am Eidelstedter Bahnhof verpflichtet. Gerade bei größeren Bombenangriffen wurde der verkehrswichtige Rangierbahnhof oftmals zerstört.

Je nach Wetterlage wurden einige weibliche Häftlinge während des Winters 1944/45 auch zum Schneeräumen am Altonaer Bahnhof und dem Hamburger Hauptbahnhof eingesetzt. „Die ganze Nacht über schneite es, und am nächsten Tag wurden meine Gruppe und ich mit der Straßenbahn zum Hamburger Hauptbahnhof gebracht, um die Straßen zu räumen. Die Morgensonne schien auf die Ruinen rings umher, aber der Bahnhof selbst war erstaunlich intakt. Die Uhr zeigte zehn nach acht. Wir arbeiteten schweigend. Zwischen den Spatenstichen blies ich ein bisschen Wärme in meine gefrorenen Finger. Der tiefe Schnee verschluckte die Geräusche um uns her. Wir hörten kaum die wenigen Fahrzeuge, die zu sehen waren. Rotbäckige Leute in warmen Kleidern eilten vorüber, scheinbar ohne uns zu bemerken, obwohl sie uns sehen mussten. Was dachten sie, als sie uns sahen: bis zum Skelett abgemagerte Frauen, in dünner Kleidung, tief gebeugt, Schnee schaufelnd? Oder sahen sie uns nicht? Man sieht nicht, was man nicht sehen will. Wenige Leute hielten an und beobachteten uns, aber niemand kam näher oder stellte Fragen. Später würden sie sagen, sie hätten nichts gewusst. Und noch später, dass alles eine Lüge war. – Den ganzen Tag schaufelten wir Schnee, mit einer Pause für eine Suppe am Mittag, die uns eine Weile wärmte. Ansonsten hielten wir unseren Körper warm, indem wir härter arbeiteten, es war jedoch schwierig, die Hände und Füße vor dem Erfrieren zu bewahren. Wir stampften mit den Füßen, schlangen die Arme und steckten den Finger in den Mund. Dennoch bekamen wir viele Frostbeulen. Aber schließlich ging auch dieser Tag zu Ende ...“

In der Regel mussten die Jüdinnen acht bis zehn Stunden am Tag außerhalb des Lagers arbeiten. Besonders in den Wintermonaten richtete sich die Arbeitszeit nach der Helligkeit. Nach der Rückkehr der Häftlinge ins Lager am Nachmittag war der Arbeitstag für die völlig ermüdeten Frauen oft aber noch nicht zu Ende, da nach dem Abendappell Reinigungsarbeiten in den Baracken und auf dem Lagergelände zu erledigen waren. Am Sonntag mussten die

weiblichen Häftlinge – abgesehen von den letzten Kriegswochen – keiner Arbeit außerhalb des Lagers nachgehen. Allerdings bedeutete ein „freier“ Sonntag keine Erholung für die Frauen, da Kümmel diesen Tag oft für besondere Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten oder stundenlange Zählappelle benutzte.

Neben der alltäglichen Zwangsarbeit wurde der Alltag der Häftlinge des Außenlagers Hamburg-Eidelstedt auch durch die katastrophale Unterbringung sowie unzureichende Bekleidung, Verpflegung und medizinische Versorgung geprägt. Nach den Berichten der Frauen waren immer 40 Frauen in einem Schlafraum untergebracht, wo sie auf mehrstöckigen Holzpritschen schliefen. Um sich zuzudecken, hatten die Frauen nur einen dünnen Strohsack. Besonders in den Wintermonaten war es in den Baracken oft sehr zugig und kalt. Zwar befand sich ein kleiner Ofen in jedem Raum, doch Walter Kümmel erlaubte es nur selten, dass die Frauen Holz sammeln durften, um ihre Schlafräume zu beheizen. Bekleidet waren die Frauen mit einem dünnen Overall und Holzschuhen. Jede Frau erhielt eine Garnitur Unterwäsche. Damit die Häftlinge bei einer eventuellen Flucht als solche erkennbar waren, wurden die Kleidungsstücke auf dem Rücken mit einem gelben Kreuz versehen. Jede Frau hatte ein Metallplättchen, auf dem die Häftlingsnummer stand. Im Herbst 1944 erhielten die Jüdinnen zusätzlich einen Mantel oder eine Jacke und ein Paar festere Schuhe für die Wintermonate, die sie allerdings Anfang März – trotz anhaltender Kälte – wieder abgeben mussten.

Für die Verpflegung der Häftlinge war die im Lager befindliche Häftlingsküche zuständig. Außer der warmen Flüssigkeit am Morgen erhielten die jüdischen Frauen mittags eine dünne „Wassergemüsesuppe“ am Arbeitsplatz. Abends im Lager gab es wieder eine Suppe aus Kohl, manchmal mit Kartoffeln, dazu meistens ein Stück Brot, etwas Wurst und Margarine. Die Versorgung mit Lebensmitteln im Lager Eidelstedt war katastrophal und unzureichend. Die Lebensmittel erhielten kaum Fette, Vitamine, Eiweiße oder andere Mineralstoffe, was auf Dauer neben der Arbeitsbelastung und der mangelhaften Bekleidung und Unterbringung zwangsläufig zu einer Schwächung des

Organismus der Frauen führen musste, wodurch kontinuierlich ein Teil der Frauen im Lager Hamburg-Eidelstedt erkrankte. Viele Häftlinge waren allerdings bemüht, aufgrund der Selektionserfahrungen von Auschwitz und den Drohungen von Walter Kümmel ihr Kranksein zu verheimlichen, da sie Angst hatten, als arbeitsunfähig ausgesondert und zur Vernichtung in ein anderes Lager überstellt zu werden.

Für die medizinische Versorgung der kranken Häftlinge im Lager Hamburg-Eidelstedt befand sich auf dem Lagergelände ein Krankenrevier, in dem eine Häftlingsärztin und eine Häftlingskrankenschwester tätig waren. Doch für die medizinische Versorgung der Frauen standen ihnen kaum Medikamente oder Verbandsmaterial zur Behandlung von Verletzungen zur Verfügung. Um Wunden zu nähen, kochte die Ärztin vorhandenes Nähgarn aus, Betäubungsmittel gab es nicht. Lediglich eine geringe Menge Aspirin stand der Ärztin zur Verfügung, um das besonders oft auftretende Fieber der Jüdinnen zu lindern.

Als im Frühjahr 1945 die sowjetischen Truppen von Osten und die englisch-amerikanischen Truppen von Westen her immer weiter in das Deutsche Reich hineindrängten, gab Himmler den Befehl, viele Außenlager zu räumen und die Häftlinge in sogenannte rückwärtige Lager zu verlegen. Im Zuge dessen wurden auch die jüdischen Frauen des Außenlagers Hamburg-Eidelstedt Anfang April 1945 in das Konzentrationslager Bergen-Belsen verlegt. Da es keine Unterlagen über diesen Transport gibt, kann über das Evakuierungsdatum und die Ankunft der Häftlinge in Bergen-Belsen nur spekuliert werden. Die meisten Überlebenden erinnern sich an eine Verlegung Anfang April 1945. Nach einer Zusammenstellung der Gedenkstätte Bergen-Belsen sollen zu dieser Zeit 451 Frauen des Außenlagers Hamburg-Eidelstedt Bergen-Belsen erreicht haben. Hedi Fried erinnert sich, dass sie zusammen mit anderen Gefangenen des Lagers Hamburg-Eidelstedt sehr kurzfristig während der Abendstunden in völliger Dunkelheit zum Bahnhof Eidelstedt gebracht wurde. Am Bahnhof wurden die jüdischen Frauen in verriegelte Güterwaggons gesperrt, in denen sie die ganze Nacht auf ihre Abfahrt warten mussten. Keine Frau wusste, wohin sie gebracht werden würden. Die Angst vor einer möglichen Erschießung

kurz vor Ende des Krieges war sehr groß. Nach einer schlaflosen Nacht setzte sich der Zug in der Morgendämmerung in Bewegung. Durch die anhaltenden Bombenangriffe wurde der Häftlingstransport während der Fahrt mehrmals gestoppt. Nach den Erinnerungen der Überlebenden dauerte die Fahrt drei Tage und drei Nächte, bevor die jüdischen Frauen des Außenlagers Hamburg-Eidelstedt in Bergen-Belsen ankamen. Da es während des Transportes kaum Wasser oder etwas Essbares für die Frauen gab, kamen sie völlig entkräftet in Bergen-Belsen an. Am 15. April 1945 wurde das Lager Bergen-Belsen von den Engländern befreit. Wie viele Jüdinnen des Lagers Hamburg-Eidelstedt die letzten Kriegstage in Bergen-Belsen überlebt haben, ist nicht bekannt. Vermutlich starben viele Jüdinnen aus dem Lager Hamburg-Eidelstedt dort an völliger Entkräftung und Krankheit, da sich in Bergen-Belsen viele Häftlinge mit Typhus infiziert hatten.

Im Zuge der großen Evakuierungen vieler Lager im Deutschen Reich wurde das Außenlager Hamburg-Eidelstedt nach dem Abtransport der jüdischen Frauen in das Konzentrationslager Bergen-Belsen erneut belegt. Vermutlich Mitte April 1945 erreichten abermals 500 Frauen aus dem Außenlager Helmstedt-Beendorf – ebenfalls ein Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme – das Lager Hamburg-Eidelstedt. Die Häftlingsärztin Frau Dr. H. erinnert sich, dass sehr viele Frauen aus Helmstedt-Beendorf unter Flecktyphus litten. Im Zuge der Evakuierungen anderer Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme wurden weitere Frauen in das Lager Hamburg-Eidelstedt überstellt. Die letzten im Außenlager Hamburg-Wandsbek inhaftierten Frauen wurden Anfang Mai 1945 nach Eidelstedt gebracht. Eine Überlebende des Lagers Hamburg-Wandsbek erinnert sich an die Ankunft in Eidelstedt: „Dort fanden wir 200 typhus-kranke Frauen. Sie lagen im Revier ... Sie sahen wie wahnsinnig aus, weil sie in ihrem eigenen Kot starben. Die Aufseherinnen begruben vier Frauen, die nach unserer Ankunft starben, hinter unserer Baracke...“ Ebenso wie aus dem Außenlager Hamburg-Wandsbek wurden auch Häftlinge aus dem Außenlager Hamburg-Langenhorn/Ochsenzoll kurz vor Ende des Krieges nach Eidelstedt verlegt. Frau W. erreichte zusammen mit anderen Häftlingen das völlig

überbelegte und stark verschmutzte Lager am 1. Mai 1945. Ein paar Tage bevor die englischen Truppen das Außenlager Hamburg-Eidelstedt erreichten, war Walter Kümmel geflohen. Am 3. Mai 1945 wurde das Lager von der Hamburger Polizei übernommen, bis am Morgen des 05. Mai 1945, zwei Tage nach der militärischen Besetzung Hamburgs, eine britische Panzereinheit die im Lager Hamburg-Eidelstedt inhaftierten Frauen befreite. Ähnlich wie in Bergen-Belsen bemühten sich die Engländer um die Versorgung der an Durchfällen und Erbrechen erkrankten Frauen. Sie waren gezwungen, das Lager zunächst unter Quarantäne zu stellen, um ein Ausbreiten der Typhusepidemie zu verhindern. Auf dem Lagergelände entdeckten die Engländer bei ihrer Ankunft etwa 30 vergrabene Leichen. Höchstwahrscheinlich waren diese Gefangenen in den letzten Tagen des Bestehens des Lagers an Typhus gestorben.

Über den Fortbestand der Baracken des Lagers Hamburg-Eidelstedt am Friedrichshulder Weg nach der Befreiung der Häftlinge gibt es unterschiedliche Aussagen von früheren Anwohnern. Wegen der drohenden Seuchengefahr sollen die Engländer das Barackenlager nach der endgültigen Räumung niedergebrannt haben. Andere Bewohner der Plattenbauhäuser erinnern sich, dass die Baracken nach dem Krieg von einer Holzfirma zur Materiallagerung genutzt wurden und in die ehemalige Baracke der Lagerleitung ein Kolonialwarengeschäft einzog. Wo einst die Baracken des Außenlagers Hamburg-Eidelstedt standen, befindet sich heute ein Kinderspielplatz und ein großer Fußballplatz, die zu den vielen Häusern der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA an der Uecker- und Randowstraße gehören. Damit die Geschichte dieses Ortes nicht in Vergessenheit gerät und im Bewusstsein der dort heute lebenden Bevölkerung bleibt, erinnern am Rande des ehemaligen Lagergeländes eine Gedenktafel und ein großer Gedenkstein an das frühere Außenlager Hamburg-Eidelstedt des Konzentrationslagers Neuengamme.

Quellen: Informationen über das KZ im Friedrichshulder Weg siehe auch: KZ Gedenkstätte Neuengamme

Dieser Inhalt ist unter einer Creative Commons-Lizenz lizenziert.

Die Geschichte von Hédi Fried und Livia Fränkel

Die Geschichte von zwei der Frauen, die im September 1944 in das Lager nach Eidelstedt kamen, ist ausführlich dokumentiert, lässt sich gut nachvollziehen und gibt so dem Schicksal



Die Familie Szmuk 1934 © Privatbesitz Hédi Fried

von 500 jüdische Frauen zwei Gesichter. Es waren die Schwestern Hédi und Livia Szmuk, damals 20 und 16 Jahre alt. Sie stammten aus Sighet, einer kleinen Stadt in Transsilvanien im Norden Rumäniens – einer Region, die vor dem Ersten Weltkrieg zu Ungarn gehörte – und waren mit ihrer bürgerlichen jüdischen Familie von den deutschen Truppen zuerst aus ihren Häusern vertrieben und zusammen mit 13 000 anderen Juden in das Ghetto von Sighet gesperrt worden. Von dort wurden sie im Rahmen der „Endlösung der Judenfrage“, wie es in der Sprache der Nationalsozialisten hieß, in überfüllten Eisenbahn-Vieh>waggons im Mai 1944 nach Auschwitz geschafft. Es war ein Jahr vor dem Ende des Krieges, aber die 800 000 unga-



Auschwitz-Birkenau

rischen Juden sollten noch umgebracht werden.

Die Eltern wurden gleich nach der Ankunft im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau mit Hunderten von Leidensgenossen in die Gaskammern geschickt. Die beiden Töchter wur-



*Zwangsarbeiter*innen bei der Errichtung von Behelfsheimen in Hamburg*

© KZ-Gedenkstätte Neuengamme

den als „arbeitsfähig“ eingestuft, die Haare wurden ihnen geschoren, sie wurden in Haftlingskleidung gesteckt.

Bei einer Selektion wurden sie zunächst getrennt. Hédi wurde für den Weitertransport ausgewählt. Livia (16) drohte zurück zu bleiben, was bedeuten konnte, dass sie auch für die Vernichtung bestimmt war. Hédi tauschte daraufhin mit einer anderen jungen Frau, bereit, lieber mit ihrer Schwester in den Tod zu gehen. Bei einer weiteren Selektion wurden dann beide ausgewählt und nach einigen Wochen wieder in Viehwaggons nach Hamburg transportiert.

Hier arbeiteten sie zuerst in Wilhelmsburg im Lager „Dessauer Ufer“, dann in Wedel und zuletzt seit September 1944 in Eidelstedt im Außenlager des KZ Neuengamme,

Heute ist dort im Bereich der Randowstraße ein Spielplatz. Von dem Lager ist nichts mehr zu sehen. Seit 1985 gibt es einen Gedenkstein und eine Informationstafel, die an die 400 – 500 jüdischen Frauen erinnern, die hier unter unmenschlichen Bedingungen ausgebeutet wurden.

Hédi und Livia arbeiteten bei der Errichtung von 140 Behelfsheimen, vorgefertigten Beton-Plattenhäusern, die im Auftrag der Reichsbahn für ausgebombte Eisenbahner-Familien unter anderem am Jaarsmoor zwischen Niekampsweg und Redingskamp gebaut wurden (siehe Seite 32).

Außerdem wurden sie bei Bedarf zu Aufräumarbeiten nach Bombenangriffen und zum Schneeschippen in Hamburg eingesetzt. Dazu wurden sie mit besonderen Straßenbahnen in die Innenstadt transportiert. Bei einer dieser Fahrten wurde der vordere Wagen von einer einstürzenden Häuserwand begraben. Einige der jungen Frauen wurden schwer verletzt und einige getötet. Hédi und Livia hatten Glück, sie saßen an diesem Tag im zweiten Wagen.

Die Ernährung war völlig unzureichend und bestand aus dünnen Suppen mit wenig Gemüse, z. B. Kohl, kaum Fleisch, etwas Brot, Margarine manchmal etwas Marmelade. Oft wurden sie von den deutschen Aufseherinnen mit Schlägen traktiert und mit endlosen Appellen im Stehen gequält.

Als es im Herbst 1944 kälter wurde, kam eines Tages ein Lastwagen mit Kleidung. Zivile Mäntel und Jacken, die andere Frauen bei ihrer Ankunft in Auschwitz hatten abgeben müssen, wurden nun für den Winter verteilt. Hédi hatte Glück, einen langen blauen Mantel zu bekommen, er war ungefütert, aber immerhin ein



Livia und Hédi 1946 in Stockholm
© Privatbesitz Hédi Fried

Mantel. Die meisten Mädchen bekamen nur Jacken. Die großen gelben Kreuze auf den Kleidern störten sie nicht. Davidstern oder Kreuz auf ihrem Rücken, was machte das schon?

Eine der Frauen, Alice Dubova (siehe Seite 24), war jung verheiratet und schwanger. Gemeinsam mit ihren Freundinnen hegte sie die Hoffnung, das Kind zur Welt zu bringen und es irgendwie am Leben zu halten. Aus Stoffresten und einem Taschentuch wurde ein Hemdchen genäht. Der kleine neugeborene Sohn wurde jedoch gleich nach der Geburt auf Befehl des

Kommandanten von der Schwester, die das Krankenrevier leitete ertränkt.

Am 4. April 1945 wurde das Lager dann evakuiert und die Frauen wurden wieder in Viehwaggons geladen und nach Bergen-Belsen gefahren. Dabei blieben die schon vorher geschwächten mehrere Tage ohne Nahrung und kamen halb verhungert dort an.

Hier wurden sie am 15. April zusammen mit tausenden weiteren Häftlingen von britischen Truppen befreit. Etliche starben noch danach, krank und entkräftet. Auch Hédi litt an Typhus. Nachdem sie sich als ältere Schwester immer wieder um Livia gekümmert hatte, vertauschten sich jetzt die Rollen.

Sie reisten von dort nach Lübeck und dann weiter nach Schweden, wo sie gesund gepflegt wurden und sich richtig satt essen konnten. Dabei neigten sie immer wieder dazu, bei den guten und reichlichen Mahlzeiten Reste mitzunehmen und im Bett zu verstecken mit der Befürchtung, es könnte am nächsten Tag nicht genug geben, eine Verhaltensweise, die sie sich nur schwer abgewöhnen konnten.

Sie wurden in die schwedische Gesellschaft integriert, heirateten und gründeten Familien.

Erst in den 80er Jahren entstand das Bedürfnis, ihre Erfahrungen an die folgenden Generationen weiter zu geben. Hédi hatte Psychologie studiert, schrieb das Buch „Fragmente

Zwangsarbeit in Eidelstedt und Lurup

meines Lebens“ und gründete ein Café, das als Anlaufstation mit therapeutischen Angeboten für Holocaust-Überlebende diente.

Livia arbeitete in der Holocaust Survival Association mit und erzählte vor Schulklassen von ihrem Schicksal.

Inzwischen sind sie beide über 90. Livia war 2017 wieder in Hamburg und nahm an den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Befreiung von Neuengamme teil. Damals war sie auch im Bürgerhaus und berichtete vor Schülern der 10. Klassen aus dem Gymnasium Dörpsweg über ihre Geschichte.

Am Ende dieses Gesprächs sagte sie:

„Hitler hatte das Ziel, alle Juden umzubringen. Wie ihr an mir seht: Hitler hat es nicht geschafft! Ich lebe weiter in meinen Kindern und Enkeln.“



Livia Fraenkel 2014
© Mark Mühlhaus/attenzione



Hédi Fried 2018
© Mark Mühlhaus/attenzione

Hédi Fried erhielt für ihre Arbeit das Bundesverdienstkreuz. Sie ist am 20. November 2022 in Stockholm gestorben.

Das Buch von Hédi Fried, Fragmente meines Lebens, ist Anfang 2023 neu aufgelegt worden und kann bei der Friedrich Ebert Stiftung bestellt werden: <https://www.fes.de/julius-leber-forum/hedi-fried>



Hédi Fried und Livia Fränkel im Kreise ihrer Familien in Schweden. © Privatbesitz Hedi Fried

Julianna Malinowska *1.2.1884 † 25.9.1944

am Gedenkstein gegenüber

Randowstraße 14 (ehemals KZ Außenlager

Friedrichshulder Weg)

Julianna Malinowska, geb. Majtyk,

geboren 1.2.1884 in Gapolin/Warschau,

verstorben am 25.9.1944 in

Hamburg-Eidelstedt

Julianna Malinowska war 60 Jahre alt. Am 4. Oktober 1944 wurde sie auf dem Friedhof Ohlsdorf beigesetzt, Grablage Bp 73, Reihe 23, Nr. 15.

Stand Februar 2025

© Margot Lühr

Julianna Malinowska war katholisch und verheiratet. Der Name und Aufenthaltsort ihres Ehemannes ist nicht bekannt. Aus ihrer Heimat Polen verschleppt, musste sie in Hamburg-Eidelstedt für die Deutsche Reichsbahn Eidelstedt Zwangsarbeit leisten. Im Reichsbahnlager Eidelstedt-Friedrichshulder Weg war sie untergebracht.

Am 25. September 1944 um 18:36 Uhr verstarb Julianna Malinowska auf dem Ferngleis des Verschiebebahnhofes Hamburg-Eidelstedt. Anschließend wurde ihre Leiche in das Hafenkrankenhaus verbracht.

Dort und im Sterberegister ist als Todesursache „Dekapitation“ (Enthauptung), Selbstmord“ angegeben.

Die schriftliche Anzeige des Todesfalls wurde vom Polizeipräsidenten in Hamburg erstattet.

Quellen: StaH 131-1 II, 518 Listen der während des Zweiten Weltkrieges in Hamburg verstorbenen und beigesetzten ausländischen Zivilarbeiter, S. 123; StaH 131-1 II, 519 Listen der 1940 in Hamburger Krankenhäusern behandelten Ausländer, nach Nationalitäten geordnet, S. 163; StaH 131-1 II, 3896 Listen der in Hamburg während des Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommenen Ausländer. Band 1: Angehörige ungeklärter Nationalitäten, S. 95; StaH 213-12, 0003 Band 001–011 Staatsanwaltschaft Landgericht, Fotoarchiv 741-4, A 81/3–81/5; StaH 332-5 Standesämter, Sterberegister 8447 u. 187/1944; Archiv Friedhofsverwaltung Ohlsdorf, Buch G; <http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de>, eingesehen 17.2.2016; Arolsen Archives Doc. 70640258, 70640380, 70640397, 70640422, 70640431, 70640439, 70641066, 70641786, 70641830, 76805548; <https://www.stolpersteine-hamburg.de>

Der Knabe mit dem Nachnamen Domaracka

***4.12.1944, ermordet als Neugeborener**

am Gedenkstein gegenüber

*Randowstraße 14 (ehemals KZ Außenlager
Friedrichshulder Weg)*

*Der Knabe mit dem Nachnamen Domaracka
kam am 4. Dezember 1944 in Hamburg zur
Welt. Er erhielt keinen Vornamen.*

Seine Mutter Ruzena Domaracka, geb. Herszkovicz, geb. am 11.6.1918 in Iza/ Karpaten, war 1944 zunächst in das Getto Theresienstadt und dann zusammen mit ihrem Ehemann in das KZ Auschwitz deportiert worden, beide waren jüdisch. Aufgrund einer Selektion für einen Arbeitseinsatz am 17. Juni 1944 wurde Ruzena Domaracka zusammen mit ihrer Schwägerin Hilde Lewkowicz einer Gruppe jüdischer tschechoslowakischer und ungarischer Frauen zugeteilt, die im Juli 1944 zur Zwangsarbeit nach Hamburg verbracht wurde. Sie war im dritten Monat schwanger. Ihr Ehemann blieb in Auschwitz und wurde ermordet.

Zunächst gelangten die Frauen in das Lager Dessauer Ufer zum Arbeitseinsatz im Hafengebiet, anschließend am 13. September 1944 in das Frauenlager Hamburg-Wedel. Am 27. September 1944, am Jom Kippur, dem Versöhnungstag und höchsten jüdischen Feiertag, wurden sie in das Außenlager des KZ Neuengamme Eidelstedt, direkt neben dem Güterbahnhof, heute Friedrichshulder Weg, verlegt. Sie mussten Schwerstarbeit leisten: Bombenschutt wegräumen, Deiche bauen, Zement und Backsteine schleppen und Behelfsbauten für ausgebombte Hamburger*innen errichten. Ihr Lagerkommandant war der berüchtigte SS-Mann Walter Kümmel, der stets eine Gummipeitsche bei sich getragen und die Frauen geschlagen haben soll. Ruzena Domaracka, auch „Rose“ oder „Rozi“ genannt, hatte ihre Schwangerschaft in Auschwitz und noch eine Zeit lang in Hamburg



Ruzena Domaracka,

April 1982 in Hamburg

Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

verbergen können, ständig in der Angst, in das KZ zurückverlegt zu werden, wenn ihr Zustand bekannt werden würde. (Möglicherweise hatte sie bei ihrem Aufenthalt im Lager Dessauer Ufer miterlebt, dass die zwei jüdischen tschechischen Frauen Ruth Huppert und Berta Reich wegen ihrer Schwangerschaft drei Tage nach ihrer Ankunft von dort in ein KZ zurückgeschickt worden waren.) Kurz vor ihrer Niederkunft wurden Ruzena Domaracka und die ebenfalls hochschwangere Zwangsarbeiterin Alice Dubova angewiesen, im Lager zu bleiben: Die Hamburger*innen sollten keinen Anstoß daran nehmen, wenn Hochschwangere Schwerstarbeit leisteten.

Am 3. Dezember 1944 setzten bei Ruzena Domaracka die Wehen ein, die sich über 24 Stunden hinzogen. Am Abend des 4. Dezember 1944 brachte sie im Lager mit Hilfe der „Lagerärztin“ Ruzena Zimmerova und der „Häftlingskrankenschwester“ Luise Haarburger, (alias Wassermann, ihr selbst gewählter Deckname) einen gesunden Knaben mit schwarzen Haaren zur Welt.

Eine SS-Frau, die zum Wachpersonal gehörte und die Zwangsarbeiterinnen auf dem Weg zur Arbeit bewachte, zeigte kurze Zeit später der frisch Entbundenen ihr totes Kind, das die Aufseherin in einen Pappkarton gelegt hatte. Ruzenas Freundin Cecilia Wassermann erzählte ihr später, der Lagerkommandant Kümmel habe das Kind ertränkt.

Ehemalige Zwangsarbeiterinnen, die im Mai 1981 als Zeitzeuginnen in einem Untersuchungsverfahren vor dem Landgericht Hamburg gegen den wegen Mordes an den zwei neugeborenen Kindern angeklagten Lagerleiter und SS-Mann Kümmel aussagten, berichteten, dass Kümmel das Neugeborene in einem Bündel Zeitungspapier oder Lappen in den Waschraum gebracht und unter einem Wasserstrahl oder in einem Wasserkübel ertränkt habe. Danach habe er das Bündel in ei-

Zwangsarbeit in Eidelstedt und Lurup – Stolpersteine

nen Abfallkübel geworfen und anschließend von einer Totgeburt gesprochen. Im Hamburger Sterberegister wurden Geburt und Tod des Knaben nicht eingetragen. Ruzena Domaracka, die nach dem Krieg nach Israel emigrierte, sagte 1982 als Zeugin in diesem Prozess gegen Walter Kümmel aus: „Mir war von Anfang an klar, dass man das Kind töten würde.“ „Ich blieb nach der Geburt noch 10 Tage im Revier ... Danach wurde ich von ihm zur schwersten Arbeit herangezogen. Obgleich ich kaum laufen konnte, musste ich schwere Zementplatten und Zementsäcke schleppen.“

Viel zu spät war nach dem Krieg Anklage gegen Kümmel erhoben worden. Seine Beteiligung an der Tötung der Neugeborenen wurde vom Gericht nur als Beihilfe zum Mord gewertet, trotz der Aussagen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen. Kümmel seien keine niedrigen Beweggründe nachzuweisen — und außerdem sei das Verbrechen seit 1960 verjährt. Kümmel wurde 1982 freigesprochen.

In einer Fernsehsendung über das Lager Eidelstedt äußerte sich Kümmel selbst zu den Anschuldigungen, er sagte, dass es im Lager Eidelstedt keine Möglichkeit gegeben habe, die Kinder unterzubringen, wörtlich: „Deshalb haben die ja schließlich auch drauf gedrungen, die sollten umgebracht werden, die Kinder. Das war'n Geheimbefehl!“

© Margot Löhr

Quellen: StaH 213-12, 0003 Band 001-011 Staatsanwaltschaft Landgericht, Fotoarchiv 741-4, A 81/381/5; Hédi Fried, Nachschlag für eine Gestorbene. Ein Leben in Auschwitz und danach, Hamburg 1995; Hédi Fried, Fragmente meines Lebens, Lizenzausgabe für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Hamburg 2014; Ruth Elias, die Hoffnung erhielt mich am Leben, München 1988. <http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de>, eingesehen 17.2.2016; <https://www.hamburg.de/clp/dabeigewesene-suche/clp1/ns-dabeigewesene/onepage.php?BlOID=102&qN=Kümmel>, eingesehen 16.7.2017; Fernsehsendung NDR III am 6.5.1982, „KZ gleich nebenan“ von Barbara Schönfeld.

Der Knabe mit dem Nachnamen Dub

*Januar 1945, ermordet als Neugeborener

am Gedenkstein gegenüber

Randowstraße 14 (ehemals KZ Außenlager Friedrichshulder Weg)

Der Knabe mit dem Namen Dub kam im Januar 1945 in Hamburg zur Welt. Er erhielt keinen Vornamen.

Alice Dubova, geb. Glatterova, wurde am 26.4.1912 in Lucenec/Benesov geboren, das bis 1918 zum Königreich Ungarn gehörte, danach zur Tschechoslowakei, von 1938 bis 1945 wieder zu Ungarn und heute im Staatsgebiet der Slowakei liegt. Sie war jüdisch und die Tochter von Augusta, geb. Herczova, und Josef Glatte. Ihr Ehemann, der Reibungstechniker Pavel Dub, geb. am 18.6.1911 in Benesov, entstammte ebenfalls einer jüdischen Familie und war der Sohn von Hermina, geb. Steinero-va, und Rudolf Dub. Alice und Pavel Dub wohnten 1938 in Prag XI, Havlickova 987.

Im Dezember 1941 wurden beide im Getto Theresienstadt interniert. Zweieinhalb Jahre später erfolgte am 15. Mai 1944 ihre Deportation in das KZ Auschwitz. Als sie dort getrennt wurden, war Alice Dubova schwanger.

Ihr Ehemann Pavel Dub wurde in Auschwitz ermordet. Alice Dubova gehörte zu einer Gruppe jüdischer tschechoslowakischer und ungarischer Frauen aus dem KZ die für einen Arbeitseinsatz selektiert und am 17. Juli 1944 nach Hamburg verbracht wurden, zunächst in das Lager Dessauer Ufer zur Zwangsarbeit im Hafengebiet, dann in das Frauenlager Wedel. Am 27. September 1944, am Jom Kippur, dem Versöhnungstag und höchsten jüdischen Feiertag, erfolgte ihre Verlegung in das Außenlager Eidelstedt des KZ Neuengamme, direkt neben dem Güterbahnhof, heute Friedrichshulder Weg. Die Frauen mussten Schwerstarbeit leisten: Bombenschutt wegräumen, Deiche bauen, Zementsäcke und Backsteine schleppen und Behelfsbauten für die ausgebombten Hamburger*innen errichten. Ihr Lagerkommandant war der berüchtigte SS-Mann Walter Kümmel.

Er soll stets eine Gummipeitsche bei sich getragen und die Frauen geschlagen haben.

Alice, genannt „Lisa“, Dubova hatte ihre Schwangerschaft in Auschwitz und auch noch in Hamburg geheim halten können, ständig in der Angst in das KZ zurückverlegt zu werden,

Zwangsarbeit in Eidelstedt und Lurup – Stolpersteine

wenn dies bekannt werden würde. (Möglicherweise hatte sie bei ihrem Aufenthalt im Lager Dessauer Ufer miterlebt, dass die zwei jüdischen tschechischen Frauen, Ruth Huppert und Berta Reich, wegen ihrer Schwangerschaft drei Tage nach ihrer Ankunft von dort in ein KZ zurückgeschickt worden waren.)

Etwa Mitte Januar brachte Alice Dubova im Lager Eidelstedt einen gesunden Knaben mit Hilfe der „Lagerärztin“ Ruzena Zimmerova und der „Häftlingskrankenschwester“ Luise Haarburger, alias Wassermann, zur Welt. SS-Mann Walter Kümmel soll laut Zeitzeuginnenaussagen den neugeborenen Knaben in einem Wasserkübel ertränkt, ihn in einen Abfallkübel geworfen und dann von einer Totgeburt gesprochen haben, so wie er es auch mit dem neugeborenen Sohn der einen Monat zuvor niedergekommenen Mitgefangenen Ruzena Domaracka getan habe. Im Hamburger Sterberegister sind Geburt und Tod beider Knaben nicht eingetragen worden.

Alice Dubova gehörte zu den 14 Todesopfern eines Straßenbahnunglücks vom 1. März 1945: Auf dem Rückweg von einem Arbeitseinsatz in der Stadt war ein großes, von Bomben zerstörtes Mietshaus am Steindamm auf die Straßenbahn gestürzt. Ihre Beisetzung fand am 12. März 1945 auf dem Friedhof Ohlsdorf statt, Grabanlage Bp 74, Reihe 55, Nr. 24, im Sammelgrab mit zwei unbekannten Toten und mit Frieda Siegelmann, ebenfalls ein Opfer des Straßenbahnunglücks. Heute gehört die Grabstätte zum Grabareal „Opfer verschiedener Nationen“. Eine Grabsteinplatte mit ihren darauf eingemeißelten Namen erinnert dort noch heute an sie, jedoch Alice, wie im Sterberegister und nicht wie in den Prager Dokumenten verzeichnet, mit dem Nachnamen „Dub“.

Viel zu spät wurde nach dem Krieg 1981/82 in einem Untersuchungsverfahren vor dem



Alice Dubova, Prag 1938



Alices Ehemann Pavel Dub,
Prag 1938
Nationalarchiv Prag (2)

Landgericht Hamburg wegen Ermordung der beiden Neugeborenen von Ruzena Domaracka und Alice Dubova im Außenlager Eidelstedt Anklage gegen Walter Kümmel erhoben.

Seine Beteiligung an den Tötungen der Neugeborenen wurde vom Gericht nur als Beihilfe zum Mord gewertet. In der Urteilsverkündung hieß es: Kümmel seien keine niedrigen Beweggründe nachzuweisen – und das Verbrechen sei seit 1960 verjährt.

Kümmel wurde 1982 freigesprochen.

In einer Fernsehsendung über das Lager Eidelstedt äußerte sich Kümmel selbst zu den Anschuldigungen und sagte, dass es im Lager Eidelstedt keine Möglichkeit gegeben habe, die Kinder unterzubringen, wörtlich: „Deshalb haben die ja schließlich auch drauf gedrungen, die sollten umgebracht werden, die Kinder. Das war'n Geheimbefehl!“

© Margot Löhr

Quellen: StaH 131-I II, 518 Listen der während des Zweiten Weltkrieges in Hamburg verstorbenen und beigesetzten ausländischen Zivilarbeiter, S. 153, S. 156; StaH 213-12, 0003 Band 001-011 Staatsanwaltschaft Landgericht, Fotoarchiv 741-4, A 81/3-81/5; Archiv Friedhofsverwaltung Ohlsdorf Buch G, S. 281/06/07; StaH 332-5 Standesämter, Sterberegister 10707 u.118/1945/1950 Alice Dub; StaH 332-5 Standesämter, Sterberegister 10705 u. 37/1945/1949; Ruth Elias, Die Hoffnung erhielt mich am Leben, München 1988. <http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de>, eingesehen 17.2.2016; <https://www.hamburg.de/clp/dabeigewesene-suche/clp1/ns-dabeigewesene/onepage.php?BI0ID=102&qN=Kümmel>, eingesehen 16.7.2017; Hédi Fried, Nachschlag für eine Gestorbene, Hamburg 1995, S. 138ff; <https://www.holocaust.cz/databaze-dokumentu/dokument/101115-dubova-alice-zadost-o-vydani-cestovniho-pasu-i>; Nationalarchiv Prag > Polizei-Direktion Prag > 1931-1940 > D > Dubova Alice (signatura D 1345/33), <https://www.holocaust.cz/databaze-dokumentu/dokument/109694-dubova-gertruda-zadost-o-vydani-cestovniho-pasu-i>; Nationalarchiv Prag > Polizei-Direktion Prag > 1931-1940 > D > Dubová Gertruda (signatura D 1345/40), eingesehen 10.1.2018; Fernsehsendung NDR III 1982, „KZ gleich nebenan“ von Barbara Schönfeld.

Marianne Taus *1930 † 17.6.1945

am Gedenkstein gegenüber

Randowstraße 14 (ehemals KZ Außenlager Friedrichshulder Weg)

Marianne Taus wurde um 1930 in Ungarn geboren. Sie war etwa 14 Jahre alt, als sie aus ihrer Heimat Ungarn verschleppt wurde und in Hamburg-Eidelstedt schwere Zwangsarbeit leisten musste.

Das Schicksal ihrer Eltern ist nicht bekannt. Marianne Taus wurde im „Arbeitslager“ Eidelstedt, vermutlich das Außenlager des KZ Neuengamme Eidelstedt (heute Friedrichshulder Weg), untergebracht. Sie musste zusammen mit einer Gruppe jüdischer tschechoslowakischer und ungarischer Frauen aus dem KZ Auschwitz Schwerstarbeit leisten: Bombenschutz wegräumen, Deiche bauen, Zementsäcke und Backsteine schleppen und Behelfsbauten für ausgebombte Hamburger*innen errichten. Ihr Lagerkommandant war der berüchtigte SS-Mann Walter Kümmel. Er soll stets eine Gummipeitsche bei sich getragen und die Frauen geschlagen haben.

Am 4. Mai 1945, einen Tag nach der Kapitulation und Befreiung Hamburgs durch die britische Armee, wurde Marianne mit der Dia-

gnose „Pulmonum Tuberkulose“ (Schwindsucht der Lunge, chronisch verlaufende infektiöse Lungenentzündung) in das Allgemeine Krankenhaus Langenhorn eingeliefert.

Nach sechs Wochen und zwei Tagen verstarb sie dort am 17. Juni 1945 um 8:30 Uhr. In der Todesanzeige des Krankenhauses ist als Todesursache „Lungen- u. Darm-Tbc und Kreislaufschwäche“ und als unterzeichnender Arzt Kallas angegeben.

Marianne wurde etwa 15 Jahre alt.

Drei Tage nach ihrem Tod fand ihre Beisetzung am 20. Juni 1945 auf dem Friedhof Ohlsdorf statt, Grabanlage für die „Opfer verschiedener Nationen“, Bp 73, Reihe 25, Nr. 19. Eine Grabsteinplatte mit ihrem eingemeißelten Namen und ihrem Geburts- und Sterbedatum erinnert dort noch heute an sie.

Ehemalige Zwangsarbeiterinnen, die im Mai 1981 als Zeitzeuginnen gegen den wegen Mordes an zwei neugeborenen Kindern angeklagten Lagerleiter und SS-Mann Walter Kümmel aussagten, berichteten dabei auch über ein ungarisches Mädchen, Bella oder Flämmchen genannt, „ein zierliches Geschöpf, schwarz-äugig“. Sie soll im Sommer oder Herbst 1944 aus dem KZ Ravensbrück gekommen sein, sei. In Baracke 12 sei sie mit vielen jungen Zwangsarbeiterinnen untergebracht gewesen, die älteste etwa 18 Jahre. Flämmchen, mit 14 Jahren die jüngste auf der Stube, sollen alle gemocht haben. Sie sei an Tuberkulose erkrankt gewesen und soll auf Geheiß von Kümmel durch Spritzen ermordet worden sein. Es könnte sein, dass Bella bzw. Flämmchen und Marianne ein und dieselbe Person sind.

© Margot Lühr

Quellen: StaH 131-1 II, 518 Listen der während des Zweiten Weltkrieges in Hamburg verstorbenen und beigesetzten ausländischen Zivilarbeiter, S. 123; StaH 131-1 II, 519 Listen der 1940 in Hamburger Krankenhäusern behandelten Ausländer, nach Nationalitäten geordnet, S. 163; StaH 131-1 II, 3896 Listen der in Hamburg während des Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommenen Ausländer. Band 1: Angehörige ungeklärter Nationalitäten, S. 95; StaH 213-12, 0003 Band 001-011 Staatsanwaltschaft Landgericht, Fotoarchiv 741-4, A 81/3-81/5; StaH 332-5 Standesämter, Sterberegister 9964 u. 1355/1945; 64400 Marianne Taus; Archiv Friedhofsverwaltung Ohlsdorf, Buch G; <http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de>, eingesehen 17.2.2016; <https://www.hamburg.de/c1p/dabeigewesene-suche/c1p1/ns-dabeigewesene/onepage.php?BIOID=102&qN=Kümmel>, eingesehen 16.7.2017.

Hamburg 1945 (Monat Juni)

Allgemeines Krankenhaus Langenhorn Hamburg-Langenhorn

Todesanzeige (Nicht für Folgeborene zu verwenden)

Name des Ständesamts: Hamburg - P. Nummer im Sterberegister: 1355

Gemeinde des Sterbefalles: Hamburg - L. Kreis:

Wohnungsgemeinde des Verstorbenen: Hbg. - Eidelstedt Kreis:

Straße und Nr.: Arbeitslager

1. Vor- und Familienname des Verstorbenen: Marianne Taus

2. Geschlecht: weiblich

3. Sterbetag: 17. Juni 1945

4. Geburtstag: 15 Jahre Monat: Juni Jahr: 1930

Für die am ersten Tage nach der Geburt gefallenen Kinder genaue Angabe der Lebensdauer in Stunden:

5. Familienstand:

a) Bei Kindern unter 5 Jahren: ob beim Tode ehelich oder unehelich?

b) Bei allen übrigen Personen: ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden, Ehe aufgehoben

c) bei Verheirateten:

1. Tag und Jahr der letzten Eheschließung:

2. Zahl der in dieser Ehe geborenen Kinder: (einfach, folgeborenen u. legitimierten):

3. Geburtsort und -jahr des überlebenden Ehegatten (witwe):

6. Religiöses Bekenntnis des Verstorbenen:

7. Staatsangehörigkeit: Ungarn

8. a) Beruf des Verstorbenen:

b) Berufstellung (selbständig, Angestellter, Arbeiter, Beamter des öffentl. Dienstes):

c) Gewerbe oder Betrieb, in dem der Verstorbene tätig war:

9. Erfolgte der Tod in einer Unfall- (Entfallungs-) ob. Krankheits-, (Wohlfühl-) ob. Unfall-, (Schlaganfall-) ob. (Folgeborenen-) ob. oder auf einem anderen natürlichen Tod?

Name der Unfall-: A. E. Langenhorn

10. Todesursache (bei gewaltsamen Tod – auch Selbstmord – Ort und Weise der Ursache, bei Unfällen auch, ob Verstoß- oder Verkehrsunfall):

a) Grundrücken? Lungen u. Darmtbc.

b) Begleitkrankheiten? Lungen - u. Darmtbc.

c) Nachfolgende Krankheiten? und Kreislaufschwäche

d) Welches der genannten Verleihen hat den Tod unmittelbar herbeigeführt? Dr. Kallas

Die Todesanzeige vom beherrschenden Arzt eingesehen? ja - XXXX

Die Todesanzeige vom ärztlichen Beistand eingesehen? ja - XXXX

H. V. 12. 15. Todesanzeigen - 10. 11. 1945. 1945

Todesanzeige des Allgemeinen Krankenhauses Langenhorn für Marianne Taus

Misslungene Aufarbeitung der Geschichte des KZ Außenlagers:

Der Prozess gegen den Lagerleiter Walter Kümmel

Dieser Text stammt aus Matthias Hütgens Arbeit „Das Außenlager Eidelstedt des KZ Neuengamme – Der Alltag im Lager und Berichte von Anwohnern“. Die Arbeit entstand 1983 für den Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten.

Die auszugsweise Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Körber-Stiftung, Hamburg

März 1946 wurden die SS-Führer des KZ Neuengamme im Hamburger Curio-Haus durch ein britisches Gericht verurteilt. Da Walter Kümmel, der Lagerführer von Eidelstedt, auch eine Zeit lang im KZ Neuengamme tätig war, wurde er dort zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Februar 1952 wurde er nach 6 Jahren Haft vorzeitig entlassen. Hier ein kurzer Überblick über seinen Lebenslauf. Nach dem 1. Weltkrieg arbeitete er an verschiedenen Orten. Er war zunächst im Rot-Front-Kämpferbund und in der KPD, dann im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und in der SPD. Im März 1933 trat er aus der SPD aus. Auffallend ist also, dass er rund zwei Monate nach der Machtübernahme durch die NSDAP aus der SPD austrat und im selben Jahr noch Antrag auf Aufnahme in die SS stellte, dem 1934 stattgegeben wurde. Er kam im April 1941 in das KZ Sachsenhausen, wo er Wachmann war. Um näher bei seiner Mutter zu sein, die in Lauenburg lebte, bewarb er sich um einen Posten im KZ Neuengamme, wo er im Sommer 1941 Wachmann wurde und zahlreiche Kommandos bewachte. 1943 machte er einen Lehrgang mit und wurde zum SS-Blockführer ausgebildet. Am 1. Dezember 1943 wurde er zum SS-Unterscharführer befördert und gleichzeitig auch Block- und Kommandoführer im KZ Neuengamme. Im September 1944 sollte er dann von den 1500 Frauen des Außenkommandos Dessauer Ufer einen Trupp von 500 Frauen für das Lager Wedel zusammenstellen, das wenig später nach Eidelstedt verlegt wurde. In beiden Lagern war Kümmel Lagerführer.

1982 in dem sechs Monate dauernden Prozess stand Walter Kümmel für seine Taten im

KZ Außenlager Eidelstedt vor Gericht. Die Anklage lautete auf dreifachen Mord. Die Opfer sollten zwei neugeborene Kinder gewesen sein und eine TBC-krankte Frau, die durch Giftspritzen getötet worden sein soll. Die Zeuginnen brachten dann weitere Todesfälle vor das Gericht, von denen aber nicht mehr als Gerüchte bekannt waren. Eine Zeugin (Ruzena Domaracka S.23) belastete Walter Kümmel schwer. Nach einer schweren Geburt hatte sie am 4. Dezember 1944 einen Jungen zur Welt gebracht. Sie berichtete, dass der Säugling am Leben war und schrie. Kümmel war während der gesamten Geburt anwesend. Kümmel oder eine Helferin hätten das Baby in eine Decke eingewickelt und aus dem Entbindungsraum getragen. Am nächsten Tag zeigte eine SS-Frau ihr das tote Kind und sagte ihr, dass es bereits tot geboren worden sei. Andere Häftlingsfrauen im Lager Eidelstedt erzählten ihr dann, dass Kümmel das Baby im Waschraum unter fließendem Wasser ertränkt hätte. Diese Beschuldigungen reichten dem Gericht nicht aus, und es stellte das Verfahren ein. Das Gericht hielt es zwar für erwiesen, dass zumindest in diesem Fall der Säugling auf Kümmels Veranlassung oder durch ihn selbst getötet worden sei, doch es meinte, dass Kümmel nicht „heimtückisch“ oder aus „niederen Beweggründen“ gehandelt habe. Nach Auffassung des Gerichts handelte es sich um keinen Mord, sondern um Totschlag. Dieses Verbrechen sei aber bereits verjährt. Walter Kümmel verließ als freier Mann das Gericht. (...) Die anderen Anklagepunkte wurden fallengelassen, da die Aussagen der Zeuginnen widersprüchlich waren. Dies war die „meisterhafte“ Arbeit des neonazistischen Verteidigers Rieger, gegen den in den 1980er Jahren einige Verfahren wegen antisemitischer Äußerungen liefen. Er fragte die Zeuginnen bewusst nach Kleinigkeiten, so dass nach fast 40 Jahren Widersprüche auftreten mussten.

Solche Urteile pflegen die Legende von einem Lager Eidelstedt, das zwar streng geführt wurde, aber doch eine Ausnahme in der faschistischen Terrorwelt der Konzentrationslager gewesen sein soll. Diese Meinung

ist bereits auch in großen Teilen der Bevölkerung vertreten. Ich hoffe, dass meine Darstellungen gezeigt haben, dass dies nicht der Fall ist und dass das Lager nicht das „Paradies“ für Häftlinge war, die schon in grausameren Lagern waren.

Mit dem Urteil in dem Prozess darf das letzte Wort über das Lager nicht gesprochen sein. Man darf das Lager nicht „abhaken“, weil es nichts mehr zu sagen gibt. Meine und andere Arbeiten über das Thema dürfen nur der An-

fang sein. Es gibt sehr viele Quellen, denen man noch nachgehen kann, weil ich in knapp fünf Monaten nicht die zeitlichen Möglichkeiten hatte, allen Aussagen nachzugehen. Dies trifft zum Beispiel auf den Bereich der Firmen zu, wo noch, viel Unklares aufzudecken ist. Für mich ist mit dieser Arbeit auch noch nicht Schluss. Dies soll sozusagen ein Zwischenergebnis sein. Ich versuche, mit verschiedenen anderen Menschen weiter an der Thematik zu arbeiten.

„Hamburger Morgenpost“ vom 31. August 1982

Er schlug die Frauen und half beim Mord an einem Säugling

Dennoch Freispruch für den SS-Schergen

Hamburg – Walter Kümmel (77) ehemaliger SS-Unterscharführer, angeklagt wegen dreifachen Mordes, ist gestern vom Landgericht Hamburg in zwei Fällen freigesprochen worden. Im dritten Fall wurde das Verfahren gegen Kümmel, der von 1944 bis 1945 Leiter der Außenstelle Eidelstedt des KZ Neuengamme war, eingestellt: Verjährt.

Das Gericht: „Es ist erwiesen, daß Kümmel Beihilfe zum Mord an einem Säugling geleistet hat. Es gibt aber keine Anhaltspunkte dafür, daß er das Kind von eigener Hand getötet hat.“ Außerdem hat er auf Befehl der Kommandantur des KZ Neuengamme gehandelt.

Foto: dpa



Walter Kümmel beim Verlassen des Hamburger Gerichts gestern Nachmittag

Anzeichen für besondere Grausamkeit oder Heimtücke, die eine Verjährung ausschließen könnten, fand das Gericht nicht.

Die Tötung eines weiteren Säuglings und die Vergiftung eines an Tuberkulose erkrankten Häftlingsmädchens konnte Kümmel, so das Gericht, nicht nachgewiesen werden.

Die sechsmonatige Verhandlung hat nach Angaben des vorsitzenden Richters Gunter Bertram ergeben, daß Kümmel mit „unnachsichtiger Strenge für Ordnung gesorgt habe.“ Daß er sich aber als „wüster Rohling und übler Schläger aufgeführt hat“, wurde nicht festgestellt.

Mahnwache beim Gedenkstein für die Opfer des KZ Außenlagers Eidelstedt am 11.10.2024

25 Menschen aus Lurup, Eidelstedt und Schnelsen folgten dem Aufruf zu einem Gedenken am 11. Oktober 2024 bei der kleinen Gedenkstätte an der Randowstraße für das Außenlager, welches am Friedrichshulder Weg vor 80 Jahren mit rund 500 jüdischen Frauen eingerichtet wurde. Die Frauen mussten dort im letzten Kriegswinter von Oktober 1944 bis April 1945 unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit für das NS-Regime leisten beim Bau von Behelfsheimen für ausgebombte Eisenbahner-Familien, bei der Beseitigung von Trümmern nach Bombenangriffen und beim Schneeschippen. Nicht alle überlebten die Tortur, 14 starben bei einem Unfall, als die Mauer der Ruine eines Hauses auf eine Straßenbahn fiel, zwei Säuglinge wurden gleich nach der Geburt auf Befehl des SS-Kommandanten getötet. Dieser wurde für diese Taten 1982 angeklagt, aber nicht verurteilt, sondern freigesprochen.

Das Gedenken galt nicht nur den Opfern sondern auch den Überlebenden, die gemeinsam mit Freunden in Deutschland nach 1980 dafür sorgten, dass die Erinnerungen an diese NS-Verbrechen seit den 1980er Jahren wieder gepflegt wurden, dass mit viel Einsatz Informationen dazu gesichert, aufgeschrieben und in der Wissenschaft und in den Schulen an die folgenden Generationen weitergegeben wurden. 1984 wurde auch der Gedenkstein an der Randowstraße gesetzt.



Einer der Besucher war Wolfram Brennecke, der als Lehrer 1974 – 2007 an der Geschwister-Scholl-Schule arbeitete und sich gut an das Projekt mit den Schülern erinnern konnte, welches zum Gedenkstein führte.

Im Laufe der drei Stunden kamen am Freitag Nachmittag einige Luruper und Eidelstedter aus Schule, Politik und Stadtteilkultur zusammen, darunter auch Anwohner aus der Randowstraße. Eine alte Dame erinnerte sich, dass sie als Kind in einem der von den Zwangsarbeiterinnen errichteten Behelfsunterkunft gelebt hat. Ein junger Mann erzählte, dass jedes Jahr ein Bus aus Polen Menschen zum Gedenken an den Gedenkstein bringt.

Es gab viele gute Gespräche und anregenden Austausch – eine kleines aber fruchtbares Treffen.

Im Juli 2025 fand eine größere Veranstaltung statt, bei der eine Reihe von neuen Stolpersteinen gesetzt wurde. Die Patenschaften dafür wurden von Klassen der umliegenden Schulen übernommen und im Unterricht vorbereitet.



Zwangsarbeit in Eidelstedt und Lurup – Gedenken

aus: Lurup im Blick, September 2025



Gedenken an jüdische Zwangsarbeiterinnen und ihre ermordeten Kinder

Stolpersteinverlegung am Gedenkstein für das KZ Außenlager am Friedrichshulder Weg

Am 8. Juli 2025 versammelten sich in der Randowstraße (gegenüber Haus Nr. 14) mehr als 100 Menschen, die an dem Schicksal der über 500 jüdischen Frauen Anteil nehmen wollten, die unter unvorstellbaren Bedingungen als Zwangsarbeiterinnen im Konzentrationsaußenlager am Friedrichshulder Weg leben mussten. Das Lager befand sich an den Bahngleisen auf dem heutigen Spielplatz Randowstraße.

Besonderer Anlass für dieses Gedenken war die Verlegung von fünf „Stolpersteinen“. Der Künstler Gunter Demnig gestaltet und verlegt diese Steine selbst. Auf der Messingplatte an der Oberseite der Steine, werden die Namen und soweit bekannt die Geburts- und Todesdaten von Opfern des Nationalsozialismus eingraviert. Die Steine werden vor den Häusern der Opfer, ihren Werkstätten an Gedenkstätten verlegt. Für jeden Stein übernimmt eine Person oder Gruppe die Patenschaft für die Kosten der Verlegung. Auf diese Weise sind seit 1996 in Europa mehr als 100.000 Stolpersteine verlegt worden. Das Pro-

jekt gilt als das größte dezentrale Mahnmahl der Welt.

Auf der Veranstaltung sprach Hans Ellger über die Geschichte des Lagers. Er hat mit Überlebenden des Außenlagers berührende Interviews geführt. Außerdem sprach Margot Löhr, die die Lebensgeschichte und den frühen Tod von mehr als 400 Kindern von Zwangsarbeiterinnen und ihrer Mütter in Hamburg erforscht und dokumentiert hat. Auch Dank ihrer Initiative wurden am 8.7. die Stolpersteine für den Knaben Dub und den Knaben Domaracka verlegt. Die Säuglinge waren im Lager am Friedrichshulder Weg gleich nach der Geburt auf Befehl des Lagerleiters Walter Kümmel bzw. von diesem selbst ertränkt worden. Ein Stolperstein wurde für die Mutter des Knaben Dub, Alice Dubova, verlegt. Diese starb, als die Fassade eines zerbombten Hauses auf die Straßenbahn stürzte, die die Zwangsarbeiterinnen zu ihrem Einsatzort transportierte. Ein weiterer Stolperstein wurde für Marianne Taus verlegt, die kaum 15 Jahre alt

an den Folgen von Hunger, Kälte und Schwerst- arbeit starb.

Die Patenschaften für diese Kinder, die Mutter Alice Dubova und das Mädchen Marianne Taus hatten Schülerinnen und Schüler übernommen: Die Klasse 7e der Geschwister-Scholl-Stadtteilschule (GSSt) hatte zum Andenken an den ermordeten Knaben mit dem Nachnamen Domaracka selbst hergestellte weiße Tauben und Papierblumen mitgebracht. Die Klasse 9 der GSSt erinnerte an den Knaben Dub und seine Ermordung mit einem Gedicht und einem leeren Babykorb. Die Klasse 11 der GSSt brachte ein vom Großvater einer Schülerin gezeichnetes Porträt von Alice Dubova mit. Die Klasse 10 der Stadtteilschule Eidelstedt setzte sich in einer bewegenden Theaterperformance mit der Lebenssituation von Marianne Taus auseinander. Sie vollzogen Mariannes Angst und Verwirrung an dem fremden, lebensfeindlichen Ort im Lager nach und verglichen Mariannes Leben mit ihrer eigenen Lebenssituation, ihren Hoffnungen und Wünschen.



Gunter Demnig und Margot Löhr



Aneta Barcik



Gabriela Fenyes



Torsten-Salomon Lefin und Michael Heimann



Die Klasse 11 der GSSt mit dem Porträt von Alice Dubova



Die Klasse der Stadtteilschule Eidelstedt



Die Klasse 9 der GSSt

Zwangsarbeit in Eidelstedt und Lurup – Gedenken



Gunter Demnig (I) sägt die Gehsteigplatte für die Stolpersteinverlegung zurecht.



Friedenstauben der Klasse 7e der GSSt am Gedenkstein

Wolfgang Wallach, der für die Geschichtswerkstatt Eidelstedt seit vielen Jahren über den Nationalsozialismus in seinem Stadtteil forscht und veröffentlicht, hat die Patenschaft für den Stolperstein für Julianna Malinowska übernommen. Sie hatte sich aus Verzweiflung auf die Bahngleise gelegt und entflohen so dem Lager – in den Tod.

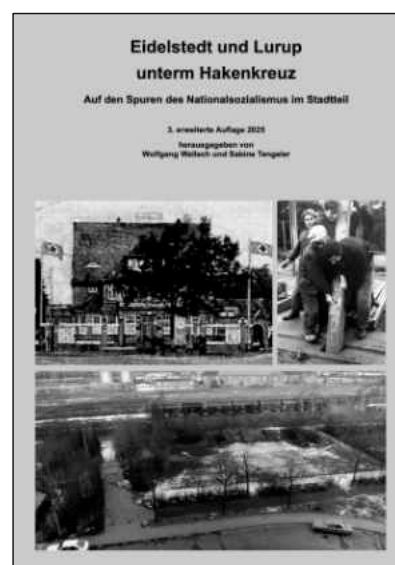
Marzena Szczypuřkowska-Horvath, Vertreterin des Generalkonsulats der Republik Polen, und Klaus Peter, Referent im Honorarkonsulat von Ungarn, zeigten sich sehr bewegt von dem Gedenken an die aus ihren Heimatländern verschleppten Zwangsarbeiterinnen. „Stolpersteine sind kleine Zauberwürfel“, sagte Klaus Peter. „Die edlen goldenen Quadrate schmücken die grauen Bürgersteige. Doch ihre Inschriften schlagen Brücken von schönen und friedlichen Orten direkt in die Hölle. Jener Ort ist dann nicht mehr derselbe, der er vor dem Lesen der Inschriften noch war. Der Stolperstein verbindet uns plötzlich mit einem fremden Menschen und seinem schrecklichen Schicksal.“ Dann erinnerte Klaus Peter an die europäische Geschichte unter dem Faschismus: „Im März 1944 besetzte die deutsche Wehrmacht Ungarn und Adolf Eichmann ließ in wenigen Wochen über 400.000 jüdische Ungarn in das ebenfalls besetzte Polen deportieren, um fast alle diese Menschen – genauso wie abertausende polnische Juden – in Auschwitz zu vergasen. Wer in Auschwitz nicht in den Gaskammern starb, sollte in Deutschland durch Zwangsarbeit vernichtet werden.“

Gabriela Feynes von der jüdischen Reformgemeinde Hamburg berichtete von ihrer ungarischen Mutter, die im KZ Außenlager Oberneide Bombentrümmer in Bremen wegräumen musste. Auch in diesem Zwangsarbeiterinnen-Lager wurden Babys geboren und ermordet.

Am Ende der Veranstaltung sprachen Michael Heimann und Torsten-Salomon Lefin, Vertreter der jüdischen Reformgemeinde, das Kaddisch für die Getöteten. Nach einer Schweigeminute sang die polnische Sängerin Aneta Barcik mit ihrer jüdischen Freundin Nora Hirshfeld ein hebräisches Schlaflied für die ermordeten Kinder.

Für viele, die dieser Gedenkveranstaltung teilgenommen haben, wird der Schmerz über Gewalt aus Verachtung und Hass auf Menschen aus einer anderen Kultur noch lange nachklingen.

Sabine Tengeler, Redaktion Lurup im Blick



Weitere Informationen zu Lagern, Stolpersteinen und zum Nationalsozialismus im Stadtteil in Eidelstedt und Lurup gibt es in dieser Broschüre. Sie ist im Stadtteilhaus Lurup erhältlich – Tel. 040 280 55 553 – und auch als pdf-Datei auf unser-lurup.de.



Wolfgang Wallach



Marzena Szczypuřkowska-Horvath



Klaus Peter



Hans Ellger

Die Behelfsheimsiedlung am Jaarsmoor

Der Bau von Behelfsunterkünften

Nachdem im Juli und August 1943 große Teile Hamburgs bei alliierten Luftangriffen zerstört worden waren, sollte durch den Bau von Behelfsunterkünften (Plattenhäuser) Ersatzwohnraum geschaffen werden. Private Baufirmen führten die Aufträge vor allem mit italienischen Militärinternierten aus. Einige Firmen wie Kowahl & Bruns, Moll, Möller, Volkenreich sowie Wayss & Freytag beschäftigten auch Frauen aus den Hamburger Außenlagern Eidelstedt, Neugraben, Sasel und Tiefstack des KZ Neuengamme. Sie mussten aus Trümmerschutt Betonplatten herstellen, Ausschachtungsarbeiten durchführen, Baumaterial transportieren und Straßen planieren. Die Unternehmen zahlten in der Regel zwischen 2,50 und 4 Reichsmark pro Arbeitstag für einen weiblichen KZ-Häftling über die SS an die Staatskasse – ein „Lohn“, der unter dem eines Hilfsarbeiters lag. Für kranke, arbeitsunfähige Häftlinge mussten die Firmen nicht zahlen; wer zu geschwächt war, konnte gegen arbeitsfähige Häftlinge ausgetauscht werden. Die damit verbundene Überstellung der Frauen in andere Konzentrationslager oder in Vernichtungslager bedeutete in der Regel ihren Tod.

(aus: Karin Schawe, *Die Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel – Die Verfolgung von Frauen im nationalsozialistischen Hamburg und die Erinnerung an die Opfer*, Herausgegeben von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme)

Bau der Plattenhäuser am Jaarsmoor oder: ... wir Kinder vom Streckenwärterweg.

Aus der Sicht von Bewohnern der Behelfsheimen in Eidelstedt stellte sich die Geschichte folgendermaßen dar (Aus der Einleitung zu der Dokumentation):

Im Juli und August des Jahres 1943 legten britische Bomber weite Teile Hamburgs in Schutt und Asche. Über 40.000 Hamburger fanden durch das Unternehmen „Gomorrha“ den Tod, 900.000 besaßen kein Obdach mehr. Die Deutsche Reichsbahn ließ für ihre ausgebombten Bediensteten Behelfsheime in Ham-

burg-Eidelstedt erstellen. 20 Jahre war die Siedlung in dem Quadrat Elbgaustraße – Redingskamp – Jaarsmoor – Niekampsweg Heimat für 150 Eisenbahnerfamilien.



..... wir Kinder vom
Streckenwärterweg

Nachkriegskindheit in der
Eidelstedter Plattenhausiedlung

Antje Muten und Karl-Heinz Schult

Titel „... wir Kinder vom Streckenwärterweg“

schöne Kinderzeit in einer behüteten Welt, mit Werten, die heute kaum noch vorstellbar sind. Welches Kind der Gegenwart könnte sich den Sinn eines Kartoffelsacks vorstellen, welcher um die Querstange eines Herrenrades gebunden ist.

Dieses Buch soll von den Kindheitserlebnissen in der kleinen Welt der Plattenhäuser berichten, soll aber auch die ernste und problematische Zeit der Erwachsenen dokumentieren.

Die Plattenhäuser sind heute verschwunden, die Erinnerungen aber scheinbar auch. Weder in der Eidelstedter Chronik von 1965 noch im Eidelstedter Heimatmuseum wurde diese Siedlung erwähnt.

Damit dieses Kapitel Eidelstedter Geschichte nicht verloren geht, hier nun unsere Aufzeichnungen ...

Antje und Karl-Heinz Schult, ein Ehepaar, welches in dieser Behelfsheimsiedlung aufwuchs und sich dort kennenlernte.

Lageplan der Siedlung s. S. 32/33

Ein Projekt mit Schülerinnen und Schülern zur Erinnerung an die Plattenhaus-Siedlung

Schüler*innen der **Stadtteilschule Eidelstedt** haben 2019 in einem **Projekt** an Modellen mitgearbeitet, und die **alte Plattenhaus-Siedlung rekonstruiert**. Dabei sind kleine Dioramen entstanden, die in dieser Ausstellung gezeigt wurden.



*Aus Bastelbögen fertigen die Schüler*innen kleine Modelle an.*

© Alle Fotos: Mobile Geschichtswerkstatt Eidelstedt



Die Modelle regen zur Beschäftigung mit der Geschichte an.



Im Klassenraum entsteht der Niekampsweg in der 1950er Jahren.

Die Modelle laden dazu ein, sich vorzustellen, wie die Menschen unter den Bedingungen von Krieg und Nachkriegszeit dort lebten.



Der strenge Winter 1946/47



Szenen aus den Gärten in den 1950er Jahren



Ein interessantes Exponat erhielt das Heimatmuseum Eidelstedt 2019. Diese **Betonplatte** wanderte nach dem Abriss der Häuser in einen der Gärten in der Nachbarschaft und diente dort viele Jahre als Beet-Umrandung o.ä. Nun erinnert es an die bewegte Geschichte der Siedlung.



Die Betonplatte mit Geschichte

Zwangsarbeit in Eidelstedt

Kleinwohnhaus - Siedlung

Elbgaustraße

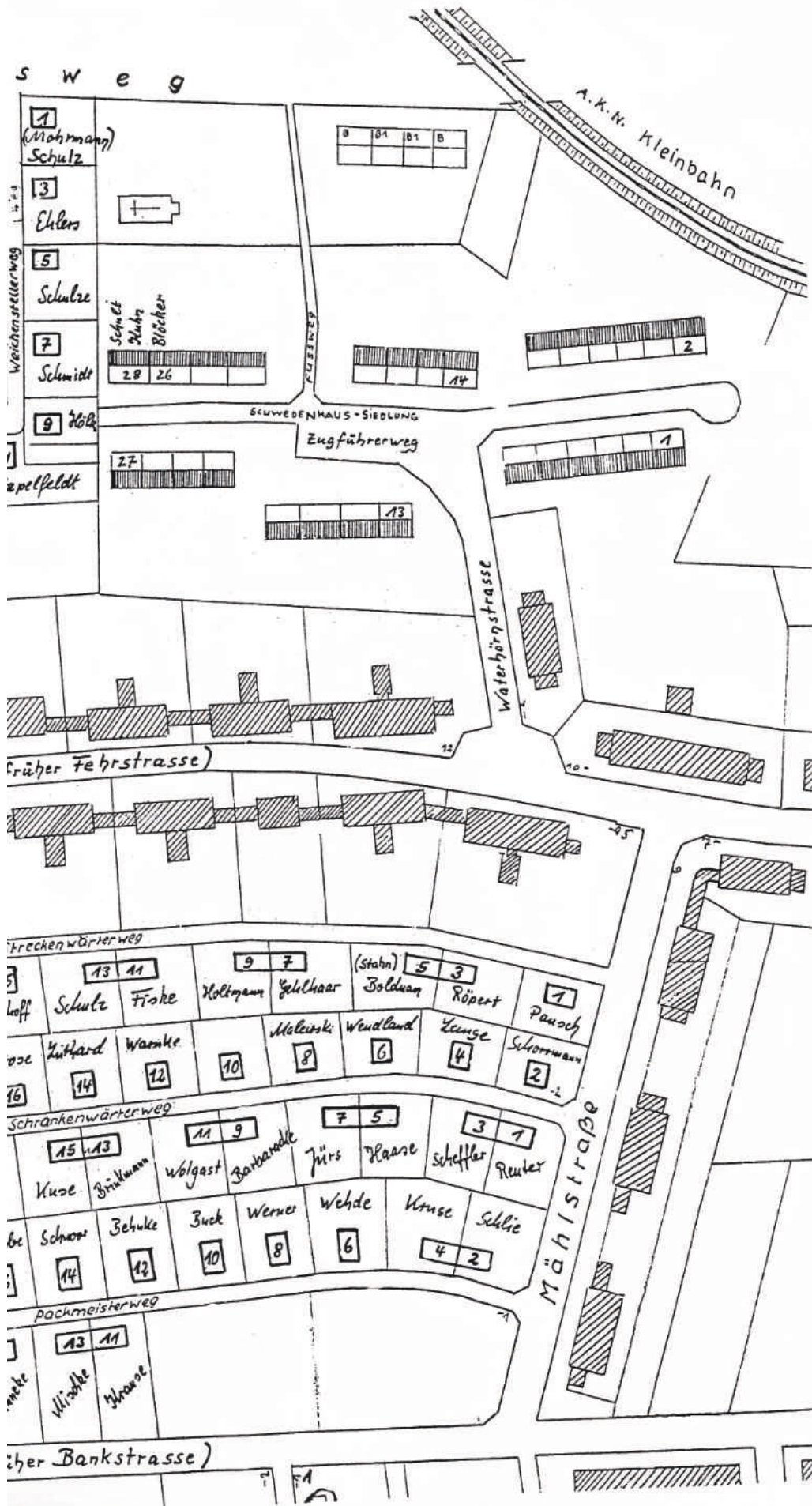
M = 1:1000

Einschl. Schwedenhaus-Siedlung

N i e n k a m p s



Aufgestellt Bm. Hmb - Eidelstedt
Juli 1953



Diese Zeichnung gibt einen guten Eindruck von der ehemaligen Plattenhaussiedlung zwischen Niekampsweg, Jaarsmoor und Redingskamp. Zur Siedlung gehören die rund 140 kleinen Plattenhäuser. Die schraffierten größeren Häuser am Haseldorfer Weg und der Mählstraße gehören zur Eisenbahner-Siedlung und wurden schon in den 1920er Jahren errichtet. Sie stehen dort bis heute ebenso wie die Häuserzeile auf der Nordseite des Jaarsmoors. Die Schwedenhaussiedlung am Zugführerweg entstand Anfang der 1950er Jahre. Die Beton-Plattenhäuser wurden in den 1960er Jahren abgerissen und zum Teil durch moderne Wohnblocks ersetzt. Auch entstand in den 1970er Jahren hier die Schule am Niekampsweg.

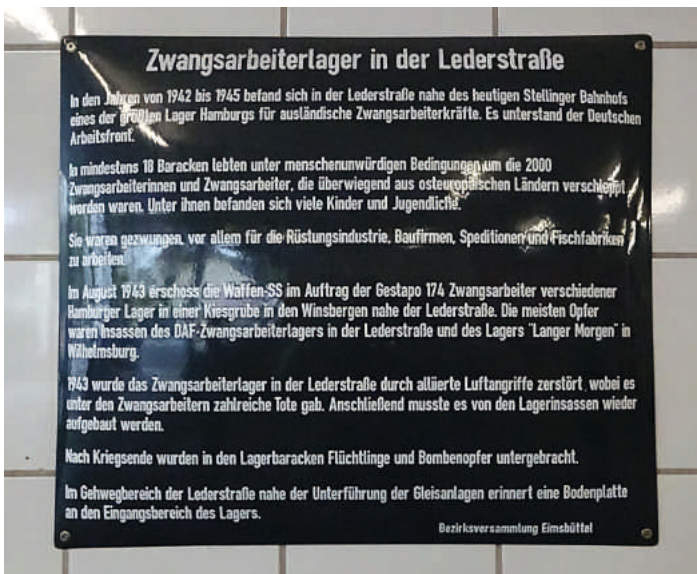
Zwangsarbeiter im Industriegebiet von Eidelstedt

Ein Überblick nach der interaktiven Karte von Friederike Littmann. <http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de>



Diese Übersicht zeigt eindrucksvoll in welchem Ausmaß Zwangsarbeiter in der Eidelstedter Industrie eingesetzt wurden.

Neben dem größten Lager an der Lederstraße in dem bis zu 2000 Häftlinge gefangen gehalten wurden, gab es viele kleinere Firmenlager, in denen nach den Schätzungen von Friederike Littmann noch einmal rund 1200 Arbeitskräfte untergebracht waren.



Legende

FL Firmenlager
GL Gemeinschaftslager
KG Kriegsgefangenenlager
KZ Konzentrationslager

*Gedenktafel in der S-Bahnstation Stellingen
Mehr zu dieser Tafel und ihrer Einweihung im Jahre 2009 in folgenden Abschnitt auf S. 35*

Rede von Anke Schulz anlässlich der Einweihung der Gedenktafel für das Zwangsarbeiterlager in der Lederstraße

am Stellingner Bahnhof am 23.09.2009

Diese Rede zeichnet ein knappes, eindrucksvolles Bild vom Lager an der Lederstraße und den Verbrechen, die dort und im umliegenden Industriegebiet verübt wurden. Außerdem vermittelt sie einen Eindruck von der Arbeit von Anke Schulz, der Gründerin der Geschichtswerkstatt Lurup, und ihren Verdiensten um die Erinnerungskultur in unserer Region.¹

Sehr verehrter Dr. Mantell, sehr verehrte Frau Bischöfin, sehr verehrte Vertreter der Parteien, verehrter Herr Hebding von der Bahn AG, und ganz besonders, die Sie extra für diese Einweihung heute von der Ukraine nach Hamburg gekommen sind, liebe Frau Stepnowa, verehrte Damen und Herren, liebe Anwesende, Wir kommen hier heute zusammen, um eine Gedenktafel an eines der größten Zwangsarbeiterlager des Hamburger Raumes einzuweihen. Es hat Jahrzehnte gedauert bis mit einer systematischen Erforschung dieses Zwangsarbeiterlagers begonnen wurde. Vielen Hamburgerinnen und Hamburgern war die Existenz dieses Lagers nicht bekannt. Von den Baracken ist nichts erhalten geblieben. Aber wir wollen das Geschehene nicht verdrängen, wir können noch Zeichen setzen, um der nachfolgenden Generation mitzuteilen: Lasst nie wieder eine menschenfeindliche Politik zu. Treten wir gemeinsam ein für die Erhaltung der Menschenwürde und üben wir Solidarität für die Schwächeren. Es fällt mir schwer, sachlich über dieses Lager zu sprechen, aber lassen Sie mich zunächst einige Fakten zusammentragen, die Bedingungen, unter denen die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter leben mussten und versuchen, die Exekutionen zu schildern, die Gestapobeamte und SS durchführen ließen. Das Lager befand sich in der Lederstraße gegenüber dem Ausgang der Untertunnelung Volkspark-

¹ <http://www.geschichtswerkstatt.lurup.de/Veranstaltungen.htm>: Unter diesem Link auf der Webseite der Geschichtswerkstatt Lurup findet man weitere Informationen zur Veranstaltung.

straße. Bereits 1939 war dieses Gelände von den Arbeitsbehörden für ein Internierungslager für Sinti und Roma in Augenschein genommen worden. Der Architekt Gutschow bekam 1941 den Auftrag für den Bauentwurf eines Barackenlagers. 1942 befahl die Gestapo russischen Zwangsarbeiterinnen den Bau eines Lagers zwischen der Lederstraße und der Bahrenfelder Straße. „Um Benzin zu sparen, waren zur Bahnanlage besondere Anschlussgleise mit Laderampen gebaut worden, und die Frauen mussten die mit Baumaterial schwer beladenen Loren aus eigener Kraft schieben.“ Neben einem Lagerkomplex für russische Militärinternierte, nach 1944 auch italienische, bestand ein Lagerkomplex für Frauen und Kinder, die meisten kamen aus Russland oder der Ukraine. Der Lagerbereich für die Militärinternierten unterstand der Wehrmacht. Die Gesamtbelegungszahl wird in NS Akten mit 2000 Männern, Frauen und Kinder angegeben, die in mindestens 18 Baracken auf einer Fläche von etwa 5 Hektar untergebracht worden waren. NS Planungsakten gehen sogar von einer Zahl von 3000 aus. Das Arbeiterlager in der Lederstraße unterstand der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Die Deutsche Arbeitsfront kooperierte eng mit SS, SA und Gestapo. Die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter mussten für Stadtreinigung, Trümmerbeseitigung, vor allem für Rüstungsunternehmen arbeiten. Bezeichnungen von Unternehmen wie 'Margarinefabrik' oder 'Streichholzfabrik' waren Tarnnamen für Rüstungsunternehmen, die ihre Produktion geheim halten mussten. So befand sich beispielsweise in der Schnackenburgsallee 177 das damalige Butellawerk, eine Margarinefabrik, die 1942 stillgelegt und von Menck und Hambrock zur Herstellung von Panzerabwehrkanonen genutzt wurde. Ein anderer Arbeitgeber war die Firma Berckholtz, die in der Ottensener Straße und im Hogenfeldweg Rüstungsproduktionsstätten unterhielt. Überle-

bende des Lagers berichten, dass sie nach dem Einmarsch der Wehrmacht in ihre Heimat in Russland oder der Ukraine unter Zwang rekrutiert wurden. Viele waren durch Gewalterfahrungen traumatisiert. Oft hatten deutsche Soldaten das eigene Dorf mitsamt der älteren, nicht arbeitsfähigen Dorfbevölkerung in Brand gesteckt. Die Menschen kamen in teilweise offenen Güterwagen, die dem Transport von Vieh gedient hatten, ohne Bereitstellung von Wasser und Nahrung nach Deutschland. Sie wurden Zeugen von Erschießungen, mit denen die deutschen Soldaten auf Fluchtversuche jener Mitgefangenen reagierten, die es gewagt hatten, gegen ihre Situation aufzubegehren. Deutschland war für sie ein völlig unbekanntes Land, sie kannten die Sprache nicht oder nur ein wenig, sie wurden nicht darüber informiert, wohin sie gebracht worden waren.

Wer das Glück hatte, in der Müllverbrennungsanlage zu arbeiten, konnte den Müll auf Essbares hin durchwühlen, durfte sich dabei aber nicht erwischen lassen, die Wachmannschaften reagierten darauf mit brutalen Schlägen. Viele der Zwangsarbeiter, die in der nahegelegenen Raketenfabrik arbeiteten, waren minderjährig. Die Zwangsarbeiter kamen ohne Schutzkleidung mit Azeton und anderen schädigenden Chemikalien in Berührung. Freunde oder Familienangehörige starben im Lager oder in den Jahren nach der Befreiung an den Folgen der Zwangsarbeit. Diese Erinnerungen quälen die Menschen noch heute. Angesichts der Menschenrechtsverletzungen, die Nationalsozialistische Beamte in diesem Lager verübten, ergreift mich stummes Entsetzen. Anfang August 1943 ordnete die Gestapo Massenerschießungen in den Winsbergen nahe dem Lager Lederstraße an. Einer breit angelegten Straffaktion der Gestapo wegen Sabotage und Plünderung fielen 174 Zwangsarbeiter zum Opfer, überwiegend Zwangsarbeiter des Lagers Lederstraße und des Lagers 'Langer Morgen' aus Wilhelmsburg.

Der Lagerleiter Meyer des Lagers Lederstraße hatte bei einigen Zwangsarbeitern, die in der Randstraße mit Aufräumarbeiten nach einem Bombenschaden hatten arbeiten müssen, den Verdacht, dass sie Kleidung aus den Trümmern mitgenommen hätten, verständigte sofort die Gestapo und beschuldigte die

betreffenden Männer der Plündererei. Am folgenden Tag erschienen Kommissar Schweim, Leiter der Ausländer-Abteilung der Gestapo, und weitere Gestapobeamte, ließen zum Appell antreten, durchsuchten das Lager und fanden dabei noch einige andere Kleidungsstücke sowie Fischkonserven. Schweim ließ die etwa 150 Frauen und Männer, bei denen Dinge gefunden worden waren, auf dem Appellplatz antreten. Er sortierte 20 Männer aus und ließ sie auf einem Lastwagen abtransportieren.

Mehrere Frauen des Lagers mussten in einem brachliegenden Gelände in den Winsbergen in der Nähe der Eidelstedter Fischmehlfabrik, das vom Lager Lederstraße fußläufig zu erreichen war, eine Grube von 10 Metern Länge und 2 Metern Breite etwa 2 Meter tief ausheben.

„Am Tag der Hinrichtung führte Schweim mehrere hundert Zwangsarbeiter aus dem Lager Lederstraße und anderen umliegenden Lagern an die Exekutionsstelle, die der Exekution als Zuschauer beiwohnen mussten. Den Zwangsarbeitern aus dem Lager Lederstraße wurden außer Plündererei unter Ausnutzung der Kriegsverhältnisse Sabotagehandlungen und der Aufbau einer Sabotage-Organisation in Hamburg vorgeworfen. Nach der Ansprache des Dolmetschers wurden je drei aneinander gefesselte Ostarbeiter an den Rand der Grube geführt und von einem Kommando aus neun flämischen Waffen-SS-Leuten aus der Waffen-SS-Kaserne in Langenhorn erschossen. 150 Zwangsarbeiter aus dem Wilhelmsburger Lager Langer Morgen wurden im gleichen Zeitraum ebenfalls an diesem Exekutionsplatz erschossen.“ Die Leichen wurden mit Erde bedeckt, im Laufe des Tages schütteten die Frauen des Lagers Lederstraße die Grube zu.

Für diese Verbrechen ist kein Tatbeteiligter zur Rechenschaft gezogen worden. Albert Schweim konnte nach 1945 unter falschem Namen untertauchen. Kurz nach seiner Verhaftung 1974 wurde aus gesundheitlichen Gründen das Verfahren gegen ihn eingestellt. Er starb 1975.

Nach 1945 wurden die Lagerbaracken für Flüchtlinge und Bombenopfer genutzt. Mit der Ansiedlung von Industrieunternehmen in der Lederstraße verschwanden die Baracken und mit ihnen die Erinnerungen der Bewohner der angrenzenden Stadtteile an das Lager.

Diese Gedenktafel konnte nur realisiert werden durch zahlreiche Unterstützung und ein breites politisches Bündnis. Ich bin stolz darauf mit beigetragen haben zu dürfen, dass die Opfer der Zwangsarbeit mit dieser Gedenktafel Anerkennung und Würdigung erhalten. Ich möchte für die langjährige Unterstützung meiner Recherchen und der Ausarbeitung des Textes der Gedenktafel dem Freundeskreis und dem Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, dem Stadtteilarchiv Ottensen und der Geschichtswerkstatt Eimsbüttel danken und für die engagierte Unterstützung meiner Petitionen, für die menschliche Unterstützung und die unermüdliche Bereitschaft, das Projekt voran zu bringen, danke ich ganz besonders der Gruppe Eidelstedt der VVN BdA.

Ich danke den VertreterInnen des Stellingener Ortsausschusses der Linken, der GAL, der SPD und der CDU, die sich für die Gedenktafel und die Bodenplatte eingesetzt haben, ich danke dem Vorstand der Bahn AG dafür, großzügig die Fläche im Stellingener Bahnhof für die Gedenktafel zur Verfügung zu stellen und vor allem dem Bezirksamt Eimsbüttel, das in enger Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei entscheidend zur Realisierung der Tafel beigetragen hat.

Mit der Bereitstellung von Sondermitteln haben Sie, Dr. Mantell, es ermöglicht, dass wir heute diesen Opfern etwa zurückgeben.

Etwas, was ihnen damals genommen wurde – die menschliche Würde. Ich danke den Schülerinnen und Schülern der Gesamtschule Stellingen, die mehrfach für ihr Engagement den Bertini-Preis bekamen, für ihr Engagement und ihre Bereitschaft, unsere Initiative zu unterstützen und daran mitzuwirken. Ganz besonders möchte ich meine Dankbarkeit ausdrücken für die Begegnung mit ehemaligen Zwangsarbeitern, die im Rahmen des Besuchsprogramms des Freundeskreises KZ – Gedenkstätte Neuengamme e.V. im Auftrag des Hamburger Senats auch die Lederstraße besuchen konnten.

Ihnen, Frau Stepanowa, widme ich all meine Hoffnung für die Überwindung nationalsozialistischen und menschenverachtenden Gedankenguts. Mit der Gedenktafel setzen wir in Eidelstedt und Stellingen ein weiteres Zeichen gegen Gleichgültigkeit. Die Tafel im Stellingener Bahnhof und die Bodenplatte in der Lederstraße erinnern nicht nur an das, was Menschen aus Osteuropa in unserer Stadt angetan wurde, sie halten auch das Gedenken wach. Sie fordern uns auf, Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung nie wieder zuzulassen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Brief von Frau Stepanova

Bericht von einer Zwangsarbeiterin aus der Ukraine¹

Brief vom März 2007 von Wera Kusminitschna Stepanowa, geboren 1928 in Wasilkowka, Ukraine. „Ich wurde zur Zwangsarbeit nach Deutschland zusammen mit den Menschen aus meinem Dorf gebracht. Vom 12. September 1942 bis zum 22. Juli 1943 war ich im Lager Lederstraße, als Ostarbeiterin. Ich machte verschiedene Bauarbeiten, Abladen, Transportieren von Baumaterialien. Danach kam ich nach Berlin, Lager Bauhilfe.“

Der Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme führte Videointerviews mit den ehemaligen Zwangsarbeitern durch, die im Rahmen des Besuchsprogramms Hamburg Besuchten. Hier Auszüge aus einem Interview mit Wera Stepanowa vom September 2007 mit Alexander Gnezdilov.

„Wir, junge Mädchen, saßen an einer Hausecke, jede erzählte etwas. Ein einheimischer Polizist ging mit zwei Deutschen an uns vorbei. Wir mussten mitkommen und wurden in einem Raum eingesperrt. Warum wussten wir nicht. Wir wurden auf den Transport nach Deutschland vorbereitet. ... Russen brachten uns in das Bezirkszentrum, wo wir medizinisch untersucht wurden, mit dem Ergebnis, dass wir als gesund genug eingestuft wurden für einen Transport nach Deutschland. Man befahl uns: „In drei Tagen sollt ihr an der Station Uljanovka erscheinen. Sonst werden eure Eltern bestraft.“ Wir mussten also gehen. Als der Zug einfuhr für den Transport nach Deutschland versammelten sich Freunde und Verwandte. Wir weinten, unsere Eltern weinten. Dann fuhren wir ab. Ich weinte die ganze Zeit während der Fahrt. Sehr lange. Wir fuhren weiter und weiter. Ab nach Deutschland. Vie-

le Jungs konnten fliehen. Ein junger Mann wurde in einem Waggon von einem Deutschen erschossen. Man schrie uns an, als seien wir die letzten Hunde. Schrecklich. Jemand machte die Tür auf: „Ihr kriegt nichts zu essen! Nichts, möget ihr alle verrecken!“ – Es war einfach schrecklich. ...



Wera Kusminitschna Stepanowa (links) mit einer Freundin 1942

© Anke Schulz, Wera Stepanowa

Man brachte uns nach Hamburg in diese Lederstraße. Man führte uns in eine lange Baracke hinein. Wir wurden im Oktober verschleppt. Es war draußen schon sehr kalt. In der Baracke waren hohe Pritschen. Ach, wie ich weinte. Ich kletterte die Leiter hinauf. Pritschen, grob gehobelt, zusammengehämmert und nicht mit Farbe überstrichen. Ich rief nach meinen Eltern. Die An-

deren weinten auch, alle weinten sehr. Ich schrie und schrie, bis ich nicht mehr konnte. Dann rief man uns zum Abendbrot. Es gab Steckrübensuppe. Steckrübe mit Wasser. Man gab uns noch Brot und Tee. Wir aßen das. Danach gingen wir schlafen. Am Morgen teilte man uns in Arbeitskommandos auf. Um zur Arbeit zu gehen, mussten wir das Lager verlassen. In der Nähe war eine Fischfabrik. Das Lager war von Stacheldrahtzaun umgeben. Nach ein paar Tagen im Lager wusch ich mein Kleid, das ich noch von Zuhause her hatte, und ging zum Stacheldraht, um es aufzuhängen. Plötzlich hörte ich Schüsse. Es saßen welche in diesen Wachtürmen Sie feuerten Schüsse ab, stürzten sich auf mich, schrien mich an. Dann kam ein Dolmetscher: „Das ist verboten! ... Hier steht alles unter Strom. Hätten Sie Ihre nassen Sachen aufgehängt,

¹ Zitiert nach: Anke Schulz, Hamburger Zwangsarbeiterlager in der Lederstraße 1939 – 1945, Shaker Verlag, Aachen 2010, S. 58ff

hätte es Sie getötet!“ – Ich musste mit dem nassen Kleid wieder in die Baracke. Danach brachte man uns zur Arbeit. Einige von uns kamen zu dieser Fischfabrik, die Anderen kamen zur Fabrik namens „Phoenix“... oder Fe... Es hieß Phoenix, es war nicht weit vom Lager entfernt. In dem Lager waren sehr viele Menschen. Über das Essen im Lager kann ich sagen: wenn wir nur gekochte Pellkartoffeln bekamen mit et-

was Soße war das ein großes Fest für uns. Sonst hatten wir nur diese Steckrübensuppe, Suppe, Suppe – die ganze Zeit Suppe. Im Sommer ging es ja noch, weil die Steckrüben ja noch frisch waren. Im Winter waren die Steckrüben schon mit Frost befallen. Man bekam seine Portion Suppe. Man setzte sich hin und versuchte an die Suppe ranzukommen – auf der Suppenoberfläche war eine Menge Würmer.

Wenn unsere Matratzen und Kissen, gestopft mit Gräsern, staubig waren, wenn nicht alles sauber war, gab es Peitschenhiebe. Auf der Arbeit war ein Dolmetscher, der überwachte, wie oft wir auf die Toilette mussten. Wenn ich zum zweiten Mal auf die Toilette musste, lief er mit seiner Peitsche auf mich los: seine Schläge waren sehr schmerzhaft- es war furchtbar. Wir hatten Angst, auf die Toilette zu gehen. Auch wenn man nicht arbeitete, kam er mit seiner Peitsche und schlug auf uns ein.



Wera Kusminitschna Stepanowa, ge-meinsam mit dem Dolmetscher Philipp Oelze. © Anke Schulz, Wera Stepanowa

Es ging mir in Hamburg sehr schlecht. Es war sehr schwer. Ich dachte: Ich werde Hamburg nicht überleben. – Wir mussten viel arbeiten, bekamen wenig zu Essen. Die Arbeit war sehr schwer.

Ich möchte aber auch über eine deutsche Frau erzählen, die auch in der Fabrik arbeitete und uns jeden Tag ein belegtes Brötchen brachte. Sie trug immer dieselbe Kleidung, damit wir sie leicht erkennen könnten. Wir freuten uns sehr, sie jedes Mal zu sehen. Sie legte das Brötchen unauffällig in die Baumaterialien. Wir beobachteten sie immer bei der Arbeit, beobachteten, wohin sie das Brot hinlegen wird. Dann mussten wir mit einer Schubkarre zu der Stelle hinfahren, als ob wir etwas holen mussten. Dabei durfte uns nie-

mand erwischen. Sonst hätten wir und sie Schwierigkeiten bekommen. Jeden Tag brachte sie für uns diese Brote. Das war eine große Frau, verstehen Sie? Ein wahrer Mensch!“



Einweihung einer Gedenktafel an das Zwangsarbeiterlager in der Lederstraße im Stelling S-Bahnhof in Hamburg am 23.09.2009, Wera Stepanowa (Bildmitte), Dr. Mantell, Leiter des Bezirksamtes Eimsbüttel (rechts) und Anke Schulz (links) enthüllen die Tafel.

© Anke Schulz, Wera Stepanowa

Nicolai Tuschkin *14.4.1944 † 23.11.1944

*Der Stolperstein wird voraussichtlich 2025 verlegt in der **Pinneberger Chaussee 155**. Nicolai Tuschkin kam am 14. April 1944 bei Witebsk zur Welt und wurde 7 Monate und 9 Tage alt.*

Seine Eltern waren Anna Tuschkin, geb. Matschenko, und der Soldat bei der „Wehrmacht“ mit Nachnamen Tuschkin (sein Vorname ist nicht bekannt). Vermutlich hatte er sich zur deutschen Wehrmacht rekrutieren lassen. In den Sterbefallsammelakten ist die Staatsangehörigkeit „russisch“ angegeben. Anna Tuschkin brachte ihren Sohn Nicolai auf der Flucht im Kreise Witebsk in Weißrussland zur Welt. Wie sie mit ihm nach Hamburg-Eidelstedt in die Pinneberger Chaussee 155 gelangte, ist nicht bekannt. Dort musste sie für die Gärtnerei Walter Bade arbeiten. Die Ernährungs- und Lebensbedingungen waren für Nicolai völlig unzureichend. Am 23. November 1944 um 15:45 Uhr verstarb er in der Universitätsklinik Eppendorf. In der Todesanzeige des Krankenhauses ist als Todesursache „absteigende Rachendiphtherie“ und als unterzeichnender Arzt Debes angegeben.

Nicolai wurde 7 Monate und 9 Tage alt.

Sieben Tage nach seinem Tod fand die Beisetzung am 30. November 1944 auf dem Friedhof Ohlsdorf statt, Grablage: Q 39, Reihe 12, Nr. 10. Sein Grab ist nicht mehr erhalten. Ende des Jahres 1959 wurde es zusammen mit mindestens 146 Gräbern der Kinder von Zwangsarbeiterinnen auf Areal Q 39 eingeebnet.

Stand Februar 2025

© Margot Löhr

Lager

Pinneberger Chaussee 155

Profitierender Betrieb

Gärtnerei Walter Bade

1 Kind kam im Heimatland der Mutter zur Welt.

1 Kind verstarb in der Universitätsklinik Eppendorf.

Biographie: Nicolai Tuschkin

Quellen: Siehe folgende Biographie;

Hamburger Adressbuch 1943;

<http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de>, eingesehen 17.2.2016.

Aus: Margot Löhr; Die vergessenen Kinder von Zwangsarbeiterinnen in Hamburg, S. 240f

Quellen: StaH 131-1 II, 518 Listen der während des Zweiten Weltkrieges in Hamburg verstorbenen und beigesetzten ausländischen Zivilarbeiter, S. 102; StaH 131-1 II, 2721, Listen der Gräber von im Zweiten Weltkrieg verstorbenen ausländischen Zivilisten auf Hamburger Friedhöfen, S. 112; StaH 131-1 II, 2723, Gräber russischer Kriegsgefangener und Ostarbeiter auf Friedhöfen des Hamburger Gebiets, S. 128; StaH 332-5 Standesämter; Sterberegister 9950 u. 1592/1944 Nicolai Tuschkin; StaH 332-5 Sterbefallsammelakten, 64307 u. 1592/1944 Nicolai Tuschkin; Hamburger Adressbuch 1943; Rolf Michaels, Ukrainer in der Waffen-SS,

<https://akhinterland.wordpress.com/waffen-ss-in-feldbach/>, eingesehen 3.9.2017; Archiv Friedhofsverwaltung Ohlsdorf, Beerdigungsregister 1944.

Wolodimir Patrowskij *14.8.1944 † 5.9.1944

Der Stolperstein wird voraussichtlich 2025 verlegt: am Redingskamp 89 (Eidelstedt) ehemals Reichsbahnlager Eidelstedt - Bankstraße

Wolodimir Patrowskij kam am 14. August 1944 in Hamburg zur Welt.

Aus: Margot Löhr, Die vergessenen Kinder von Zwangsarbeiterinnen in Hamburg, S. 232f

Seine Eltern, Jraida, geb. Rosljakowa, und Oleg Patrowskij, waren griechisch-katholisch-orthodoxen Glaubens. Aus ihrer Heimat Russland verschleppt, mussten sie in Hamburg-Eidelstedt für die kleine Wohnungsbaugesellschaft, die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für Reichsbahnbedienstete mbH, Zwangsarbeit leisten. Sie kamen in das Lager Reichsbahn „Bankstraße“ (heute Redingskamp). Dort brachte Jraida ihren Sohn Wolodimir zur Welt. In diesem Lager musste Wolodimir die kurze Zeit seines Lebens verbringen.

Lager

Bankstraße Reichsbahn Lager (heute Redingskamp)

Lager mit 125 ausländischen Arbeitskräften

Profitierender Betrieb

Gemeinnützige Wohnungs-Baugesellschaft für Reichsbahnbedienstete mbH (Bahnhofsstraße, später Altonaer Bahnhofstraße, heute Max-Brauer-Allee, Südteil) Fertigung von Behelfsbauten für ausgebombte Hamburger*innen

Aus diesem oder anderen Lagern der Deutschen Reichsbahn Eidelstedt:

2 Kinder aus dem Reichsbahnlager Eidelstedt kamen in der Frauenklinik Finkenau, Hamburg-Uhlenhorst, zur Welt.

9 Schwangerschaftsunterbrechungen wurden bei Zwangsarbeiterinnen aus dem Reichsbahnlager Eidelstedt und „Lager Eidelstedt“ in der Frauenklinik Finkenau, Hamburg-Uhlenhorst, vorgenommen.

2 Kinder aus dem Reichsbahnlager Eidelstedt verstarben im Allgemeinen Krankenhaus Langenhorn.

Quellen: Siehe die folgende Biographie; <http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de>, eingesehen 17.2.2016.

Die Ernährungs- und Lebensbedingungen waren für ihn völlig unzureichend. Die Eintragung „arisch“ in seiner Ausländermeldekarteikarte deutet auf eine bei seiner Mutter durchgeführte „Rasseprüfung“ hin.

Zwei Wochen nach seiner Geburt wurde Jraida Patrowskij mit einer „Mastitis“ (Brustentzündung) am 29. August 1944 zusammen mit ihrem Sohn als „Begleitkind“ im Allgemeinen Krankenhaus Langenhorn aufgenommen. Nach sieben Tagen verstarb Wolodimir dort am 5. September 1944 um 16:30 Uhr. In der Todesanzeige des Krankenhauses wurde als Todesursache „Lebensschwäche“ und als unterzeichnender Arzt Blumenthal angegeben.

Wolodimir wurde 3 Wochen und 1 Tag alt. Sieben Tage nach seinem Tod fand seine Beisetzung am 12. September 1944 auf dem Friedhof Ohlsdorf statt, Grablage: Q 39, Reihe 6, Nr. 25. Sein Grab ist nicht mehr erhalten. Ende des Jahres 1959 wurde es zusammen mit mindestens 146 Gräbern der Kinder von Zwangsarbeiterinnen auf Areal Q 39 eingeebnet. Nach dem Tod ihres Sohnes verblieb Jraida Patrowskij noch sechs Wochen im Krankenhaus. Am 18. Oktober 1944 wurde sie in das Lager Eidelstedt zurückverlegt, zur Zwangsarbeit für die Kleine Wohnungsbaugesellschaft.

Stand 2025

© Margot Löhr

Quellen: Standesamt Hamburg-Stellingen Geburtsreg. 41/1944 Wolodimir Patrowskij; StaH 131-1 II, 518 Listen der während des Zweiten Weltkrieges in Hamburg verstorbenen und beigesetzten ausländischen Zivilarbeiter, S. 86, S. 267; StaH 131-1 II, 519 Listen der 1940 in Hamburger Krankenhäusern behandelten Ausländer, nach Nationalitäten geordnet, S. 212; 131-1 II, 534 Listen in Hamburg verstorbener Ausländer 1939-1945, S. 10; StaH 131-1 II, 2721, Listen der Gräber von im Zweiten Weltkrieg verstorbenen ausländischen Zivilisten auf Hamburger Friedhöfen, S. 107; StaH 131-1 II, 2723, Gräber russischer Kriegsgefangener und Ostarbeiter auf Friedhöfen des Hamburger Gebiets, S. 123; StaH 332-5 Standesämter, Sterbereg. 9953 u. 1325/1944 Wolodimir Patrowskij; StaH 332-5 Standesämter, Sterbefallsammelakten 64306 u. 1325/1944 Wolodimir Patrowskij; StaH 332-8, A 48 Alphabetische Meldekartei der Ausländer 1939-1945, 741-4 Fotoarchiv, K4599; StaH 352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn, 184 Band 2, S. 78; www.zwangsarbeit-in-hamburg.de, eingesehen 17.2.2016; Archiv Friedhofsverw. Ohlsdorf, Beerdigungsregister 1944.

Anna Podolitsch *17.9.1920 Schicksal unbekannt

Schnackenburgallee 177-179

Anna Podolitsch, geb. Antonenko, geb. am 17.9.1920 in Achdivka, Zwangsarbeit, Schicksal unbekannt

(das abweichende Geburtsdatum auf dem Stolperstein beruht auf einem veralteten Forschungsstand)

© Margot Löhr

Der Knabe mit dem Nachnamen Podolitsch

***1.5.1945 † 6.5.1945**

Stolperstein an der

Schnackenburgallee 177-179

Der Knabe mit dem Nachnamen Podolitsch kam am 1. Mai 1945 in Hamburg zur Welt. Er erhielt keinen Vornamen.

Seine Eltern, Anna, geb. Antonenko, geb. am 11.12.1923 in Petrowka/Charkow, und Feofan Podolitsch, stammten aus der Ukraine. Aus ihrer Heimat verschleppt, kamen sie nach Hamburg-Eidelstedt und wurden als „Ostarbeiter“ im „Lager Russmann“, dem ehemaligen Butella-Werk, in der Schnackenburgallee 177/179 untergebracht. Demnach mussten sie entweder für die Norddeutsche Leichtmetall- und Kolbenwerke GmbH (Noleiko), die Eisengießerei Eyring & Scheelke oder die Maschinenfabrik Menck & Hambroc GmbH, Zwangsarbeit leisten. In dieser Zeit war Anna Podolitsch schwanger.

Einen Tag vor der Geburt ihres Kindes wurde sie in der Universitätsklinik Eppendorf aufgenommen. Sie brachte in einer Spontangeburt am 1. Mai 1945 um 1:50 Uhr einen „reifen Knaben“ zur Welt. Er war 50 cm groß und 3000 Gramm schwer. Während des siebentägigen Wochenbettes in „P 26“ (Pavillon 26), litt Anna Podolitsch einige Tage unter Fieber, an einem Tag waren es 40 Grad.

Fünf Tage später, Hamburg hatte bereits kapituliert und war an die britische Armee übergeben worden, verstarb ihr neugeborener Knabe dort im Krankenhaus am 6. Mai 1945 um 3:00 Uhr. In der Todesanzeige der Universitätsklinik ist als Todesursache „Skleroedem“ (Schwellung und Verhärtung der Haut infolge

**Gemeinschaftslager
Schnackenburgallee 177-179**

„Lager Russmann“

Von Zivilpersonen bewachtes Lager im stillgelegten Butella-Werk mit ca. 350 sowjetischen Zwangsarbeiter*innen
Bestand 7/1942 bis 4/1945

Profitierende Betriebe:

Eyring & Scheelke, Eisengießerei

**Menck & Hambroc GmbH, Maschinenfabrik
Norddeutsche Leichtmetall- und Kolbenwerke
GmbH (Noleiko)**

1 Kind kam in der Universitätsklinik Eppendorf zur Welt.

3 Schwangerschaftsunterbrechungen wurden bei Zwangsarbeiterinnen aus dem Lager Schnackenburgallee in der Frauenklinik Finkenau, Hamburg-Uhlenhorst, vorgenommen.

Quellen: Siehe auch folgende Biographie; Hamburger Adressbuch 1943; <http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de>, eingesehen 17.2.2016.

Aus: Margot Löhr; Die vergessenen Kinder von Zwangsarbeiterinnen in Hamburg S. 241f

schwerster Ernährungsstörungen, Lebensschwäche und Unterkühlung) und als unterzeichnender Arzt Debes angegeben.

Der Knabe Podolitsch wurde 5 Tage alt.

Elf Tage nach seinem Tod fand seine Beisetzung am 17. Mai 1945 auf dem Friedhof Ohlsdorf statt, ohne Sarg, Grablage: AE 41, Reihe 7, Nr. 7. Sein Grab ist nicht erhalten. Ende der 1950er-Jahre wurde es eingeebnet, zusammen mit mindestens elf weiteren Gräbern der Säuglinge von Zwangsarbeiterinnen, die am selben Tag ohne Sarg dort begraben worden waren.

Zwangsarbeit in Eidelstedt – Stolpersteine für Mütter und Kinder

Zwei Tage nach seinem Tod, am Tag des Kriegsendes, wurde Anna Podolitsch am 8. Mai 1945 aus dem Krankenhaus in die Freiheit entlassen.

Stand Februar 2025

© Margot Löhre

517 Listen der in Hamburg während des Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommenen Ausländer. Band 2: Sowjetbürger, Polen, Niederländer und Belgier, S. 81; StaH 332-5 Standesämter, Sterberegister 9959 u. 1061/1945 Podolitsch; StaH 332-5 Sterbefallsmelakten 64306 u. 1061/1945 Podolitsch; <http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de>, eingesehen 17.2.2016; Archiv Friedhofsverwaltung Ohlsdorf, Beerdigungsregister 1945.

Quellen: Standesamt Hamburg-Eppendorf Geburtsregister 922/ 1945/Nr. 22; Geburtenbuch 1945 Universitätsklinik Eppendorf, Nr. 193/2223; StaH 131-1 II,

Hamburg 194 5 (Monat Mai)

Universitäts-Krankenhaus Eppendorf

Todesanzeige
(Nicht für Totgeborene zu verwenden)

Standesamt: Hbg. Eppendorf Nummer im Sterberegister: 1061

Gemeinde des Sterbefalles: Hamburg Kreis:

Wohnungsgemeinde des Verstorbenen: Hbg. Eidelstedt Kreis:

Straße und Nr.: Lager Russmann m.d. Elt.

1. Vor- und Familienname des Verstorbenen: männlich
oder ob unbekannt verstorben? Podolitsch

2. Geschlecht: männlich oder weiblich?

3. Sterbetag: 6. Monat: Mai Jahr: 1945

4. Geburtstag: 1. Monat: Mai Jahr: 1945
Für die am ersten Tage nach der Geburt gestorbenen Kinder genaue Angabe der Lebensdauer in Stunden: Hamburg

5. Familienstand:
a) bei Kindern unter 5 Jahren: ob beim Tode ehelich oder nachhelich?
b) bei allen übrigen Personen: ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden, Ehe aufgehoben?
c) bei Verheirateten: 1. Tag und Jahr der letzten Eheschließung: /
2. Zahl der in dieser Ehe geborenen Kinder (einschl. togeborener u. legitimerter): /
3. Geburtstag und -jahr des überlebenden Ehegatten (-stättin): /

6. Religiöses Bekenntnis des Verstorbenen: nicht getauft

7. Staatsangehörigkeit: ukrainisch

8. a) Beruf des Verstorbenen: Ostarbeiter's-Sohn
b) Berufstellung (selbständig, Angestellter, Arbeiter, Beamter des öffentl. Dienstes)?
c) Gewerbe oder Betrieb, in dem der Verstorbene tätig war: b. Russmann, Lager Russmann
Bei ehelichen Kindern unter 14 Jahren sind die entsprechenden Angaben für den Vater, bei unehelichen und vaterlosgeborenen für die Mutter zu machen.

9. Erfolgte der Tod in einer Anstalt (Entbindungs- oder Krankenanstalt, Wohltätigkeitsanstalt, Gefangenens- oder Fürsorgeanstalt oder auf einem deutschen Seeschiff)?
Name der Anstalt: Universitäts-Krankenhaus Eppendorf

10. Todesursache (bei gewaltsamen Tod auch Selbstmord – Art und Weise und Ursache, bei Unfällen auch, ob Berufs- oder Betriebsunfall):
a) Grundleiden? Sklerose Skleroderm
b) Begleitkrankheiten?
c) Nachfolgende Krankheiten?
d) Welches der genannten Leiden hat den Tod unmittelbar herbeigeführt? a
Ist die Todesursache vom behandelnden Arzt angegeben? ja – nein
Name des Arztes: Dr. Debes
Ist die Todesursache dem ärztlichen Leichenschauschein mitzuteilen? ja – nein

Zutreffendes ist zu unterstreichen!

Möglichst genaue Angaben erheben!

Todesanzeige des Universitäts-Krankenhauses für den Knaben mit Nachnamen Podolitsch, Sta H

Zwei Stolpersteine für Anna Podolitsch und ihren Sohn



Margot Löhr, die mit ihrer langjährigen Recherche-Arbeit die Grundlage für diese und viele andere Denkmäler schuf.



Die beiden neuen Stolpersteine, gesetzt am 26. März 2023 rund 78 Jahre nach dem traurigen Ereignis.

An die über 250 verstorbenen Säuglinge und Kleinkinder von Zwangsarbeiterinnen erinnert der Gedenkglaswürfel im Garten der Frauen auf dem Friedhof Ohlsdorf, der dort am 8. Mai 2022 eingeweiht wurde.
<http://www.garten-der-frauen.de/glaswuерfel.html>

2023 wurden aufgrund von Recherchen von Margot Löhr mehrere Stolpersteine verlegt. Den Anfang machten am 25. März zwei Steine in der Schnackenburgallee 177 zur Erinnerung an die ukrainische Zwangsarbeiterin Anna Podolitsch, die am 1. Mai 1945 einen kleinen Jungen zur Welt brachte, der aufgrund der mangelhaften Ernährung seiner Mutter am 6. Mai starb.

An dem Ort befand sich damals das Fimenlager „Russmann“, wo bis zu 350 Zwangsarbeiter*innen inhaftiert waren, die in den umliegenden Firmen oft für die deutsche Rüstungsindustrie arbeiten mussten.



Handwerker, die die Messing-Quader fachgerecht im Bürgersteig versenken.



Fabrik-Innenhof Schnackenburgallee 175

© Fotos: Geschichtswerkstatt Eidelstedt

Heinrich Schröder *9.12.1896 † April 1945



Heinrich Schröder mit seinem Stiefsohn Gerd Westphal
Foto: Privataarchiv Ronald Gröll

Hornackredder 2 (Eidelstedt/Eimsbüttel)
Heinrich Christoph Ferdinand Schröder, geb. am 9.12.1896 in Lüneburg, am 15.12.1944 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel inhaftiert, am 20.4.1945 in das Konzentrationslager Neuengamme verbracht und dort zwischen dem 22. und dem 24. April ermordet.

Wenige Tage vor Kriegsende, am 20. April 1945, wurden 58 Männer und 13 Frauen aus dem Polizeigefängnis Fuhlsbüttel in das Konzentrationslager Neuengamme gebracht. Sie waren sogenannte Schutzhäftlinge der Gestapo und ohne irgendein gerichtliches Verfahren auf eine „Liste der unverbesserlichen, höchst gefährlichen und unbedingt zu beseitigenden Elemente“ gesetzt worden, die „Liquidationsliste“. Alle 71 Personen wurden in den Nächten vom 22. April bis zum 24. April im Arrestbunker des Lagers ermordet: erdrosselt, erschossen, von Handgranaten zerfetzt, erschlagen.

Unter den Ermordeten befand sich auch Heinrich Schröder. Er stammte aus Lüneburg. Dort war er am 9.12.1896 geboren worden. Sein Vater hieß Johann Heinrich Gustav Schröder, die Mutter Emma Elisabeth Katharina Amalie Schröder, geb. Meier. Der Vater war

von Beruf Böttcher, gehörte der SPD als Mitglied an und hatte einen Funktionärsposten im Ortsverein inne, bis die Nationalsozialisten 1933 die Macht im Staat übernahmen und die SPD verboten. Auch Sohn Heinrich jr. gehörte der SPD an.

Nach dem Besuch der Mittelschule erlernte Heinrich Schröder ab 1911 bei Malermeister Zicker in Lüneburg das Malerhandwerk und schloss im April 1915 mit dem Gesellenbrief ab. Nach der Unterbrechung durch den Dienst in der Armee während des Ersten Weltkrieges, den er unverseht überstand, setzte Heinrich seine berufliche Laufbahn fort: bis 1930 als Vorarbeiter in dem Malerbetrieb Marquard in Lüneburg, von 1931 an als selbstständiger Unternehmer in der Nähe Lüneburgs, zunächst in Vastorf, dann in Bienenbüttel. Zugleich bildete er sich weiter im Malen von Firmen- und Reklameschildern. Er entdeckte seine künstlerische Ader und nutzte fortan die freie Zeit zum Malen, besonders von Aquarellen. 1937, nach Belästigungen des früheren Sozialdemokraten durch lokale Nazis, verließ Heinrich Schröder die Region und zog nach Hamburg. Er hatte eine Anstellung als Geschäftsführer bei dem angesehenen Malereibetrieb Otto Hinrichs in Othmarschen gefunden. Er bekam, wie die Firma später eidesstattlich bestätigte, das für jene Jahre respektable Monatsgehalt von 450 bis 500 RM.

Er war nun 40 Jahre alt, wohnte im Rüsternkamp 39, einem stillen und freundlichen Sträßchen mit Reihen von Ein- und Zweifamilienhäusern der Hamburger Wohnungsbaugesellschaft SAGA im Stadtteil Bahrenfeld. Unter dessen hatte er Sophie Westphal kennengelernt, geb. Maubach, geboren am 7.11.1900 in Friesdorf im Rheinland, seit zwei Jahren geschieden, von Beruf Friseurin. Aus ihrer Ehe hatte sie einen Sohn, Gerd Westphal, geboren am 2.12.1928. Als Heinrich und Sophie am 31. Mai 1939 heirateten, war er 43 Jahre alt, sie 38, Gerd zehneinhalb. Wie Freunde und die Hinterbliebenen Heinrichs betonten, nahm Heinrich das Kind wie sein eigenes an, sie hatten ein warmherziges Verhältnis zueinander. Diese gute Atmosphäre lässt sich auch in den Fotos spüren, auf welchen die beiden zusammen zu sehen sind. 1942 zog die kleine Fami-

lie in eine etwas größere Wohnung, in den Hornackredder 2, 2. Stock rechts, eine andere Wohnstraße der SAGA, in Hamburg-Eidelstedt.

Doch das Berufs- und Familienleben blieben nicht ungestört: Am 1. September 1940 war Heinrich Schröder zum Sicherheitshilfsdienst (SHD) der Luftschutzpolizei eingezogen und zur 3. Ersatzkompanie des Ersatzbataillons 469 in Lübeck abkommandiert worden. Im August des folgenden Jahres nach Hamburg zurückbeordert, kam er in die Dienststelle des SDH in Othmarschen, Parkstraße 47, in der Nähe seines früheren Arbeitsplatzes in der Waitzstraße bei Maler Hinrichs gelegen.

Auf seiner Dienststelle wurde Heinrich Schröder am 15. Dezember 1944 von den Hamburger Gestapo-Männern Kriminalsekretär Henry Helms (*1902) aus dem Dezernat IV A „Kommunismus und Marxismus“, Sachgebiet IV A 1 „Kommunismus“, und seinem Gehilfen Ernst Lietzow (*1917) verhaftet und zum Verhör in das Gestapoquartier hinter dem Ziviljustizgebäude an den Wallanlagen gebracht, zum „Schutzhäftling“ erklärt und in das Polizeigefängnis Fuhlsbüttel eingeliefert. Unterlagen der Gestapo dazu sind nicht erhalten, sie wurden kurz vor Kriegsende vernichtet. Die Hamburger Polizei jedoch führte eine Personalakte über den dienstverpflichteten Luftschutzpolizisten Heinrich Schröder, und darin ist vermerkt: „Wurde wegen Abhörens von Feindsendern und Verdachts auf staatsfeindliche Betätigung festgenommen.“ Mit Datum vom 13. Februar 1945 ist hinzugefügt: „Mitteilung der Gestapo: Wegen Sprengstoffsachen schwer belastet, muss im Gefängnis bleiben.“

Diese Verhaftung war ein schwerer Schlag nicht nur gegen Heinrich Schröder und seine Familie, sondern auch gegen die Hamburger Widerstandsbewegung, denn Heinrich gehörte zum engsten Führungszirkel der Gruppierung „Kampf dem Faschismus“, abgekürzt KdF. Das Kürzel entsprach dem der NS-Freizeit-Organisation „Kraft durch Freude“ und sollte der konspirativen Kommunikation dienen. Der Leiter der Gruppe, Karl Martin Schultz (*3.5.98 in Hamburg) und Schröder kannten sich seit Kindesbeinen. Beide waren in Lüneburg aufgewachsen, gemeinsam zur Schule ge-

gangen und hatten dort ihre Lehre absolviert, der eine als Maler, der andere als Schlosser.

Über KdF ist wenig Gesichertes bekannt, denn die Gruppierung hatte kein ausformuliertes Programm, schriftliche Unterlagen wurden der Sicherheit wegen Ende 1944 vernichtet. Mehrere der Mitarbeiter und mit ihnen ihre Angehörigen wurden ermordet (wie Rudolf Ladewig, sein Sohn Rudolf, die Tochter Annemarie, die Lebensgefährtin Elisabeth Rosenkranz). An den Folgen der Misshandlungen starb Arthur Schulze (*1897) aus Altona im Mai 1945.

KdF verstand sich als überparteilicher Zusammenschluss von bürgerlich liberalen und antifaschistischen Kräften aus allen Schichten der Bevölkerung und hatte, während des Krieges langsam gewachsen, um 1944 gut Fuß gefasst in Hamburg, auch in einigen Industriebetrieben. Als konspirative Treffpunkte dienten u.a. das Buchantiquariat von Harry Breckenfelder in der Gerhofstraße 5 und die „Fundgrube für Bücherfreunde“ von Berthold Neidhardt am Dammtordamm.

Zu den akuten Aufgaben zählten die Unterstützung von Zwangsarbeitern, von rassistisch und politisch Verfolgten, die Verbreitung von Informationen. Die Hauptziele aber waren die Beschleunigung des Zusammenbruchs der Nazi-Herrschaft, die Vorbereitung auf die Zeit des Umsturzes und der Aufbau eines demokratischen, vom Nationalsozialismus gereinigten Deutschlands. Zu den Plänen gehörten auch Sabotage-Aktionen und Attacken auf NS-Einrichtungen, auch mit Waffen und Sprengstoff.

Mehrere Zeugenaussagen, auch die des Gestapo-Mannes Helms, bestätigen, dass Heinrich Schröder zusammen mit Karl Schultz und Arthur Schulze aus Altona in der Gruppe eine wichtige Rolle spielte und zu aktivem Widerstand drängte. Es trifft wohl zu, dass er für die Beschaffung und Lagerung von Sprengmaterial zuständig war, das in den letzten Kriegstagen gegen militärische Verteidigungsanlagen wie Panzersperren oder Barrikaden eingesetzt werden sollte. Es soll, wie Karl Schultz im März 1948 im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Hamburger Gestapo-Leute aussagte, sogar den Plan gegeben haben, den Hochbunker in der Eiffestraße zu sprengen, als 1944 dort sicheres Quartier für NS-Parteispitzen geschaffen werden sollte.

Sicher ist, dass, wie eine ganze Reihe von Personen des Hamburger Widerstands, auch der KdF dem Gestapo-Agenten Alfons Pannek (*1907) zum Opfer fiel. Pannek, ein ehemaliger Kommunist und Spanienkämpfer, war von der Gestapo mit Gewalt und Nötigung umgedreht worden und hatte sich zu einem höchst durchtriebenen und besessenen Verfolger von NS-Gegnern gewandelt. Mit Hilfe seines Lesezirkels in der Wendloher Straße in Eppendorf, einem scheinbar sicheren Ort für ein offenes Wort, gelang es ihm auch beim KdF, Vertrauen zu erwecken. Ausgerechnet Heinrich Schröder ließ sich

von den antifaschistischen Sprüchen Panneks und seinen Erzählungen von angeblichen Beziehungen zu weiteren Antifaschistenkreisen täuschen. Nach Monaten des Abtastens machte Schröder ihn 1943/44 mit Karl Schultz bekannt. Pannek verstand es, auch hier Eindruck zu machen: Er besorgte – natürlich in Absprache mit seinen Auftraggeber, der Gestapo – zum Beispiel Spezialgewindebohrer zur Herstellung von Sprenghülsen. Er brachte es sogar so weit, Mitgliedsausweise für die KdF-Führer zu entwerfen und dann auch auszustellen. Auch die Idee mit dem Namen „Kampf dem Faschismus“ (KdF) soll von ihm gekommen sein.

Als erster der Gruppe wurde Schröder am 15. Dezember 1944 festgenommen. Wie Henry Helms in seiner Vernehmung vor dem Landgericht am 29. Juli 1947 aussagte, „wurde vorzeitig zu Schröders Verhaftung geschritten, da dieser Mann mit seinen Plänen als sehr gefährlich erschien“. Die Sekretärin im Büro von Helms, Helene Reimers (*1913), und die Stenotypistin Ursula Prüssmann (*1925) sagten in

den Vernehmungen zum Strafverfahren gegen Helms u.a. 1945 bzw. 1946 übereinstimmend aus, Schröder sei von Helms und seinem Gehilfen Lietzow während des Verhörs mit Faustschlägen ins Gesicht und mit Fußtritten misshandelt worden.

Es sei vor allem darum gegangen, Informationen zu Beziehungen der Gruppe in andere Städte und ins Ausland zu bekommen. Gelungen sei das aber nicht.

Wenige Tage darauf, am 28.12.1944, wurden auch Schröders Frau Sophie und der Stiefsohn Gerd Westphal verhaftet. Sophie erklärte später, Helms habe ihr bei der Durchsuchung der Wohn-

ung mit Konsequenzen gedroht, falls sie andere von Heinrichs Festnahme unterrichte. Sie habe aber Schultz informiert. Gerd nannte später als Grund für seine Verhaftung, er sei Kurier zwischen Schröder und dem Treff in der Buchhandlung an der Gerhofstraße gewesen, und das sei der Gestapo wohl bekannt geworden.

Sophie und Gerd wurden getrennt ins Polizeigefängnis Fuhlsbüttel verbracht. Gerd, gerade 16 Jahre alt geworden, hatte besonders zu leiden. Nicht nur, dass er nichts vom Verbleib der Eltern wusste, er kam auch noch in Einzelhaft. Die erste Nacht verbrachte er über Stunden nackt auf dem Zementboden in einer eiskalten Zelle im Keller – es war Ende Dezember! – die Kleidung war ihm zum Entlausen abgenommen worden. Er wurde zum Duschen gebracht, bekam aber, noch immer ohne Kleidung, kein Handtuch zum Abtrocknen. Dann, in die ebenfalls ungeheizte Einzelzelle gesteckt, gab es in den ersten drei Tagen nichts zu essen und kaum zu trinken. Wie Gerd später aussagte, erlitt er vor Angst und Verzweiflung



Der Stolperstein zur Erinnerung an Heinrich Schröder im Hornackredder 2 Foto: Mobile Geschichtswerkstatt Eidelstedt

im Gefängnis mehrere Nervenanfalle, wie er seine Zusammenbrüche bezeichnete.

Nach über drei Monaten, am 7. April 1945, wurden Mutter und Sohn entlassen. Von Ehemann bzw. Vater wussten sie nichts. Die Wahrheit erfuhren sie erst 1946 vom Komitee ehemaliger politischer Gefangener.

Gerd erholte sich nie mehr richtig von den seelischen und körperlichen Qualen. Zu Appetitlosigkeit, Schweißausbrüchen, ausdauerndem Untergewicht kam 1946 eine sich rasch entwickelnde „produktive Lungentuberkulose“. Sie wurde im Hamburgischen Krankenhaus Wintermoor offiziell als wahrscheinliche Folge der Haftbedingungen in dem eisigen Winter 1944/45 in Fuhlsbüttel diagnostiziert. Obwohl ihm zeitweilig jede Arbeit untersagt und strenge Liegekuren verordnet waren, hielt Gerd mit Energie an seiner Lehre als Rasterphotograph bei der Klischeeanstalt Bauer und Söhne fest und legte im April 1947 die Gesellenprüfung mit bestem Erfolg ab. Doch die Krankheit schritt voran und „der talentierte junge Mensch mit überdurchschnittlichen Leistungen auf dem Gebiet der Photographie“, wie die Firma schriftlich bestätigte, musste 1951 den körperlich anstrengenden Beruf des Rasterfotographen aufgeben. 1957 kam eine weitere, die nun tödliche Erkrankung hinzu: eine sehr bösartige Form der Leukämie.

Gerd Westphal starb am 5.2.1959 mit 31 Jahren. Er hinterließ seine Ehefrau Gisela Christel geborene Bathmann (*17.1.1926 in Hamburg) und ein Kind von 18 Monaten, den Sohn Ronald (*28.8.1957).

Auch Gerd Westphal, der Adoptivsohn von Heinrich Schröder, ist ein Opfer der Nazi-Verbrechen.

Sophie Schröder starb, nach jahrelangen Kämpfen mit den Behörden um angemessene Wiedergutmachung und Witwenrente, in ärmlichen Verhältnissen am 12.7.1985.

Karl Schultz, der als Leiter des „KdF“ ebenfalls auf der Liquidationsliste stand, überlebte im Arbeitserziehungslager Kiel-Hassee: Henry Helms hatte ihn aus „ermittlungstaktischen Überlegungen“ unter dem Pseudonym „Schutzhäftling Walter Schüler“ in Fuhlsbüttel eingesperrt und zum Schluss den Überblick über seine Aktionen verloren.

Stand: Mai 2017

Johannes Grossmann,

der diese Biografie für das Projekt Stolpersteine erstellte und uns freundlicherweise den Abdruck gestattete.

Quellen:

www.stolpersteine-hamburg.de

Ausführliches Quellenverzeichnis unter: http://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&r_name=Heinrich+Schr%F6der&r_strasse=&r_bezirk=&r_stteil=&r_sort=Nachname_AUF&recherche=recherche&submitter=suchen&BIO_ID=5233

Johannes Grossmann, Die letzten Toten von Neuengamme, Hamburger Abendblatt Magazin, Nr. 14/2015, <http://mdl.cinde.de/die-letzten-toten-des-konzentrationslagers-neuengamme/>

siehe auch www.stolpersteine-hamburg.de/Dokumentationen

Privatarchiv Ronald Gröll-Westphal; Alyn Beßmann, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, E-Mail vom 25.5.2016; Für Freiheit und Demokratie/Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand 1933–1945, (Hrsg.) SPD LO Hamburg, AK Geschichte, Hamburg 2003; Sigrid Dworatzek, SPD-Bürgerbüro Lüneburg, E-Mail vom 21.3.2017; Martin Raabe, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, E-Mail vom 23.3.2017; Stefan Rahner, Museum der Arbeit Hamburg, SAGA-Bildarchiv, E-Mail vom 5.1.2017.

Stand: © 26.01.2018

© Heinrich Schröder IR



Kartoffel-Großhdl. Bcto:
Vereinsb. Abt. St. Pauli,
PSch. 57228, ☞ Sammel-
Nr. 48 59 56, Sternstr. 117,
☒ 6, Inh: Heinrich, H
Chr., u. Ernst Schröder

- Heinrich, Rentn., Klausstr. 9, ☒ Alt
- jun., Heinrich, Schiffb., Klausstr. 9,
☒ Alt
- Heinrich, Maler, Hornackredder 2,
☒ Eid
- jun., Heinrich, kfm Ang., Stellinger
Steindamm 2, ☒ Stel
- Heinrich, Schachtmstr., Stellinger
Steindamm 2, ☒ Stel
- Heinrich, Gemüseb., Neueng., Neueng.
Hinterdeich 47
- Heinrich C., /F Heinrich Schröder,
☞ 43 59 56, Sternstr. 117, ☒ 6
- Heinrich E. G., Klempnermstr., ☞
22 01 05, Winterbuder Weg 72, ☒ 21

© Heinrich Friedrich Schröder IR, Roh-
stoffe-Großhdl., ☞ 32 40 41/2, Mess-
berg 1, Messberghof, ☒ 1

Schroeder, Heinrich P., Hafenarb.

Auszug aus dem Adressbuch von Hamburg 1943

Max Sommerfeld *12.12.1897 † 15.8.1942

Kieler Straße 594 (Eimsbüttel, Eidelstedt)
Max Sommerfeld, geb. 12.12.1897 in Salzwedel, im Sommer 1942 vom KZ Fuhlsbüttel nach Mauthausen deportiert, Todesdatum dort 15.8.1942

Die Eltern von Max Sommerfeld, Louis Sommerfeld (1870–1932) und Emilie, geborene Falck (1872–1935), hatten 1894 geheiratet und lebten zunächst in Salzwedel, einer Kreisstadt in der nördlichen Altmark (Sachsen-Anhalt). Hier kam im Mai 1895 ihr erstgeborener Sohn tot zur Welt. In den Folgejahren erblickten vier Kinder das Licht der Welt: 1896 Hugo, 1897 Max, 1899 Hedwig und 1901 Martha Sommerfeld. Louis Sommerfeld betrieb in seiner Vaterstadt Salzwedel ein Versteigerungshaus und war beeidigter Auktionator. In der Faschingsaison verlieh er auch „elegante Maskengarderoben“. 1920 sorgte Sommerfeld in der kleinen Synagoge von Salzwedel für einen Eklat. Der Kaufmann störte den Gottesdienst dermaßen, dass die Jüdische Gemeinde ihn ausschloss. Die genauen Umstände sind nicht bekannt. Vermutlich als Konsequenz aus diesem Vorfall zog die Ehefrau um diese Zeit nach Hamburg in den Schäferkamp 32, während der Ehemann bis zu seinem Tod 1932 in Salzwedel blieb.

Emilie Sommerfeld wohnte in Hamburg u. a. von 1922 bis 1930 in der Anckelmannstraße 91 (Borgfelde). Im Juli 1923 meldete ihr Sohn als Kaufmann Max Sommerfeld sein Gewerbe „Tuche engros“ unter dieser Adresse an. Im Juni 1926 erfolgte seine zweite Gewerbeanmeldung als „Krankenbehandler“ mit der Praxisadresse Danziger Straße 57 (St. Georg) im Pensionat von Wilhelm Schultheis. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab 1929 gingen die Geschäfte auch bei Max Sommerfeld zurück, zeitweilig war er nun als Drogerie-Angestellter tätig. Im Hamburger Adressbuch von 1930 wurde er, wie auch seine Mutter, unter der Anschrift Anckelmannstraße 91 vermerkt. Ab Oktober 1931 war er fast ununterbrochen „Wohlfahrtsempfänger“.

Am 31. Dezember 1932 heiratete er die Nichtjüdin Frieda Glau (1896 - 1950), die aus Holstein stammte und seit 1928 in Hamburg lebte. Aus dieser Ehe gingen die Kinder Friedemann (geb. 1933) und Rita (geb. 1937) hervor. 1934 zogen Emilie Sommerfeld und ihre Töchter Hedwig und Martha in die Hirtenstraße 44 (Hamm-Nord). Dort lebte auch ihr Sohn Max mit seiner Frau und dem ersten Kind. Als nächste Adresse ist die Düsternstraße 41, 3. Stock (Neustadt) vermerkt und als letzte Wohnadresse die Kieler Straße 594, 1. Stock (Eidelstedt), ein Putzbau der Jahrhundertwende. Wann genau die Umzüge stattfanden, ist nicht bekannt. Ende 1935 erhielt Max Sommerfeld wieder Arbeit in der Drogerie der verwitweten Jüdin Martha Bernstein (geb. 1876) in der Markt-

straße 3 (St. Pauli) sowie der Firma Loeffler & Bombay. Zwar zahlte er seine monatlichen Rentenversicherungsbeiträge ordnungsgemäß ein, beim Wohlfahrtsamt hingegen erwähnte er seine Einnahmen nicht.

Nach einer Anzeige der Wohlfahrtsstelle wegen Betrugs wurde er ab Ende Juli 1937 für drei Monate in Haft genommen. Vermutlich aufgrund seiner jüdischen Abstammung wurde das Strafmaß

um zwei Monate über das übliche Maß heraufgesetzt. Direkt im Anschluss an seine Haft musste er für neun Monate im Horner Moor an sechs Tagen in der „Fürsorgepflichtarbeit“ ableisten, weil er erneut auf Unterstützung angewiesen war. Max Sommerfeld wurde dort einer „Judenkolonne“ zugeteilt. Mitte August 1938 entlassen, wurde er im Zuge des Novemberpogroms drei Monate später abermals inhaftiert und ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Nach acht Wochen wurde er am 11. Januar 1939 nach Hamburg entlassen.

Vermutlich erlitt er in Sachsenhausen Verletzungen am linken Arm, denn in den Jahren



*Grabstein in Ohlsdorf
 Foto: Projekt Stolpersteine*

1940 bis 1942 musste er sich in ärztliche Behandlung begeben und wiederholt Operationen über sich ergehen lassen. Von Oktober 1939 bis März 1941 war er arbeitslos, denn Juden waren zu dieser Zeit bereits fast vollständig aus dem Arbeitsleben verdrängt. Ab März 1941 erhielt er bei Gertrud Eichenberg, geb. Hesse (geb. 1867), einer evangelischen Hamburgerin mit jüdischen Eltern, Arbeit (sie wurde am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert). Vom Staat war Max Sommerfeld untersagt, bei Nichtjuden zu arbeiten.

Vom 16. Mai bis zum 6. Juni 1942 wurde Max Sommerfeld erneut inhaftiert und fünf Tage nach seiner Entlassung, am 11. Juni 1942, ein weiteres Mal verhaftet. Die offiziellen Gründe für seine Verhaftungen sind unbekannt, es ist aber davon auszugehen, dass es sich um Verfolgungsmaßnahmen im Zuge der antisemitischen NS-Politik handelte.

Bei gemischtkonfessionellen Ehepaaren nutzte der NS-Staat die Haft des jüdischen Ehepartners häufig aus, um den „arischen“ Ehepartner zur Scheidung zu drängen. Offiziell genoss Max Sommerfeld in seiner „privilegierten Mischehe“ noch Schutz vor der Deportation. Wurde ihm hingegen ein Vergehen zur Last gelegt oder auch nur unterstellt, entfiel dieser, dann konnte er als „Schutzhäftling“ außerhalb der Großdeportationen in ein Konzentrationslager eingewiesen werden. So geschah es. Vom KZ Fuhlsbüttel wurde Max Sommerfeld am 15. August 1942 ins KZ Mauthausen (Österreich) überstellt. Dieses Lager galt als „KL Stufe III“, d. h. als Konzentrationslager mit den härtesten Lebensbedingungen.

Noch am Tag seiner Ankunft starb Max Sommerfeld in Mauthausen. Das Standesamt Mauthausen II stellte eine Sterbeurkunde aus, nach der Max Sommerfeld um 21 Uhr an einem „Herzschlag“ verstarb. Meist dienten diese amtlichen Dokumente aber nur der Verschleierung der wirklichen Todesursachen.

Am 9. Oktober 1942 schickte die Verwaltung des Konzentrationslagers die Zivilkleidung des verstorbenen Häftlings an die Witwe zurück. Allerdings nicht ohne eine Quittung einzufordern: „Es wird gebeten, die beigelegte Empfangsbescheinigung unterschrieben sofort an die Gefangenen Eigentumsverwaltung des K. L. Mauthausen/ Oberdonau rücksenden zu wollen.“ Auch hier bemühte man sich in auffällender Weise um bürokratische Normalität.

Vier Monate später traf die Urne mit der Asche von Max Sommerfeld in Hamburg ein; sie wurde am 14. Februar 1943 auf dem Jüdischen Friedhof Ohlsdorf beigesetzt.

Nach Aussage der Schwägerin Elise Krüger, geb. Glau, ist Frieda Sommerfeld, geb. Glau, „an den Folgeerscheinungen der Inhaftierung ihres Mannes und seines Todes körperlich und seelisch völlig zusammengebrochen“.

Nach Frieda Sommerfelds Tod im Februar 1950 wanderten ihre beiden noch nicht volljährigen Kinder in die USA aus.

An Hedwig Sommerfeld (geb. 5.11.1899 in Salzwedel), eine der Schwestern von Max Sommerfeld, die am 6. Dezember 1941 ins Ghetto Riga deportiert wurde, erinnert in der Hirtenstraße 44 (Hamm-Nord) ein Stolperstein.

Der unverheiratete Bruder Hugo Sommerfeld (geb. 27.5.1896 in Salzwedel), als Vertreter tätig und ebenfalls in der Anckelmannstraße 91 in Hamburg gemeldet, zog im Januar 1935 nach Frankfurt am Main. Wann genau er nach Hamburg zurückkehrte, ist nicht verzeichnet; belegt ist hingegen, dass er sich 1941/42 in Hamburg in Haft befand. Er wurde am 11. Februar 1943 in den Gaskammern von Auschwitz ermordet.

© Björn Eggert, der diese Biografie für die Stolpersteine erstellte und uns freundlicherweise den Abdruck gestattete.

Quellen:

1; 4; 5; *StaH 213-8 (Staatsanwaltschaft Oberlandesgericht), Abl. 2, 451 a E1 und 1c; StaH 331-1 II (Polizeibehörde II), Abl. 15 vom 18.9.1984, Band 2 (1942); StaH 332-8 (Alte Einwohnermeldekartei); StaH 351-11 (AfW), Eg 121297 (Max Sommerfeld); StaH 351-11 (AfW), Eg 011196 (Frieda Sommerfeld); AB 1922, 1923, 1930 (Emilie Sommerfeld); AB 1930 (Max Sommerfeld, Wilhelm Schultheis); Bundesarchiv Berlin, Liste der jüdischen Einwohner im Deutschen Reich 1933–1945, Residentenliste 1939 (Hugo Sommerfeld); Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Sonderliste u. Anweisung der Politischen Abteilung; Gräberkartei Jüdischer Friedhof Ohlsdorf (Max Sommerfeld); Stadtarchiv Salzwedel, AB Salzwedel 1896, 1902, 1910, 1925, 1929/30, 1931; Ernst Block, „Wir waren eine glückliche Familie ...“, *Zur Geschichte und den Schicksalen der Juden in Salzwedel/Altmark*, Hrsg. von den Museen des Altmarkkreises, 1998, S. 41, 55, 90; Hildegard Thevs, *Stolpersteine in Hamburg-Hamm – Biographische Spurensuche*, Hamburg 2007, S. 95 (Hedwig u. Max Sommerfeld).*

Zur Nummerierung häufig genutzter Quellen siehe *Recherche und Quellen*.

Lieselotte Edith Brandt *12.7.1936 † 17.1.1943

Holsteiner Chaussee 34

*(früher Kieler Straße 768), Eidelstedt
Lieselotte Edith Brandt, geb. 12.7.1936 in
Hamburg, deportiert am 16. 8. 1943 aus den
damaligen Alsterdorfer Anstalten nach Wien,
gestorben am 17.1.1944 in Wien*

Lieselotte Brandt war die Tochter des bei der Reichsbahn beschäftigten Schweißers Walter Brandt und seiner Ehefrau Edith, geborene Möller. Lieselotte kam im siebten Schwangerschaftsmonat mit einem Gewicht von nur einem Kilogramm zur Welt. Ihr Zwillingbruder starb bei der Geburt.

In früher Kindheit hatte Lieselotte Windpocken, Keuchhusten und Lungenentzündung. Sie war vor ihrer Aufnahme in den damaligen Alsterdorfer Anstalten (heute Evang. Stiftung Alsterdorf) Patientin im Krankenhaus Alten Eichen und im Krankenhaus Eppendorf. „Wegen Ausbombung und Wegzugs der Eltern“ wurde das Mädchen, wie der Krankenakte zu entnehmen ist, im Alter von sieben Jahren Heimkind. Bei der Aufnahme soll sie „fröhlicher Stimmung“ gewesen sein, freundlich gelacht und auf Fragen gut verständlich geantwortet haben. Ihre Beine seien gelähmt gewesen. Sie habe wegen einer weiteren teilweisen Lähmung gefüttert werden müssen.

Von den schweren Luftangriffen auf Hamburg im Sommer 1943 waren in den Nächten vom 29./30. Juli 1943 und vom 3./4. August 1943 auch die Alsterdorfer Anstalten betroffen. Der Anstaltsleiter, Pastor Friedrich Lensch, bat die Gesundheitsbehörde um Zustimmung zur Verlegung von 750 Patientinnen und Patienten, angeblich um Platz für Verwundete und Bombengeschädigte zu schaffen. Am 16. August 1943 ging ein Transport mit 228 Frauen und Mädchen in die „Wagner von Jau-

regg-Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien“ aus Alsterdorf ab. Unter ihnen befand sich auch Lieselotte Brandt.

In Wien nahm die Ärztin Dr. Marianne Türk die Aufnahmeuntersuchung vor und notierte:

„[...] Gesicht recht hübsch und nett im Ausdruck, schmal, blass [...] der körperliche Defekt des Kindes ist beträchtlicher als sein geistiger [...] Das Kind ist zugänglich und beob-



Der Stolperstein wurde am 16. Mai 2020 gesetzt.

Anschließend gab es eine kleine Gedenkfeier im Haus der Cousine von Lieselotte Brandt, die dort heute noch lebt.

Foto: Mobile Geschichtswerkstatt Eidelstedt

achtet mit Interesse seine Umgebung [...] es spricht in kleinen Sätzen [...] es benennt, ohne gefragt zu werden, die im Zimmer befindlichen Dinge [...] zum Führerbild sagt sie „Heil Hitler“ [...] es erkundigt sich, wo die Schwester, die sie gebracht hatte hingegangen ist, als es das Stethoskop und den Reflexhammer sieht, fragt sie, „Was ist das“ [...].

Zusammenfassung: Wahrscheinlich geburts-traumatisch erworbenes hirnorganisches

Leiden [...] mit geistigem Rückstand mittleren Grades.“

Lieselottes Mutter erkundigte sich in Wien nach dem Befinden ihrer Tochter und erhielt unter dem 20. Oktober 1943 folgende Mitteilung: „Ihr Töchterchen Lieselotte ist im Zuge der Verlegung einer größeren Anzahl von Kindern am 24. September aus der Wagner von Jauregg Heil- und Pflegeanstalt in die hiesige Klinik überstellt worden. Die Kleine hat sich hier recht gut eingelebt und äußert kein Heimweh. In den letzten Tagen hatte sie eine leichte Temperaturerhöhung, die mit einem Mittelohrkatarrh in Zusammenhang steht. Zur Besorgnis besteht jetzt kein Anlaß.“ Unterschrieben wurde der Brief von Dr. med. habil. Ernst Illing, vom 1. Juli 1942 bis April 1945 Direktor der Wiener städtischen Nervenlinik für Kinder „Am Spiegelgrund“, dem eine der etwa 30 sogenannten Kinderfachabteilungen im Deutschen Reich unterstand. Der Begriff „Kinderfachabteilung“ wurde im nationalsozialistischen Deutschen Reich als beschönigende Bezeichnung für besondere Einrichtungen der Psychiatrie in Krankenhäusern sowie in Heil- und Pflegeanstalten verwendet, die der „Kinder-Euthanasie“ dienten, also der Forschung an und Tötung von Kindern und Jugendlichen, die körperlich oder geistig schwer behindert waren. Während des Zweiten Weltkrieges wurden in der Wiener „Kinderfachabteilung“ Wikipedia zufolge mindestens 789 behinderte und/oder verhaltensauffällige Kinder durch Verabreichung von Schlafmitteln, durch Mangelernährung oder Unterkühlung umgebracht.

Lieselotte war am 24. September in den Pavillon 15 der Anstalt „Am Spiegelgrund“ „verlegt“ worden, in dem „Euthanasie“-Morde stattfanden. In einem nicht datierten „Gutachten“ kam Ernst Illing zu dem Schluss, das Kind Lieselotte „muß gefüttert werden und ist vollständig unrein, es ist völlig hilflos und pflegebedürftig. Bei der Schwere des Zustandes ist eine Besserung nicht anzunehmen. Das Kind wird voraussichtlich dauernd bildungs- und arbeitsunfähig bleiben.“

Damit war Lieselotte Brandts Schicksal besiegelt. Ab 10. Dezember 1943 bis zu ihrem Ableben am 17. Januar 1944 sind folgende Eintragungen in Lieselottes Krankenakte enthalten:

„Schlechtes Aussehen, weitere Gewichtsabnahme trotz ausreichender Ernährung, Verdacht auf Tbc.“

„Weitere Gewichtsabnahme, hat nur mehr 11,2 kg [...] klagt nie über Schmerzen [...] beginnender Dekubitus [Gewebsverlust infolge Wundliegens] in der Kreuzbeingegend [...] Verständigung der Mutter nicht mehr nötig, da sie spontan erschienen ist, Kind darüber sehr erfreut [...]“. „Sieht von Tag zu Tag noch schlechter aus, schwerer Dekubitus am ganzen Rücken. Nimmt noch gut die Nahrung.“ „Hohes Fieber 39,9, sehr geringe Nahrungsaufnahme.“ „Morgens [am 17. Januar] schon moribund. Mutter kam nachm. noch zu Besuch. 18 Uhr Exitus letalis.“ Als Todesursache wurde „hochgradige allgem. Atrophie [Gewebschwund] mit Verdacht auf Tbc“ notiert.

Ernst Illing wurde zusammen mit den Ärztinnen Marianne Türk und Margarethe Hübsch (stellvertretende Leiterin der Anstalt Am Spiegelgrund und Beteiligte an der Kinder-Euthanasie) vom 15. bis 18. Juli 1946 im ersten Steinhof-Prozess vor dem Volksgericht Wien angeklagt. Während Türk eine zehnjährige Haftstrafe erhielt und Hübsch aus Beweismangel freigesprochen wurde, erhielt Illing die Todesstrafe. Illing wurde aufgrund der Gabe todbringender Medikamente und medizinisch nicht begründeter Lumbalpunktionen [Entnahme von Nervenwasser auf Höhe der Lendenwirbel] in etwa 200 Fällen verurteilt. Das Urteil wurde durch Hängen im November 1946 vollstreckt.

© *Ingo Wille* der uns den Text freundlicherweise für dieses Heft zur Verfügung stellte.

Quellen:

Hamburger Adressbücher;

Evang. Stiftung Alsterdorf, Archiv, Sonderakte V 375 (Lieselotte Brandt);

Herwig Czech, Erfassung, Selektion und „Ausmerze“ Das Wiener Gesundheitsamt und die Umsetzung der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik“ 1938 bis 1945, Wien 2003, S. 91 bis S. 94;

Waltraud Häupl, Die ermordeten Kinder vom Spiegelgrund, Gedenkdocumentation für die Opfer der NS-Kindereuthanasie in Wien, Wien 2006, S. 74, 75; https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Illing, Zugriff am 4.1.2020;

https://de.wikipedia.org/wiki/Margarethe_Hübsch, Zugriff am 8.1.2020.

Alfred Gutmann *26.12.1866 † 21.9.1942

Hohenzollernring 8, Altona

Dieser Stolperstein liegt nicht in Eidelstedt sondern in Altona, hat aber doch viel mit Eidelstedt zu tun, weil er den Geschäftsführer der Palasch-Werke in der Ottenser Straße im Industriegebiet von Eidelstedt würdigt. Die Biografie wurde von Bärbel Klein verfasst, die in Eidelstedt lebt und der wir für die Genehmigung zum Abdruck an dieser Stelle danken.

Alfred Gutmann, geb. am 26.12.1866, 1940 verhaftet, am 17.6.1942 deportiert nach Theresienstadt, am 21.9.1942 weiterdeportiert nach Treblinka und dort ermordet.

Alfred Gutmann lebte zur Zeit seiner Verhaftung hier in Altona. Sein Arbeitsplatz jedoch war von 1904 bis 1924 bei den Palasch-Werken im Industrie-Gebiet von Eidelstedt. Ach danach blieb er dem Unternehmen als Anteilseigner eng verbunden.

Alfred wurde als Kind der jüdischen Eheleute Nathan Gutmann und seiner Frau Cäcilie, geb. Freund, am 26.12.1866 als zweites von fünf Kindern in Hamburg geboren. Julia, am 9.9.1865 war die Erstgeborene, es folgten am 17.12.1869 Manfred, am 30.3.1871 Hedwig und am 8.12.1874 Eugen Peter.

Über die Kindheit und Schulbildung von Alfred konnte nichts in Erfahrung gebracht werden. Sein Vater Nathan Gutmann war Inhaber der Firma Alexander Gutmann, eines Manufakturwaren-lagers in der Bahrenfelder Straße 108. Die Gutmanns waren bereits in der zweiten Generation in Hamburg als Kaufmannsfamilie ansässig und sind zu großem Wohlstand gelangt. Alfred Gutmann stieg später in das Geschäft seines Vaters mit ein.

Alfred heiratete am 27. Juni 1903 in Köln die katholische Elisabeth Maria Wierzbowski, geb. am 16.9.1876 in Graudenz (Westpreußen). Ihre Eltern waren der Brigadekommandeur Joseph Wierzbowski und Anna Hedwig Caroline, geb. Schrewe. Sie hatte eine Schwester, Frieda Olga Brigitta, die am 19.1.1884 in Saarlouis geboren wurde.

Alfred konvertierte Elisabeth zuliebe nach der Heirat vom jüdischen zum katholischen Glauben. Die Ehe blieb kinderlos. Sie bewohnten zunächst eine Wohnung in der Fritz-Reu-

ter-Straße 6 (heute Onckenstraße) in Othmarschen. 1910 bezogen sie in eine Wohnung in der Altonaer Bahnhofstraße 88, die sie bis 1916 bewohnten.

Am 5. März 1932 starb Alfred Gutmanns Schwager Gustav Arthur Weber in Hamburg. Alfred fühlte sich nach dem Tod seines Schwagers für seine Schwester verantwortlich, nahm sie in seiner Eigentumswohnung Flottbeker Chaussee 195 (heute Elbchaussee) auf und zahlte ihr bis zu ihrer Deportation eine Rente von 150 RM monatlich.

Laut Hamburger Adressbüchern arbeitete Alfred ab 1904 bei den Pal(l)asch Werken in Hamburg Eidelstedt. Diese stellten hauptsächlich Fischmehl her, das aus gemahlenden getrockneten Fischen oder Fischteilen bestand. Es wurde als Beimischung zu Futtermitteln genutzt.

Alfred Gutmann erwarb dann die Pal(l)asch Werke an der Ottenser Straße 16 in Eidelstedt (früher zu Altona gehörig) und machte sich damit am 6. März 1914 selbstständig. Er kaufte das 6.460 m² große Grundstück für 77.520 RM.

Für den Erwerb der Fischmehlwerke stellte ihm seine Ehefrau 20.000 RM zur Verfügung. Der restliche Betrag von 57.520 RM setzte sich aus Aktien, Hypotheken und Geldanleihen, (die er anderen Leuten zur Verfügung gestellt hatte,) zusammen.

Bei der Überlassung des Grundstücks fürchteten Anwohner schon im Vorwege Geruchsbelästigung durch den Fischbetrieb. Alfred Gutmann sicherte zu, jede vom Magistrat verlangte Verbesserung oder Neuerung durchzuführen, um den Fischgeruch zu vermeiden.

Am 21. Januar 1915 beantragte er, auf dem Gelände Gleise anlegen zu dürfen, was ihm von der Stadt Altona genehmigt wurde. Er erweiterte das Gelände zudem durch den Zukauf von Grundstücken. Durch den Gleisanschluss konnte er dann wirtschaftlicher arbeiten.

Am 1. April 1919 wandelte er die Firma in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung um. Die Mitgesellschafter waren aus wirtschaftlichen Interessen für die Maschinen und den Grundbesitz verantwortlich.

Am 7. Mai 1924 verkaufte Alfred Gutmann die Firmenrechte an den nichtjüdischen Kauf-

mann Leopold Heldman, wohnhaft Heilwigstraße 126 in Hamburg, den zukünftigen Alleininhaber. Am 23. Oktober 1925 wurde ein Konkursverfahren gegen die Pal(l)asch Werke vor dem Amtsgericht in Altona eröffnet.

Nach dem Firmenverkauf blieb Alfred Gutmann den Pal(l)asch Werken weiter eng verbunden. So übernahm er die Schuldverschreibungen für das Konkursverfahren und zahlte ab 1. Oktober 1928 mit 2% Zinsen die Schulden in Höhe von 176.384,54 RM zurück. Die Pal(l)asch Werke wurden dann 1930 an die Firma Lübcke & Co KG verkauft.

Brigitte Bromstein, die einzige lebende Schwester von Elisabeth Gutmann, war an den Extraktions- und Fischmehlwerken Lübcke & Co. KG in Eidelstedt finanziell beteiligt. Als die Firma in finanzielle Schwierigkeiten geriet, unterstützte Alfred Gutmann sie mit einem Betrag von 29.000 RM.

Alfred Gutmann pflegte viele Kontakte und hatte viele Freunde, so unter anderem den Architekten Carl Hugo Dehn. Er benötigte 225.000 RM für den Bau eines Hauses im Heidenkampsweg 244-246. Alfred und Elisabeth liehen ihm das Geld und sicherten sich damit eine Leibrente.

Zudem ließ er sich als Sicherheit das Gebäude im Grundbuch von St. Georg am 6. Juli 1929 auf seinen Namen eintragen. Als die Nationalsozialisten später an der Macht gekommen waren, drückten sie den Zinssatz von 8% auf 6%. (Carl Hugo Dehn starb am 27. Oktober 1942, drei Monate nach Alfreds Deportation, an Magenkrebs in Hamburg.)

Alfred führte ein Konto bei der Deutschen Bank in Altona, über das er jedoch – wie alle Juden, gegen die eine „Sicherungsanordnung“ erlassen worden war – nicht frei verfügen durfte. Die Devisenstelle erließ die „Sicherungsanordnung“ am 22.12.1938. Er musste sich nun genehmigen lassen, welchen Betrag er zum monatlichen Lebensunterhalt aufwenden durfte. Die Devisenstelle befürchtete angeblich, dass das Ehepaar flüchten könnte.

Alfred durfte noch über 1000 RM monatlich verfügen, dann über 750 RM, dann über 800 RM. Er erhielt von dem Geld, das er den Fischmehlwerken geliehen hatte, nur 1.000 RM zurück, die auf sein Sperrkonto überwiesen wurden.

Die Eheleute Gutmann bewohnten weiter ihre Eigentumswohnung in der Flottbeker Chaussee 195a (heute Elbchaussee) bis 1940. Wegen der geplanten Elbhochbrücke mussten sie die Wohnung räumen. Im Februar 1939 stellte Elisabeth Gutmann beim Stadtplanungsamt Hamburg-West einen Antrag für die Genehmigung eines Neubaus am Hohenzollernring 8. Er wurde am 27. Juni 1939 positiv beschlossen. Die Freigabe aller Mittel zur Begleichung der für das Haus erforderlichen Auslagen mussten die Eheleute bei der Devisenstelle beantragen. Sie erhielten die Genehmigung am 4. September 1940.

Im Bankschließfach der Eheleute Gutmann lagen Wertpapiere, Sparbücher und Bargeld. Elisabeth gehörten 20.000 RM, die sie ihm für die Fischmehlwerke geliehen hatte. Nach dem Einzug in das Haus Hohenzollernring 8 senkte die Devisenstelle den monatlichen Freibetrag, über den Gutmanns verfügen durften, auf 600 RM.

Das Ehepaar beantragte immer wieder eine Erhöhung des monatlichen Freibetrags. Elisabeth war körperbehindert, welcher Art die Behinderung war, wissen wir nicht. Sie besaß ein Auto und benötigte es für die Arztbesuche. Zudem mussten teure Medikamente bezahlt werden. Alfred Gutmann benötigte pflegerische Unterstützung. Auch über seine körperlichen Beeinträchtigungen wissen wir nichts.

Außerdem beschäftigte das Ehepaar eine Köchin und stundenweise eine Aushilfskraft zur Unterstützung im Haushalt. Sie beschenkten regelmäßig 20 Personen zu den Feiertagen, und die Köchin Lina Urvat bekam ein Extragehalt.

Alfred hatte in seiner Funktion als Kaufmann anderen Leuten immer mal wieder Geld zur Verfügung gestellt, so unter anderem dem Doktor der Naturwissenschaften für Philosophie Oskar Isey. Mit dem geliehenen Geld konnte sich Oskar Isey ein Grundstück in Klein Flottbek kaufen. Die Rückzahlung dieser Hypotheken durfte ebenfalls nur auf das Sperrkonto von Alfred Gutmann bei der Deutschen Bank eingezahlt werden.

Am 31. Januar 1939 wurde gegen das Ehepaar Gutmann ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es war denunziert worden: Im Haus befand sich ein Schließfach mit Sparbüchern, Bargeld und Schmuck. Außerdem lagen im

Safe Unterlagen über eine bereits abgelaufene Hypothek von 1928 über 60.000 RM, die Alfred dem Staatsrat Dr. Emil Helfferich zur Verfügung gestellt hatte. Alfred Gutmann sagte aus, dass die Sparkassenbücher seiner Ehefrau gehörten.

Die Anschuldigungen gegen ihn erwiesen sich im Ermittlungsverfahren als haltlos und dieses wurde am 18. April 1939 eingestellt. Die Sparkassenbücher stammten aus den Jahren 1925/1926, so konnte Alfred kein Betrug nachgewiesen werden. Vermutlich hatte der ehemalige Prokurist Adolf Lüdders, den Alfred Gutmann in früheren Zeiten entlassen hatte, seinen damaligen Chef denunziert. Er hatte ihm auch regelmäßig Drohbriefe geschickt.

Am 25. November 1940 setzte Elisabeth Gutmann in ihrem Testament ihren Mann Alfred als alleinigen Erben für das Haus an der Flottbeker Chaussee 16 ein. Der geschätzte Wert für Haus und Grundstück betrug 40.000 RM. Von 1941 bis 1942 lebte das Ehepaar dann am Hohenzollernring 8 im selbsterbauten Haus.

Am 23. April 1941 verstarb Elisabeth in den Abendstunden in ihrem Haus am Hohenzollernring 8 durch einen Bombenangriff. Alfred kaufte für sie ein Doppelgrab, Abteilung 19 Lager I Nummer 8-9, auf dem Friedhof Altona in der Stadionstraße. Vermutlich wollte er später ebenfalls dort beigesetzt werden. Elisabeth wurde am 26. April 1941 in dem neuerworbenen Grab beerdigt.

(In den 1970er Jahren bekam sie eine Ehrengrabstätte bei den Bombenopfern in der Mitte des Friedhofes und wurde dorthin umgebettet. Das Grab wird bis zum heutigen Tag durch die Friedhofsgärtner gepflegt.)

Wie schwer das Haus durch den Bombenangriff beschädigt wurde, wissen wir nicht. Alfred lebte weiterhin dort bis zu seiner Deportation.

Die Ehe der Gutmanns galt in der nationalsozialistischen Terminologie als nichtprivilegierte Mischehe. Jüdische Ehepartner, die in einer solchen lebten, waren vor einer Deportation nicht geschützt, wurden aber zurückgestellt und dann meist nach Theresienstadt deportiert. Nach dem Tod seiner Ehefrau verlor Alfred Gutmann auch diesen fragilen Schutz und musste mit der Deportation rechnen. Die für Theresienstadt bestimmten Jüdinnen und

Juden wurden bis Sommer 1942 zurückgestellt, dann begannen die Transporte dorthin. Vermögende Juden hatten in diesem Fall einen „Heimeinkaufsvertrag“ abzuschließen, in dem sie ihr Vermögen der ehemaligen Jüdischen Gemeinde übertrugen, die es an den NS-Staat weiterleiten musste.

So übertrug er noch kurz vor seiner Deportation seinem Freund, dem Fischräuchereibesitzer Detlef Frick, wohnhaft in Altona, Kleine Fischerstraße 48-50, 30.830 RM zur Verwahrung. (Detlef Frick ließ diesen Betrag im Juli 1949 Alfred Gutmanns Erben zukommen.) Unter der drohenden Zwangsenteignung verkaufte Alfred Gutmann das Haus an den Konsul Georg Rademacher.

Die Summe, die er laut „Heimeinkaufsvertrag“ entrichten musste, belief sich auf 18.500 RM. Mit dem Vertrag wurde ihm die kostenfreie Unterbringung, Verpflegung und Krankenversorgung in Theresienstadt zugesagt.

Die Realität waren überfüllte Baracken, ungeheizte Wohnstätten, mangelhafte Ernährung und komplett unzureichende ärztliche Versorgung. Die Menschen hatten, wenn überhaupt, ein Bett, einen Stuhl und einen Schrank. Mehr wurde ihnen nicht bewilligt.

Alfred Gutmann wurde am 19. Juli 1942 von der GESTAPO aus seinem Haus am Hohenzollernring 8 abgeholt und nach Theresienstadt deportiert. Ungeachtet des „Heimeinkaufsvertrages“ wurde er nach Treblinka weiterdeportiert und dort am 21. September 1942 ermordet.

Am 13. Oktober 1942 fand eine Versteigerung seines Mobiliars und Hausrats statt. Der Erlös betrug 272 RM für das Silber und 22.177,50 RM für den restlichen Hausstand. Das Protokoll vermerkte, dass die Versteigerung „freiwillig“ erfolgte.

Alfred Gutmanns Angehörige

Alfred hatte – wie oben erwähnt – noch drei weitere Geschwister: Julia Weber wurde am 15. Juli 1942 ebenfalls nach Theresienstadt und mit demselben Transport wie ihr Bruder am 21. September 1942 weiter nach Treblinka deportiert und dort ermordet. Ein Stolperstein liegt in der Isestraße 21.

Der Bruder Manfred wurde mit seiner Ehefrau Rosa, geb. Epstein, am 15. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo Manfred Gut-

mann am 15. August 1942, seine Ehefrau Rosa am 5. März 1943 verstarb. Für sie liegen Stolpersteine im Jungfrauenthal 28. (siehe www.stolpersteine-hamburg.de)

Eine weitere Schwester, Hedwig, flüchtete nach Schottland und verstarb dort nach dem Krieg.

Der Bruder Eugen Peter wurde am 1. November 1905 in Hamburg in der Brahmsallee 6 tot aufgefunden. Er wurde auf dem nichtjüdischen Friedhof Ohlsdorf in dem Grab A.G.32 Nr. 67 beigesetzt.

In dem Grab neben Eugen Peter Gutmann wurden auch seine Eltern Nathan und Cäcilie Gutmann und sein Schwager Gustav Arthur Weber beigesetzt.

© Bärbel Klein, die diese Biografie für die Stolpersteine erstellte und uns freundlicherweise den Abdruck gestattete.

Quellen:

StAHH 1; 2; 3; 4; 5; 7; 8; 136-1_927; 213-13_4670; 213-13_4671; 213-13_4672; 213-13_4673; 214-1_313; 353-2 II_312 Dr. Helfferich; 731-8_A 6758 – Helfferich; 424-111_D c 1849; 424-13_2546; 424-111_5262; 332-3_A290_156/1869, 332-2_A292_56/1871; 332-2_A 295_282/1874; 332-5_527/1941; 332-5_454/1905; 332-5_130/1907; 332-5_257/1932; 332-5_287/1942; 332-5_267/1926; 332-5_260/1931; 332-5_72/1908; 741-4_K6175; Korrespondenzakte, 2016, 6.3.3.1 106568005/7105/ITS Digital Archive, Bad Arolsen; Heimatmuseum Eidelstedt zur Geschichte der Pal(l)asch Werke eingesehen 7.9.2018; Hauptfriedhof Altona Grabstätte Gutmann; Kopie der Graburkunde vom Friedhof Ohlsdorf.

Leni Timm *11.2.1932 † 12.12.1944

Wiesenacker 20 (früher Wiesengrund) Eimsbüttel, Eidelstedt

Leni Timm, geb. 11.2.1932 in Altona, 1937 von der Auguste Viktoria Stiftung/Ottenser Krippe in den damaligen Alsterdorfer Anstalten (heute Evangelische Stiftung Alsterdorf) verlegt, am 16.8.1943 abtransportiert nach Wien in die „Wagner von Jauregg-Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien“, dort gestorben am 12.12.1944

Leni Martha Hildegard Timm kam am 11. Februar 1932 in der Städtischen Entbindungsanstalt Altona, Bülowstraße 9, zur Welt. Ihre Eltern waren Erna Anna Timm, geboren am 9. Juli 1911 in Recklinghausen, und Ernst Buksch, geboren am 1. Juni 1890 in Königsberg, dem heutigen Kaliningrad. Die Mutter war Hausangestellte, der Vater arbeitsloser Töpfer. Das Kind wurde unehelich geboren.

Leni Timm lebte nicht bei ihrer Mutter. Das Mädchen wurde in den ersten beiden Jahren seines Lebens von Anna Georgine Dorothea Buksch, der Ehefrau ihres leiblichen Vaters, versorgt. Das Ehepaar Buksch wohnte in der Straße Wiesengrund 32 (heute Wiesenacker) in Eidelstedt. Leni Timm

hatte einen Amtsvormund aus dem Jugendamt Altona. Eine Adoption durch den Vater „scheiterte an dem schlechten Verhalten des Erzeugers seiner Familie gegenüber“. Anna Buksch brachte Leni dann am 10. August 1934 zu Pflegeeltern. Das Mädchen konnte noch nicht sprechen und war „geistig zurückgeblieben“.

Die Pflegeeltern, Marie Fock, geboren am 20. Oktober 1886, und Karl Fock, geboren am 19. Mai 1890, lebten im Wiesengrund 20 in einem kleinen Gartenhaus auf eigenem Grundstück. Sie waren kinderlos. Aus der auszugsweise vorliegenden Fürsorgeakte wird deut-

lich, dass Leni ihre Pflegeeltern sehr gern hatte. Ihre körperliche Entwicklung wurde als gut beschrieben, doch die Sprache sei undeutlich und ihre geistige Entwicklung mache langsame Fortschritte. Auch die Pflegeeltern hätten Leni sehr gern gehabt, das Kind käme „scheinbar voll zu seinem Recht“.

Nachdem Erna Timm sich in Lenis ersten Lebensjahren wenig um ihre Tochter gekümmert hatte, besuchte sie ihr Kind öfter bei der Pflegefamilie Fock.

Im Februar 1937 wurde Leni in der Auguste Viktoria Stiftung“ Ottenser Krippe, Flottbeker Chaussee 88 (heute Elbchaussee), aufgenommen. Den Grund kennen wir nicht. Am 1. März erkrankte sie an Scharlach und wurde Patientin

im Altonaer Kinderhospital, Trescowallee 38 (heute Bleickenallee). Die Ärzte attestierten ihr körperliche und geistige Schwäche. Sie sei nicht für die Privatpflege geeignet.

In dem Auszug aus Leni Timms Fürsorgeakte wurde das Mädchen im Sommer 1937 als schwächliches, untergewichtiges und zu kleines Kind beschrieben. Sie sei in der Fortbewegung erheblich be-

hindert und zeige „schweren Schwachsinn“. Es wurde die Verlegung in die Alsterdorfer Anstalten empfohlen.

Am 2. August 1937 wurde Leni in den damaligen Alsterdorfer Anstalten (heute Evangelische Stiftung Alsterdorf) aufgenommen, Diagnose: „Imbezillität“ (veralteter und abwertender Begriff für eine Intelligenzminderung).

Aus einem Brief der leiblichen Mutter geht hervor, dass sie von der Verlegung nichts wusste und auch nicht um ihre Zustimmung gefragt worden war.



Leni Timm

© Archiv Evangelische Stiftung Alsterdorf

Die Krankenakte der Alsterdorfer Anstalten bezieht sich auf den Zeitraum von August 1937 bis Juni 1943. Am Anfang hieß es zu Leni, dass sie einen „lieben, freundlichen, etwas schelmischen Eindruck“ mache, leise und deutlich spreche, allein und sauber zu allen Mahlzeiten esse und ihre Bedürfnisse anzeige. Allerdings erkrankte sie bereits im ersten Monat an Windpocken und Angina und wurde im Laufe der sechs Jahre ihres Aufenthalts in den Alsterdorfer Anstalten immer wieder auf die Krankenstation verlegt, sehr häufig mit Angina, Fieber und grippalen Infekten, aber auch mit Masern, Röteln und Bronchitis. Im Juli 1940 musste sie wegen einer starken Schwel-

ren Kommentaren der Spielschule wurde eine Veränderung deutlich und Leni als zunehmend apathischer beschrieben. Sie habe ihre Bedürfnisse nicht mehr angezeigt, sich eingenässt sowie eingekotet und „reagiert auch nicht auf Strafen“.

Während der schweren Luftangriffe auf Hamburg Ende Juli/Anfang August 1943 („Operation Gomorrha“) erlitten auch die Alsterdorfer Anstalten Bombenschäden. Der Anstaltsleiter, SA-Mitglied Pastor Friedrich Lensch, nutzte die Gelegenheit, sich mit Zustimmung der Gesundheitsbehörde eines Teils der Bewohnerinnen und Bewohner, die als „arbeitschwach, pflegeaufwendig oder als beson-



Verlegung des Stolpersteins für Leni Timm am 15. Juni 2024

Fotos: Sabine Tengeler

lung hinter dem linken Ohr operiert werden.

Leni Timm besuchte die Spielschule in den Alsterdorfer Anstalten. Zu Anfang beobachtete das Personal, dass sie mit Freude dabei sei und z.B. gerne mit Bauklötzen spiele. In späte-

ders schwierig“ galten, durch Abtransporte in andere Heil- und Pflegeanstalten zu entledigen. Mit einem dieser Transporte wurden am 16. August 1943 aus Alsterdorf 228 Frauen und Mädchen sowie 72 Mädchen und Frauen

aus der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn nach Wien in die „Wagner von Jauregg-Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien“ (auch bekannt als Anstalt „Am Steinhof“) „verlegt“. Unter ihnen befand sich auch Leni Timm.

Aus Leni Timms Krankenakte der Anstalt „Am Steinhof“ geht hervor, dass sie bei der Aufnahme nur 24 kg wog. (Laut aktuellen Gewichtstabellen wiegen 11jährige Mädchen durchschnittlich 43 kg.) An ihrem Gewicht änderte sich bis zu ihrem Tod nichts. Bei ihrer Aufnahme hieß es, dass sie „ruhig, bettlägerig, pflegebedürftig“ sei. Im September 1944 bescheinigte ein Arzt ihr „Bildungsunfähigkeit“.

Am 6. Dezember 1944 besagte der Eintrag, Leni Timm sei sehr blass und hüstele. Angeblich wegen „Tbc-Verdachts“ verlegte man sie in den Pavillon 19, oft der letzte und nur kurze Zeit dauernde Aufenthalt der Patientinnen vor ihrem Tode. Leni Timm starb am 12. Dezember 1944 um 19.30 Uhr angeblich an Lungentuberkulose.

Die Chefärztin/Pathologin Barbara Uiberak, die seit 1938 an der Heil- und Pflegeanstalt Wien-Steinhof tätig war, nahm am folgenden Tag die Sektion des Leichnams vor und untersuchte dabei insbesondere das Gehirn, aber auch Lunge, Herz, Leber, Milz und Nieren. Der Wiener Historiker Peter Schwarz fand in ihren Obduktionsbefunden entgegen allgemeiner Gepflogenheit „niemals eine Beschreibung des (schlechten) äußeren Zustandes einer Leiche“. Ob für pseudo-wissenschaftliche Zwecke Organe entnommen wurden, ist in dem kurzen Sektionsprotokoll zu Leni Timm nicht vermerkt.

Seit 1943 wurden in der Wiener Anstalt von rund der Hälfte aller sezierten Leichen die Gehirne für histologische Untersuchungen entnommen und ein Teil in der hirnanatomischen Sammlung verwahrt. Noch bis 2002 besaß die Wiener Anstalt 700 Gehirne, die bei Sektionen entnommen worden waren.

Die „Wagner von Jauregg-Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien“ war während der „Aktion-T4“ (Bezeichnung für das „Euthanasie“-Programm der Nationalsozialisten, benannt nach dem Standort der Berliner „Euthanasie“-

Zentrale in der Tiergartenstraße 4) eine Zwischenanstalt der Tötungsanstalt Hartheim bei Linz gewesen. Nach dem offiziellen Ende der Euthanasie-Morde in den Tötungsanstalten im August 1941 ging das Morden in den bisherigen Zwischenanstalten und auch in der Wiener Anstalt selbst massenhaft weiter: durch Überdosierung von Medikamenten und Nichtbehandlung

von Krankheiten, vor allem aber durch Nahrungsentzug.

Bis Ende 1945 waren von den 300 Hamburger Mädchen und Frauen 257 verstorben, 196 davon kamen aus Alsterdorf.

Stand: Juni 2024

© Karin Gutjahr und Schülerinnen und Schüler der Staatlichen Berufsschule BS 24 in Hamburg-Eidelstedt



Quellen: Adressbuch Altona (mehrere Jahrgänge); StaH 332-5 Standesämter 8715 Heiratsregister Nr. 327/1915 (Carl Hermann Ernst Buksch/Anna Georgine Dorothea gesch. Thele geb. Siebert); Standesamt Königsberg/Preußen I, Krs. Königsberg Geburtsregister Nr. 1114/1890 (Carl Hermann Ernst Buksch); Ev. Stiftung Alsterdorf, Archiv, Sonderakte V 224 (Leni Timm), darin u.a.: Geburtsurkunde Leni Timm, Standesamt Altona Nr. 148/1932. Michael Wunder, Ingrid Genkel, Harald Jenner, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr“ Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus, Stuttgart 2016, S. 283 ff., 331 ff; Wiener Psychiatrie und NS-Verbrechen (www.trend.infopartisan.net, eingesehen 7.10.2019); Peter Schwarz, Mord durch Hunger. „Wilde Euthanasie“ und „Aktion Brandt“ am Steinhof in der NS-Zeit, Wien 2000, (<https://www.doew.at/erforschen/projekte/arbeitsschwerpunkte/medizin-und-biopolitik-im-nationalsozialismus/peter-schwarz-mord-durch-hunger>, eingesehen 26.4.2024).



*Schüler*innen der Beruflichen Schule in Eidelstedt erinnern am 15.6.2024 an das kurze Leben von Leni Timm Foto: Sabine Tengeler*

Bertini-Preis 2024 – für junge Menschen mit Zivilcourage für die Beruflichen Schulen B24

16 Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule B24 in Eidelstedt folgten dem Schicksal des Mädchens Leni Timm aus Eidelstedt. Es wurde Opfer des „Euthanasie“-Programms der Nazis. Ab August 1939 begannen die Nationalsozialisten in ihrem sogenannten „Euthanasie“-Programm mit dem systematischen Massenmord an tausenden Kindern. Das Programm befahl die Vernichtung psychisch auffälliger, kranker und behinderter Kinder. Ab Oktober wurde der Tötungsbefehl mit der Aktion T4 auch auf Erwachsene ausgeweitet. Die meisten Opfer starben durch Medikamente oder quälende medizinische Tests, durch Nichtbehandlung oder Nahrungsentzug. Meist wurden sie dazu in bestimmte Krankenanstalten verlegt, wo sie umgebracht wurden.

Die Schüler*innen erstellten eine Biografie und setzten sich für die Verlegung eines Stolpersteines ein. Die Schülerinnen und Schüler sind Teilnehmer der Maßnahme Betriebliche Berufsbildung (BBB) an der Berufsschule. Sie richtet sich an Menschen mit Einschränkungen, die einen Anspruch auf einen Platz in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen haben und unterstützt sie dabei, eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Neben der Reflexion zu betrieblichen Erfah-

rungen im Praktikum und der Unterstützung beim Schreiben von Bewerbungen stehen auch gesellschaftliche Themen wie der Nationalsozialismus auf dem Unterrichtsplan.

Bei einem Gang durch den Stadtteil stieß die Gruppe auf den Stolperstein von Lieselotte Brandt. Sie war 1944 mit acht Jahren in der Wiener Anstalt „Am Spiegelgrund“, in der Euthanasiemorde begangen wurden, angeblich an Tuberkulose gestorben. Die Schülerinnen und Schüler waren bestürzt über das Schicksal des Kindes und wollte sich mehr mit dem Thema Euthanasie befassen. Nach einem Kontakt mit der Initiative Stolpersteine Hamburg erfuhren sie von Leni Timm, die laut vorhandener Akten ein ähnliches Schicksal wie Lieselotte Brandt erlitt, deren Geschichte aber noch nicht schriftlich erfasst worden war und für die es noch keinen Stolperstein gab.

Die Schülerinnen und Schüler trugen Fakten über Leni zusammen. „Ihre Geschichte hat mich sehr berührt, sie ist so jung gestorben und hatte gar kein richtiges Leben“, sagt Ayse Gövec (18). „Sie hatte wahrscheinlich eine Entwicklungsverzögerung, aber in ihrer Akte stand als Diagnose „Imbezillität“, also Schwachsinn, das fand ich erschütternd“, sagt Hiranur Erdal (19).

Die Schülerinnen und Schüler arbeiteten mit Unterstützung ihrer Lehrerinnen und Assistenten an einem Text über die Biografie von Leni für die Internetseite www.stolpersteine-hamburg.de und sammelten Geld für die Verlegung des Stolpersteins am Wiesengrund 20. „Das Projekt hat die Beteiligten gepackt, sie haben gemerkt, dass sie selbst aktiv werden können und selbst einige, die nicht mehr in der Maßnahme waren, weil sie eine Arbeit gefunden hatten, blieben dabei“, sagt Lehrerin Mareike Timm, Lehrerin an der Beruflichen Schule B24 in Eidelstedt

Dank der Neugier, Empathie und Beharrlichkeit der Schüler konnte am 15. Juni 2024 schließlich ein Stolperstein für Leni Timm am Wiesenacker 20 in Eidelstedt verlegt werden. Rund 130 interessierte Menschen kamen zu dieser Veranstaltung. Bei dem Vortrag des Lebenslaufs von Leni Timm beteiligten sich auch die beiden Schüler Benjamin Kühlen-

schmidt und Marten Lenz. „Sonst rede ich nicht so gern vor so vielen Leuten, aber das war wichtig, die Leute sollen darauf aufmerksam werden, was passiert ist“, sagt Marten. Für ihn war vieles in dem Projekt neu, zum Beispiel auch, dass es in Hamburg gut 7.000 Stolpersteine gibt. „Ich wusste zu Anfang nicht, dass es so viele sind“, sagt er. An die Schicksale der Menschen zu erinnern, findet auch Hiranur wichtig, „damit die Leute das nicht vergessen und damit so etwas auch in Zukunft nicht wieder passiert“, sagt sie.

© 2024 Bertini-Preis e. V.

Laudatio zur Verleihung des Bertini-Preises für die Schüler*innen der B24:

Ihr wolltet es wissen! Ihr wolltet wissen, was in der Vergangenheit geschah. Daher habt ihr euch das Thema Nationalsozialismus im Unterricht gewünscht. Jedoch hat es euch nicht gereicht, da ihr es genau wissen wolltet. Ihr seid dann als Gruppe der Maßnahme BBB der Beruflichen Schule Eidelstedt mit euren Lehrer*innen losgegangen, um Stolpersteine in Eidelstedt zu suchen und habt euch die aufgearbeiteten Biographien durchgelesen. Als ihr an dem Stolperstein von Liselotte Brandt vorbei gekommen seid, ist euch, Kushi und Hira, aufgefallen, dass das Klingelschild am Haus neben dem Stein auch Brand lautete.

Ihr wolltet es wissen! Ihr wolltet wissen, was mit Liselotte Brand geschah. Somit suchtet ihr euch einen Studenten, der euch beim Schreiben eines Briefes an die Familie Brandt geholfen hat und ihr schickt den Brief ab. Jedoch kam keine Rückmeldung. Gleichzeitig habt ihr alle weiteren Stolpersteine gesucht und Fotos von diesen gemacht für den Unterricht und es wurde Kontakt mit Ingo Wille von der Stolperstein-Initiative aufgenommen.

Ihr wolltet es wissen! Ihr wolltet wissen, was in der Vergangenheit geschah, daher rechnetet ihr aus, wie lang die Strecke ist, wenn man alle Stolpersteine, die es für Opfer des Nationalsozialismus geben könnte, aneinanderlegen würde. 1868,39 km. Ihr last das Buch Anton, das Buch ist eine wahre Geschichte und deswegen begeisterte insbesondere

dich Marten dieses Buch, wie du mir erzähltest. Zudem habt ihr den Film „Wo ist Anne Frank?“ geschaut, um euch weiter zu informieren.

Ihr wolltet wissen! Ihr wolltet wissen, wie es früher in Schulen ablief, daher organisiert du, Daniel, ganz alleine einen Besuch in der israelitischen Töcherschule an den Messehallen und das sogar über deine Maßnahme hinaus.

Ihr wolltet es wissen! Ihr wolltet wissen, wer Leni Timm war und wolltet euer Wissen teilen. Mit Ingo Wille wurde die Stolpersteinverlegung geplant. Ihr seid zu einem Gedenkgottesdienst gegangen und ihr habt ihren Namen, Leni Timm, auf einer Stoffbahn entdeckt. Somit war euer Interesse noch mehr geweckt. Ihr habt angefangen, die Biographie aufzuarbeiten und habt diese Heftchen gestaltet. Eure Stolpersteinverlegung rückte näher und ihr habt euch die Fragen gestellt: Wer kann was? Wer will was? Saskia, du hast dich um die Blumen gekümmert. Benjamin, Marten, ihr habt Teile der Biographie vorgelesen. Kushi und Hira, ihr seid mit Personen direkt in Kontakt getreten, Daniel, du hast Fotos gemacht. Ich danke euch!

Vergangenes zu wissen ist der Schritt in die Zukunft. Ihr wisst!

Pia Langner, Schülerkammer Hamburg

Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft

Nach der interaktiven Karte <http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de> muss es in Eidelstedt wie in anderen landwirtschaftlich geprägten Stadtteilen von Hamburg viele Zwangsarbeiter*innen gegeben haben. Friederike Littmann, die Verfasserin dieser Karte hat die in den Akten gefundenen Hinweise hier dokumentiert.



Räucherhütte Langeloh, Radierung des Heimatmalers August Koyen, 1951. Hier lebten in den 1940er Jahren Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter, die in der Landwirtschaft arbeiten mussten. Archiv der Mobilen Geschichtswerkstatt

So heißt es für den Gartenbaubetrieb Walter Süptitz am Hörzensweg:

Doppellager: je ein Kriegsgefangenenlager und Firmenlager mit eigenen Küchen: 9 Essensteilnehmer (Kriegsgefangenenlager), bzw. 11 Essensteilnehmer (Firmenlager) nachgewiesen.

Hier könnten also bis zu 20 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiterinnen gearbeitet haben.

Ebenso sind zwei Lager verzeichnet mit jeweils 50 Gefangenen an der Holsteiner Chaussee:

Lager des Kommandos 1367 mit 50 Kriegsgefangenen. Arbeit in der Landwirtschaft, Ortsbauernführer Heinrich Langeloh.

Sowie ein anderes mit „Lage unbekannt“ bei dem es heißt:

Lager mit 54 Kriegsgefangenen, Arbeit in der Landwirtschaft für Bezirksbauernführer Heinrich Langeloh.

Da es nicht wahrscheinlich ist, dass allein auf dem Hof des Ortsbauernführers über 100 Gefangene gearbeitet haben, ist es möglich, dass diese im ganzen Dorf verteilt waren und dass Heinrich Langeloh eine Oberaufsicht darüber ausübte.

Interessant ist hier der Vergleich mit Sülldorf. Hier hat der Landwirt Wolf Müller Zahl, Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zwangsarbeitern gründlich erforscht und kommt zu dem Schluss, dass dort rund 60 Zwangsarbeiter*innen auf den Höfen lebten und noch einmal etwa acht bis zehn Kriegsgefangene in einem zentralen Barackenlager.

Wenn man vom Dörpsweg hinunter an die Mühlenau geht, gibt es ein Grundstück kurz vor der Brücke auf der rechten Seite direkt an dem kleinen Bach. Hier befindet sich heute ein modernes Einfamilienhaus. Bis 1947 stand hier die „Räucherhütte der Familie Langeloh“. Gebaut im 18. Jahrhundert als Hof der Familie, verlor sie diese Funktion im 19. Jahrhundert, weil neue Häuser – zuletzt 1925 an der Kieler Straße – gebaut wurden. So wurde das alte Reetdachhaus erst zum Altenteil, dann zur Räucherhütte umfunktioniert und umbenannt. Im Zweiten Weltkrieg lebten hier – so erzählten alte Eidelstedter*innen – französische und serbische Kriegsgefangene. Ob es 50 waren, ob sie nur auf dem Hof von Ortsbauernführer Langeloh arbeiteten oder auch auf anderen Höfen, wird man wohl nicht mehr klären können.

Raissa Iljina – eine Zwangsarbeiterin wird Bäuerin in Eidelstedt

Raissa Iljina wurde am 25.12.1924 in Krasnokutsk¹ in der östlichen Ukraine, in der Nähe von Charkiw und Poltawa geboren.

Ihre Mutter **Elisabetha Pielewitz**, Lehrerin, geb.1900, ihr Vater Joachim/Jewtokin P. war Deutscher aus dem Baltikum oder Ostpreußen.

Ihr Ehemann **Nikolai Iljin** war Bankangestellter, sein Vater hieß Metrofan und war ein Fotograf aus der Türkei, seine Mutter stammte aus Bulgarien. Sie hatten ihr Fotogeschäft schon vor der Verstaatlichung verkauft.

¹ Krasnokutsk (ukrainisch Краснокутськ; russisch Краснокутск/ Krasnokutsk) ist eine Siedlung städtischen Typs in der Ukraine und das administrative Zentrum des gleichnamigen Rajons im Westen des Oblast Charkiw mit etwa 7.600 Einwohnern (2013).[1] aus: <https://de.wikipedia.org/wiki/Krasnokutsk>



Hier die Quittung. So kaufte der Landwirt Wilhelm J. Ramcke aus Eidelstedt für 17 Reichsmark eine junge gesunde Arbeitskraft für seinen Hof.

Raissa Iljina
Alle Fotos pp. bis S. 65 Familie Ramcke

Arbeitsamt <u>Hamburg</u>	Block Nr. 99	Blatt Nr. 31 *
<u>Pögeplatz 161</u>		
Dem Einzahler auszuhändigen!	Quittung	
Von Herrn <u>Wilhelm Ramcke</u> in <u>Hg. Eidelstedt</u>		
Er. (Vor- und Zuname)	(Wohnort)	
sind heute für <u>Raissa Iljina geb. 25.12.24 (Russen)</u>		
(Grund der Einzahlung, Geschäftszeichen)		
<u>17</u> RM <u>—</u> Rpf.		
in Worten: <u>Sechzehn</u> RM		
in bar an mich eingezahlt worden.		
<u>Hamburg</u> , den <u>18. Mar.</u> 194 <u>3</u>		
(Ort)	(Datum)	
Unterschrift des Einzahlers	Unterschrift des Empfängers	
<u>W. J. Ramcke</u>	<u>H. Nak</u>	
(Vor- und Zuname)	(Vor- und Zuname)	
	<u>Angestellte</u>	
	(Dienstföngenschaft)	



Raissa Iljina, Peter Iljin (wie sie vor der Hochzeit offiziell hießen) und Johann Ramcke

Sie waren eine angesehene bildungsbürgerliche Familie.

Elisabetha und Nikolai hatten fünf Kinder:

1. Nikolai, der sich der Unabhängigkeitsbewegung in der Ukraine anschloss, kam in Lagerhaft in Ostsibirien und erst 1955 wieder frei
2. Nionila, genannt Nila,
3. Raissa Iljina, geb. 25.12.1924
4. Anatoli, geb. 1939 ?
5. Viktor Iljin, geb. 23.2.1941

Elisabetha versteckte im Krieg Juden.

Anfang der 30er Jahre erlebte die Familie die große Hungersnot („Holodomor“)¹ die in der Ukraine durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft unter Stalin ausgelöst wurde.

Am 22. Juni 1941 überfielen die Truppen Nazi-Deutschlands die Sowjetunion und besetzten auch die Ukraine. Viele Ukrainer wie auch Nikolai, der älteste Bruder Raissas, begrüßten die deutschen Truppen als Befreier von der sowjetischen Herrschaft und waren bereit, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Einige wirkten bei der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung mit.

Andererseits betrachteten die Deutschen das Land als erobertes Gebiet und begannen, die Landwirtschaft für die deutschen Interessen zu nutzen. Außerdem wurden neben den Kriegsgefangenen viele junge Ukrainer zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt.

Raissas Mutter sorgte dafür, dass ihre Tochter möglichst kindlich aussah, um sie vor diesem Schicksal zu bewahren.

¹ Wikipedia.org/wiki/Holodomor

Aber im März 1943, also mit 18 Jahren, wurde sie von deutschen Soldaten festgenommen und in einem der Eisenbahnwagen, in denen auch die Juden deportiert wurden, mit vielen anderen Mitgefangenen verschleppt. Der Transport dauerte Wochen und nicht alle überlebten die entbehrungsreiche Fahrt.

Im Mai kamen sie in Schleswig-Holstein an und wurden in Neumünster gegen eine Transportgebühr von 17 Reichsmark an interessierte Landwirte und andere Arbeitgeber abgegeben.

Ein Kriterium für viele Bauern war, dass die Arbeiterinnen melken konnten. Wilhelm Ramcke war „ein Ästhet“ – so sein Enkel Peter – und suchte eine junge, gut aussehende Frau aus, auch wenn sie noch nicht melken konnte.

Es gab schon einen lettischen Zwangsarbeiter auf dem Hof an der Reichsbahnstraße 10, der Jacki genannt wurde. Auch wenn es den offiziellen Regeln widersprach, durften die beiden ausländischen Arbeitskräfte von Anfang



an mit der Familie essen und mussten nicht die besondere grüne Häftlingskleidung tragen.

Die Situation der Familie war nicht einfach, weil Dora (geb. Bade), die Frau des Bauern Wilhelm Ramcke im Oktober 1936 gestorben war. Ein

Jahr später starb die Mutter Maria Ramcke geb. Timmermann.

Der Sohn des Bauern, **Johann Wilhelm Ramcke**, war 1943 18 Jahre alt und nach seiner landwirtschaftlichen Lehre auf dem elterlichen Hof zu dieser Zeit bereits zur Wehrmacht eingezogen, zuerst zum Einsatz in Dänemark, später in Italien und zuletzt an der deutschen Ostseeküste.

Bald nach Raissas Ankunft kam es im Juli 1943 zu den großen Bombenangriffen auf Hamburg, bei denen große Teile der Innenstadt zerstört wurden. Auch in Eidelstedt wurden viele Häuser getroffen. Der Hof der Familie wurde durch Brandbomben beschädigt, aber nicht völlig zerstört. Die größte Bombe riss einen tiefen Trichter im Garten, in dem das getötete Pferd beerdigt wurde.

Weihnachten 1943 kam Johann auf Heimaturlaub zurück nach Eidelstedt.

Neun Monate später, am 20. September 1944, brachte Raissa einen gesunden Sohn zur Welt. Er erhielt zunächst den Nachnamen seiner Mutter: Peter Iljin. Erst später wurde er nach seinem Vater Peter Ramcke genannt.

Da diese Geburt natürlich den Verordnungen über die Beschäftigung von Zwangsarbeiterinnen widersprach, muss es Probleme gegeben haben. Es heißt, dass der Großvater Wilhelm Ramcke sich mit Erfolg für Raissa und seinen Enkel einsetzte.

1945 gelang es Johann sich gemeinsam mit einem Kameraden von der kämpfenden Truppe an der Ostseeküste (Ostpreußen, Usedom?) mit dem Schiff über die Ostsee abzusetzen. Als er nach Eidelstedt zurückkehrte, war er Vater eines einjährigen Sohnes.

Die Hochzeit fand am 5.10.1946 statt. Die Trauung erfolgte durch den Gemeindepastor Just, allerdings nicht in der Kirche, sondern im Haus in der Reichsbahnstraße 10.

Zu dieser Zeit war Raissa zum zweiten Mal schwanger. Am 22. Januar 1947 wurde Johann Ramcke geboren.

1954 kam noch Maria, eine kleine Schwester zur Welt.

Raissa lernte recht gut Deutsch. Als Peter zur Schule kam und Lesen und Schreiben lernte, war das für sie eine Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu verbessern, so dass sie später auch deutsche Kreuzworträtsel lösen konnte.



Vor dem Standesamt in Stellingen am 5.10.1946

Wie war das Leben in Deutschland für Raissa?

Sohn Peter meint, dass sie nicht sehr selbstbewusst war. Ein Grund dürfte sein, dass sie schon in ihrer Jugend viele traumatische Situationen erlebt hatte. Aufgewachsen in der Sowjetunion, zur Zeit der Zwangskollektivierung und der daraus folgenden Hungersnot in der Ukraine in den 30er Jahren, eines der Verbrechen des Stalinismus, welches die Menschen über sich ergehen lassen mussten, ohne darüber offen reden zu können.

Anschließend kam die Deportation nach Deutschland, der Verlust ihrer Familie, die Lage als Zwangsarbeiterin, der Krieg mit den Bombenangriffen 1943, dann die Schwangerschaft unter widrigen Bedingungen in Diktatur und Illegalität.



1949 Johann (Hannes), Raissa, Peter

tät. Wilhelm Ramcke, ihr späterer Schwiegervater, konnte sie aufgrund seines Ansehens und seiner Stellung im Dorf schützen, jedoch war sie abhängig und in einer schwachen Position.

Peter Ramcke stellt heute fest, dass sie in vielerlei Hinsicht eine Außenseiterin blieb, dass sie dazu neigte, „sich unsichtbar zu machen.“

Sie war sehr hilfsbereit gegen andere. Dazu gibt es eine Geschichte aus der Nachkriegszeit.

Achim Stripling aus einer großen Familie in der Nachbarschaft ohne Landwirtschaft wurde, wie auch andere Kinder, immer großzügig mitversorgt. Er half auf dem Hof (Vater Ramckes „erster Adjutant“) und bekam gut zu essen. Er war als Kind eher klein und schwach und seine Mutter sagte später, wenn er nicht so oft bei Raissa Ramcke gegessen hätte, hätte sie ihn nicht „durchgekriegt“.

Es gab oft Bratkartoffeln und Milchsuppe mit Sternnudeln. Immer waren neben den eigenen viele fröhliche Kinder mit auf dem Hof und Raissa hatte Freude daran.

Die Familie berichtet aus der Kriegszeit, dass sie, wenn andere Zwangsarbeiter*innen durch den Ort geführt wurden, schon mal eine Rübe an den Wegrand legte, um deren Ernährung zu verbessern.

Käthe Frerking aus der Familie Steinhoff erzählt, dass für Zwangsarbeiterinnen aus dem Lager am Friedrichshulder Weg, die für die Baufirma ihres Vaters Cord und seines Bruders Wilhelm arbeiten mussten, beim Hof der Familie Ramcke Speck in Pergamentpapier beim Misthaufen versteckt wurde. Es war Raissas Aufgabe, die anderen Frauen darauf hinzuweisen. Den Eidelstedtern war wohl bewusst, dass die Ernährung der jüdischen Frauen aus dem

Lager völlig unzureichend war, aber man wollte nicht dabei erwischt werden, wenn man ihnen half. Cord Steinhoff ging deshalb nochmal zu seinem Haus an der Reichsbahnstraße um „nach der Post zu sehen“. Er wollte nicht dabei sein, wenn die Arbeiterinnen die Nahrung fanden.

Zur Einstellung der Familie Steinhoff zum Nationalsozialismus erzählt Käthe Frerking, noch Folgendes: Eine Voraussetzung, um an die lukrativen Aufträge für Kasernenbauten in Neumünster zu kommen, war, dass der Bauunternehmer Mitglied der NSDAP war. Diese Rolle übernahm Arnold Steinhoff in der Familie. Er arbeitete in Pinneberg in einer Bank und führte für die Firma sonst nur die Bücher. Grundsätzlich – so Käthe Frerking – stand die Familie den Nazis kritisch gegenüber.

Hinrich (Hinni) Langeloh war Ortsbauernführer. In der NS-Zeit ging es ihm gut. Kurz vor Ende des Krieges trat er aus seiner Stellung zurück und gab den Posten an Wilhelm Ramcke ab, der politisch weniger belastet war.

Johann Ramcke starb am 10. April 1997. Raissa Ramcke starb im Januar 2006 an Krebs.

Nach Aussagen ihres ersten Sohnes Peter ist sie einmal nach Neuengamme gefahren, wo sie zu ihrer Geschichte und ihrer Deportation nach Deutschland befragt wurde. Leider ist es noch nicht gelungen, an diese Aufzeichnungen heranzukommen und sie für diese Arbeit zu verwenden. Raissa ist einmal zurück in die Ukraine gefahren und hat dort ihre Familie besucht. Auch ihre Söhne sind dort gewesen und haben ihre Verwandten kennengelernt.

Der Hanseatenwall

*Dieser Text stammt aus dem Heft **Diese Arbeit war sehr schwer**, welches 2018 von **Hildegard Lunau** für die **Geschichtswerkstatt Halstenbek** herausgegeben wurde. Die hier beschriebene Befestigungsanlage reichte von Eidelstedt bis weit nach Halstenbek. Leider liegen aus unserem Stadtteil bisher keine entsprechenden Informationen vor.*

Im Herbst 1944 wurde der „Hanseatenwall“ gebaut, der sich auch durch die Gemeinde Halstenbek erstreckte. Es war ein 6 m breiter und 5 m tiefer Graben, dessen Zweck zunächst nicht klar war. Er verlief teils in vorhandenen Flussläufen und an Wegen und Feldgrenzen entlang. Groß war der Verlust an nutzbarem Acker- und Wiesenland, zumal der Boden, teils mit Grassoden abgedeckt, neben dem Graben liegenblieb.

Der Graben verlief von der Elbgaustraße in Eidelstedt aus an der Nordostseite der Bahn entlang, überquerte diese dann kurz vor dem Posten 8, zog sich durch den Flurteil Bickbargen zum Heideweg, an der Südseite dieses Weges entlang bis zur Einmündung in den Luruper Weg, an der Ostseite dieses Weges entlang zur Gemeindegrenze gegen Schenefeld, nun durch den Krönrey bis zur Einmündung des gleichnamigen Weges in den Friedrichshulder Weg, hierauf an der Ostseite des Olenmoorweges entlang, quer durch die Felder, bis er vor der Düpenaubrücke an der Dockenhudener Chaussee diese erreichte, setzte sich nun an der Au fort, bog nach Süden um, verlief in einem Gewässer, das der Abwässerung der Leimfabrik in Schenefeld diente, und zog sich nun über Schenefelder Gebiet weiter nach Sülldorf zu.

Die Arbeiter an diesem Befestigungswerk waren teils ganze Gefolgschaften stillgelegter Hamburger Betriebe, teils Sträflinge dem Vernehmen nach politischer Art, aus einem Konzentrationslager. Letztere befanden sich unter starker militärischer Bewachung. Mehrere Angehörige dieser unheimlichen blau-weiß gekleideten Truppe machten Fluchtversuche und wurden erschossen. Andere, die entkommen waren, verübten Einbrüche, um Nahrung und bürgerliche Kleidung zu erlangen.

Angesichts der Tatsache, dass breite Ströme und gewaltige Befestigungsanlagen wie der

Atlantikwall und der Westwall dem Vordringen des Feindes kein besonderes Hindernis boten, erscheint der Wert solchen Wassergrabens sehr fraglich. Der Graben wurde vom Herbst 1946 an, größtenteils durch Maschinen der Baufirma Chr. Oelting, Pinneberg-Quellental, eingeebnet.¹

Hanseatenwall – Erinnerungen

J.P.: Während des Krieges – ich war ja noch ein kleiner Junge – wohnten wir in einem Haus an der Dockenhudener Chaussee, kurz vor der Einmündung zum Luruper Weg. Die katholische Kirche war noch nicht gebaut und wir hatten einen freien Blick über Baumschulfelder fast bis Blankenese. Zur anderen Seite schauten wir bis zum Bahntunnel und bis zur Villa Karehncke. Es wird im späten Herbst 1944 gewesen sein, da beobachtete ich an etlichen Tagen morgens vom Fenster eine Gruppe von ungefähr 20 Männern in schwarz-weiß, blau-weiß gestreiften Anzügen. Diese Männer trugen irgendein Werkzeug, vielleicht Schaufeln oder Spaten. Nach meiner Erinnerung wurden sie von einer bewaffneten Person begleitet. Die Gruppe ging die Dockenhudener Chaussee vom Bahnhof kommend entlang und bog kurz hinter unserem Haus in den Luruper Weg ein.

Viel später habe ich erfahren, dass diese Männer mit großer Wahrscheinlichkeit zum Ausheben eines Panzergrabens eingesetzt waren.

¹ Vgl.: H.C.Möller, Chronik der Gemeinde Halstenbek S.557

Lurup unter der Herrschaft der Nationalsozialisten

*Mit freundlicher Genehmigung der Autorin Auszüge aus:
Anke Schulz, Fischkistendorf Lurup, Siedlungsprojekte, Schrebergärten,
Bauwagen und Lager von 1920 bis 1950, Hamburg 2002*

Eine Mauer aus Feindseligkeit und Angst

aus: Anke Schulz: Fischkistendorf Lurup, S. 69

Bis in die 1980er Jahre hinein wurde auch in Lurup und Osdorf die Zeit des Nationalsozialismus nicht nur in Abhandlungen zur Stadtteilgeschichte ausgeklammert. Aber zahlreiche Initiativen in den Schulen und Kirchengemeinden widmeten sich trotz nachbarschaftlicher und familiärer Feindseligkeiten der Er-

forschung der NS-Geschichte im Luruper Raum. Im Folgenden möchte ich nicht nur versuchen, Dokumente für sich sprechen zu lassen, sondern auch den Spuren Jener Menschen zu folgen, die unter dem braunen Terror in Lurup am meisten zu leiden hatten.

„Arbeitsscheue Volksgenossen“ und der „freiwillige Arbeitsdienst“

aus: Anke Schulz: Fischkistendorf Lurup, S. 70ff

Arbeitslose waren für die nationalsozialistische Ideologie „arbeitsscheue Volksgenossen“. Kampagnen gegen Arbeitslose und gegen Bettler gehörten zu den ersten nach der Machtübernahme. [...]

Viele Menschen aus den Arbeitersiedlungen der Vorstädte, auch aus Lurup, galten nach dem nationalsozialistischen Menschenbild als „asozial“. Strukturelle, von Behördenwillkür ausgeübte Schikane und gewalttätige Übergriffe von SA und SS auf wehrlose Siedlerfamilien gingen Hand in Hand. Wohlfahrtsunterstützung wurde nach 1933 für einige Bevölkerungsgruppen aus verschiedensten Gründen gekürzt oder ganz gestrichen. Ging ein Kind einer Familie, die Wohlfahrtsunterstützung erhielt, auf die Sonderschule, konnte dies zu Kürzungen führen. [...]

Die „guten“ Arbeitslosen, die arbeitswilligen und loyalen, durften hingegen zum Arbeitsdienst. Von Seiten der Parteiführung wurde der „Reichsarbeitsdienst“ idealisiert als „Verwirklichung einer bodenverbundenen

Volksgemeinschaft“, um „ein neues Deutschland aufzubauen“.¹ Zahlreiche Straßenzüge in Lurup, Osdorf und Stellingen wurden vom Arbeitsdienst saniert, darunter auch Projekte der Wehrmacht.

Vom „freiwilligen Arbeitsdienst“ wurden in der Tradition der Notstandsarbeiten der Flugplatz und der Militärschießstand an der Luruper Hauptstraße saniert, die Straßen Am Barls, Rugenbarg, Fläßbarg und Grubenstieg, Damaschkestraße, Elbgaustraße, Sommerweg, Luckmoor, Kiebitzweg mit Geröll versehen, das Quergefälle der Schenefelder Landstraße zur Osdorfer Landstraße beseitigt, für zahlreiche Straßen in Osdorf, Lurup und Eidelstedt Sielbauten durchgeführt, Wohngelände von der Flurstraße bis zu der Straße Am Barls erschlossen und zahlreiche Schutzwälle errichtet.² Wer sich dem „freiwilligen Arbeitsdienst“ nicht anschließen konnte oder wollte, erhielt allerdings keinerlei Unterstützung mehr.

„Die Ortsgruppe als Siedlungszelle“

aus: Anke Schulz: Fischkistendorf Lurup, S. 75f

Die Nationalsozialisten förderten gezielt den Zuzug von Menschen, die sie als systemfreundlich einstufen. Aus einem Schreiben des Altonaer Oberbürgermeisters 1936:

¹ Staatsarchiv Hamburg, Sozialbehörde 1, AW 49.10, Freiwilliger Arbeitsdienst, Schreiben von der Reichsleitung des Arbeitsdienstes an die Innenminister der Länder vom 23.10.1933

² Staatsarchiv Hamburg, Regierung Schleswig, Kb 8f, Arbeitsbeschaffung für leidende Stadt- und Landkreise 1935

„In der Stadt Altona wird die Aussiedlung aus dem engebauten, ungesunden Stadtkern in die 1927 eingemeindeten Vororte, die noch einen verhältnismäßig ländlichen Charakter haben, mit Eifer und Nachdruck betrieben. Am stärksten wurde bisher der Raum Osdorf-Lurup von der Siedlungstätigkeit betroffen. Hier entstanden schon in den Notjahren 1929-1932 im Wege der Selbsthilfe ausgedehnte wilde Siedlungen, von denen die größten Osdorf-Nord und Osdorf-Mitte sind. Nach der Machtergreifung wurde die Aussiedlungsbewegung durch Zusammenwirken von Bauverwaltung und Baupolizei in geordnete Bahnen geleitet. Es erging das Verbot weiterer Wohnlaubenbauten, die Sanierung der vorhandenen wilden Siedlungen wurde in die Wege geleitet, und man begann mit Geländeerschließung, Straßenbauten u. dergl.“¹

Für die Siedlerstellen, die nach 1933 geschaffen wurden, wurden Familien ausgewählt, die als „arisch“, streng nationalsozialistisch, frei von „Erbkrankheiten“ und auf keinen Fall „asozial“ galten. Zu diesem Zwecke mussten Fragebögen ausgefüllt werden und es wurden alle verfügbaren relevanten Daten von den entsprechenden Behörden erhoben. Für die Gestaltung der Siedlungen wurde vom Hamburger Reichsstatthalter ein „organisches Wachstumsprinzip“ mit dezentraler und „volksnaher“ Verwaltung, „natürliche Wachstumszellen“ wie „Kindergarten“, „Jugendvolkheim“, „Gemeinschaftshaus“, einer „luftangriffsicheren Gliederung“ und „Aufmarschgelände“ entwickelt.² Dadurch sollte es zu einer „Wiedergewinnung einer neuen Volksgemeinschaft“ kommen, die die Probleme der „geschichtlich gewordenen Großstadtform mit ihren ausgesprochenen Arbeiterquartieren“ überwinden sollte.

Während am Hamburger Großneumarkt das historisch gewachsene Arbeiterviertel, das Gängeviertel, kaputtsaniert wurde, sollten in den Stadtrandbezirken und Landregionen nationalsozialistische Volksgemein-

schaften entstehen.³ Die Behörden versuchten die Entwicklung der Einwohnerstruktur gezielt zu kontrollieren. Alle zum Verkauf anstehenden landwirtschaftlichen Flächen mussten der „Grundstücksverkehrsbekanntmachung“ (GVB) zur „Verteilung an Umsiedler“ „zur Festigung deutschen Volkstums gemeldet werden“⁴ Diese Form staatlicher Kontrolle galt jedoch für Moorgebiete nicht.⁵ Diese Gebiete waren frei verfügbar. Hier konnten sich noch in der Kriegszeit Menschen ansiedeln, die nicht mit staatlicher Unterstützung rechnen konnten. Gezielt gefördert wurde beispielsweise 1935 eine vorstädtische Kleinsiedlung auf dem vor dem landwirtschaftlich genutzten Gelände zwischen Grubenstieg und Lupinenweg unter der Schirmherrschaft der „Gemeinnützigen Kriegersiedlung der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung GmbH“, die Siedlerlisten aus der Zeit vor der Machtergreifung wurden annulliert und die Siedlerstellen erneut ausgeschrieben. Die neuen Anwärter auf die zehn Siedlerstellen mussten zum Nachweis ihrer „erb-biologischen Eignung“ ein ärztliches Zeugnis vorlegen.⁶ Außerdem mussten es „kinderreiche Familien“ sein. Ein Luruper erinnert sich, dass seine Schwiegermutter als alte Frau erzählte, wie sie als Hochschwangere vor dem Amtsarzt Kniebeugen machen musste, um ihre Erbgesundheit nachzuweisen. Erst danach bekam die Familie die Siedlerstelle zugewiesen.

3 Staatsarchiv Hamburg, AF 46.14a

4 Staatsarchiv Hamburg, Wohnwirtschafts- und Siedlungsamt 25, Erfassung wirtschaftlicher Grundstücke zur Verteilung an Umsiedler, Festigung deutschen Volkstums 1942-1943

5 Staatsarchiv Hamburg, Wohnwirtschafts- und Siedlungsamt 25

6 Staatsarchiv Hamburg, Wohnwirtschafts- und Siedlungsamt, 353-3, Altona-Osdorf, Kleinsiedlung Grubensteig und Kornblumenstieg 7262-4, „Über die rassischen und gesundheitlichen Voraussetzungen ist in jedem Fall ein ärztliches Zeugnis eingefordert worden.“ Staatsarchiv Hamburg, VG 54.50 enthält eine Aufzählung der Kriterien für die Ablehnung eines Antrages auf eine Siedlerstelle: I. Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, II. sonstige Krankheiten auf wahrscheinlich erblicher Grundlage und III. unsichere Krankheitsangaben und sonstige Ablehnungsgründe.“

1 Staatsarchiv Hamburg, Regierung Schleswig 421-5, Sb 34, Schulneubau im Stadtteil Altona, Schreiben des Oberbürgermeisters Altona vom 20.2.1936 an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin

2 Staatsarchiv Hamburg, AF 46.14a, Der Reichsstatthalter in Hamburg: „Die Ortsgruppe als Siedlungszelle“

Übergriffe auf Siedlergemeinschaften

aus: Anke Schulz: *Fischkistendorf Lurup*, S. 76ff

Schärfer noch als in der Weimarer Republik war unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die Bevölkerung des Ortes hierarchisch strukturiert. Auf der untersten Stufe standen die Sinti und Roma, manche von ihnen seit Generationen in Lurup ansässig, und die während des Krieges in diese Region verschleppten Italiener, Franzosen, die meisten von ihnen Militärinternierte, die Russinnen und Polinnen in den Lagern, die Jüdinnen in dem KZ am Friedrichshulder Weg. Auch die politisch Andersdenkenden standen in der Hierarchie ganz unten. Die Nazis hatten gezielt den Zuzug von Nationalsozialisten in das rote Lurup gefördert, und die vielen Arbeiter, die der Arbeiterbewegung auch unter dem Faschismus nicht abschworen, wurden Opfer von gewaltsamen Übergriffen. Manche reagierten darauf mit einer Übernahme der Sichtweise ihrer Aggressoren. Teilweise gingen die politischen Spaltungen bis hinein in die Familien. So gab es Familien, in denen der Vater Kommunist, die Tochter Nationalsozialistin war, oder Ehen, in denen die Frau Kommunistin blieb, der Mann aktiver Nationalsozialist wurde. Die faschistische Diktatur gab den Einzelnen zahlreiche Mittel in die Hand, missliebig gewordene Nachbarn, Freunde oder Verwandte loszuwerden. Entsprechend häufig wurde vom Mittel des Verrats Gebrauch gemacht.

„Wir waren in der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend), gingen auf Wanderungen, auf Fahrten mit den Naturfreunden. Das war auch nach 1933 bekannt. Vor allem mein Mann war verdächtig. Ein B. in Lurup im Kleingartenverein war ein Nazi, der kam sonntags und wollte unser Restessen, das sollte eingesammelt werden als Spende für das Winterhilfswerk der Nationalsozialisten. Dem hatte ich gesagt, „Das was übrig ist, essen wir morgen“, und dann die Tür zugemacht. Daraufhin hat er das gemeldet. Eine Bekannte kam und riet, zum BDM zum Handarbeiten zu gehen, das hab ich dann getan, weil ich Angst hatte, dass sie sonst meinen Mann verhaften würden.“¹

¹ Interview mit Frau S. (2001)

Waren die Ängste dieser Frau begründet? Viele aktive Linke, Sozialdemokraten wie Kommunisten, wurden schikaniert und verhaftet. Ein noch heute in Lurup lebender Zeitzeuge erzählt, dass sein Bruder wegen Plakatierungen für die Sozialdemokraten verhaftet wurde: „Eines Tages wurde er abgeholt und dann nach Glückstadt ins Gefängnis, wurde da geschlagen.“²

Unter diesen Bedingungen, unter dem systematischen Schüren von Angst vor Gewalt und Ausgrenzung, kam es zu zahlreichen Überläufen. Möglicherweise aber waren es auch latent rassistische, antisemitische und Gewalt verherrlichende Überzeugungen gewesen, die viele Sozialdemokraten und Kommunisten mit den Nationalsozialisten teilten und sie anfällig machten, sich in die Diktatur einzureihen, eine Anfälligkeit für einfache, simplifizierende Parolen, für Verschwörungstheorien, für Schuldzuweisungen an sozial Benachteiligte, an „Zigeuner“ und Juden. Die Arbeiter waren vor Chauvinismus und Elitedünkel nicht gefeit, und die Arbeiterbewegung scheiterte auch an ihren eigenen inneren Widersprüchen. Die Entsolidarisierung der Arbeiterbewegung führte bei vielen zur Vereinzelung und Isolierung. Für viele mag das „Erlebnisangebot“,³ des Nationalsozialismus sehr verlockend gewesen sein, und noch heute schwärmen einige von den schönen Stunden beim BDM oder der HJ.

Nicht alle Parteimitglieder der NSDAP zeigten sich als fanatische Nationalsozialisten. Für viele Kleingewerbetreibende, darunter viele der zahlreichen kleinen Krämer und Tante-Emma-Läden in Lurup, die sich ökonomische Vorteile erhofften, schien Opportunismus zunächst die Existenz zu sichern, und viele von ihnen traten in die Partei ein.

„Mit einem Mal sind viele Mitläufer gewesen. Sozialdemokraten, bei denen man nie damit gerechnet hatte, waren mit einem Mal Nationalsozialisten geworden, hatten eine Naziuniform.“⁴

² Interview mit Herrn B. (2001)

³ Brockhaus, Gudrun: *Schauder und Idylle, Faschismus als Erlebnisangebot*, München 1997

⁴ Interview mit Herrn B. (2001)

Es bekannten sich also nicht nur viele Bauern und Handwerksmeister zu dem Nationalsozialismus, viele ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten wechselten das Lager. Für diejenigen, die es ihnen nicht nachtun wollten, eine zusätzliche Gefahr, denn die Genossen von einst hatten intime Kenntnisse über die Lebensgewohnheiten ihrer Gegner.

„Es ist ja so, dass Kommunisten auf einmal Nazis waren von heut auf morgen, die waren gestern noch Kommunisten, aber am anderen Tag waren sie in Uniform. Mein Mann wurde auf dem Weg von der Arbeit nach Hause von solchen Leuten belästigt, die hatten auf meinen Mann gewartet, die wussten genau, wo der lang kommen würde, das waren nicht Leute aus der Stadt, es waren Leute von hier. Das waren alte Genossen gewesen, das waren keine fremden Leute, die wussten, das sind Sozialdemokraten, und die sind noch nicht übergelaufen, also waren sie von heut auf morgen Feinde.“¹

Im Lüttkamp befand sich ein SA-Heim, von dem aus die Nazis aktiv gegen politisch Andersdenkende vorgingen. Für die Übertritte warben die Nationalsozialisten gezielt, teils durch Überredungen, teils durch Androhung von Schlägen, so jedenfalls stellt es ein alter Luruper Zeitzeuge dar:

„Dann waren wir bei Rüpcke (der Gaststätte Luruper Hof, A.S.) zur Wahl, 1933, und da saßen die, die Herren K. und F., und wir kannten die doch alle, und die kannten uns ja auch, und da hat der eine gesagt, das war S. von dem Bauern E., das waren große Nazis, S. hat versucht, uns zu provozieren, aber wir haben Glück gehabt, uns haben sie nichts getan. Aber sie haben Hunderte anderer bei Rüpcke zusammengeschlagen. Im Lüttkamp war ja das SA-Heim, und dann kamen da welche raus und riefen uns zu, wir sollten endlich mitmachen, und ich hab dann immer versucht, mich rauszureden oder abzuhausen.“²

Verrat und Missgunst schufen eine miese Atmosphäre. Neben den gezielten Anwerbeversuchen kam es zu systematischer Einschüchterung. Die Nationalsozialisten versuchten die Arbeitersiedlungen zu kontrollieren, vielleicht, um jede Form der Solidarität, die bewaffnete Aufstände ermöglicht hätte, im Keim zu ersticken.

¹ Interview mit Frau P. (2000)

² Interview mit Herrn B. (2001)

An der Damaschkestraße (heute Farnhornweg) war „ein großer Wald mit großen Bäumen, Tannen, bis in den Himmel ragend. Auf der anderen Seite war auch ein Wald, aber mehr Mischwald, ein kleiner Wald. Damals fuhr die Bahn noch hier vom Volkspark. Wenn die Leute gekommen sind von der Bahn, mussten die durch den Wald. Die sind denn von den Nazis nach 33 da alle gefilzt worden in dem Wald, ob sie Waffen haben.“³

Die Nationalsozialisten kontrollierten ihre politischen Gegner daraufhin, ob sie sich politisch betätigten. Beispielsweise, ob politische Plakate geklebt wurden, ob Kreidezeichnungen angefertigt wurden zugunsten der KPD oder der SPD, aber auch, ob sie öffentlich nicht genehme verbale Äußerungen von sich gaben, so schildern es übereinstimmend unterschiedliche Luruper Zeitzeugen:

„Wie ich Lehrling in der Schlachtereier war, kam eines Tages so ein 17jähriger SA-Mann, Pistole an der Seite, und wollte uns kontrollieren, wir hatten gerade Feierabend gemacht, der Geselle und ich, und wollten nach Hause, aber ein Auto voller SA-Leute fuhr auf den Hof und die dann auf uns zu gleich mit einem Verdacht, was habt ihr da gemacht, wollten sie wissen, habt ihr geklebt oder was.“⁴

„Nach 33, da haben sie sich denn die Leute nachts rausgeholt und auch am Tage und haben die entsetzlich verprügelt. Das hab ich selbst als Kind gesehen, haben sie den Kopf der Leute unter die Pumpe den Kopf immer mit Wasser vollgepumpt. Hier an der Ecke zur Siedlung Elbkamp haben sie einen Mann bei Nacht und Nebel rausgeholt und totgeschlagen. Bei uns wohnte eine Frau N., die wurde weggeholt. Sie soll Frauen geholfen haben, dass sie keine Kinder bekamen, also bei Abtreibungen. Die haben sie so vom Wäscheplatz abgeholt, die durfte sich nicht umziehen, die musste so wie sie war mitkommen, wurde auf einen Wagen geladen und kam dann nach Lübeck ins KZ. Daraufhin sind meine Eltern wieder in die Stadt gezogen.“⁵

Über Lurup hinaus bekannt geworden ist das Todesurteil der Nationalsozialisten gegen Willi Hagen, der gemeinsam mit seiner Frau und seinen zwei Töchtern Ulla und Annegret in der Luruper Hauptstraße 56 gewohnt hatte,

³ Interview mit Frau P. (2000)

⁴ Interview mit Herrn B. (2001)

⁵ Interview mit Frau P. (2001)

nahe der heutigen Busstation Tannenberg. Heute befindet sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite am Spielplatz in der Nähe des Klintweges ein Gedenkstein, der an diesen jungen Mann erinnert. Er war von Beruf Straßenbahnfahrer mit Ausbilderlizenz gewesen und hatte ein Gedicht gegen Hitler verfasst. Für dieses Gedicht wurde er verhaftet und nach einjähriger Gestapohaft in Fuhlsbüttel von Nationalsozialisten ermordet.

Der Versuch, die Arbeitersiedlungen durch gezielte Anwerbung und Schikane unter Kontrolle zu bringen, zeigt sich eindringlich in der Politik, die die nationalsozialistischen Machthaber gegen die Siedlung Elbkamp anwendeten. Nach 1933 wurde zunächst dem überwiegenden Teil der Siedler im Elbkamp und in der Damaschkestraße (heute Farnhornweg) die Kündigung ausgesprochen.

Es wurden aber auch von den jungen Männern des freiwilligen Arbeitsdienstes ab 1933 in der Damaschkestraße Sanierungsarbeiten vorgenommen. Nachdem es zu einer Begehung der Siedlung durch nationalsozialistische Behördenvertreter kommen konnte, wurde die Kündigung wieder zurückgenommen. Der Deutsche Siedlerbund Gaugruppe Hamburg Nordmark organisierte einen „Beschwerde-Ausschuss“, dem auch höhere Vereinsmitglieder der Siedlung Elbkamp angehören mussten. Dieser Ausschuss war für die gezielte Kontrolle und politische Überwachung der Siedler verantwortlich)¹ Den Siedlern wurde mit zahlreichen Unterstellungen das Leben schwer gemacht. Es kam zu zahlreichen Übergriffen der Nazis auf die Familien, unter anderem zu Hausdurchsuchungen durch die Gestapo, bei denen die Familienväter im Beisein ihrer Familien zusammen-geschlagen wurden. Mit diesen Maßnahmen bezweckten die Machthaber die schrittweise Übernahme der Siedlung, mit Erfolg, denn die Siedler fügten sich, wenn auch unwillig, dem Zwang; so Jedenfalls wird es in der Jubiläumsschrift der Siedlung Elbkamp von 1981 dargestellt:

„Im Frühjahr des Jahres 1937 wurde die Vereinigung ultimatativ aufgefordert, dass mindestens 12 Siedler in die NSDAP eintreten müssen. Der gesamte Vorstand hat sich dann, wenn auch schweren Herzens, dazu ent-

schlossen, in die Partei einzutreten. Die Siedlervereinigung konnte seitens der Siedler nur noch mit äußerster Vorsicht agieren.“²

Auch in anderen Siedlungen, vor allem in den Kleingartensiedlungen und den „wildten Siedlungen“, wurden die Mitglieder schikaniert. Ein Bericht eines Zeitzeugen über eine Kleingartenkolonie in der jetzigen Nansenstraße zeigt deutlich die Strategie der Nazis, die linke Bevölkerung einzuschüchtern.

„Um vor den Angriffen der Nazis sicher zu sein, hatten sich die Siedler eine Art Selbstschutz gebaut: An markanten Punkten der Kolonien wurden Eisenschienen aufgehängt, die bei Gefahr angeschlagen wurden. Da vor 1933 öfter gewählt wurde, wussten die Nazis genau Bescheid, wo die linksorientierten Bürger wohnten (Wahllokale). Bis zum 30. Januar 1933 konnten sich die Bewohner der Kolonien einigermaßen vor Übergriffen durch die Nazis schützen, aber schon einige Tage nach der Machtergreifung überfiel die SA die Siedler. Mit Unterstützung der Hilfspolizei (SA-Männer mit einer Armbinde „Hilfspolizei“) wurden die Kolonien abgesperrt. Bei Nacht wurden die Bewohner ins Freie getrieben, es wurden Sachen herausgeworfen, Wände aufgerissen und einige Heime einfach angezündet.“³

Alte Prozessakten belegen zahlreiche Übergriffe auf die Siedler, darunter schwerste Misshandlungen, einige mit Todesfolge.

„Im Juli 1933 wurde mein Mann, Wilhelm Meyer, von C. und J. mit vorgehaltener Pistole gezwungen, unsere Laube zu verlassen, worauf er dann nach R. geschleppt wurde. Auf dem Wege dorthin und bei R. selbst wurde mein Mann schwer mißhandelt. Danach wurde ihm befohlen, bei eventueller Nachfrage auszusagen, er sei angefallen worden. Anschließend wurde mein Mann dann unter fortwährenden Drohungen fortgejagt. In meiner Angst um meinen Mann tief ich zur Luruper-Polizeiwache, um Schutz zu holen. Der Hauptwachtmeister L., jetzt Polizeileutnant, war zur Zeit bei R., wie mir seine Frau persönlich erklärte. Auf dem Rückweg nach Hause fand ich meinen Mann blutüberströmt im Kornfeld von R. An den Folgen der Miß-

¹ Staatsarchiv Hamburg, Wohnwirtschafts- und Siedlungsamt, Beschwerdeausschuss in Siedlungsangelegenheiten 1936-39

² Giemsa, Jens: *Erinnerungen an 50 Jahre Siedlergemeinschaft Elbkamp, Hamburg 1981*

³ Aus der Geschichte Lurups während der Nazi-Zeit (1981) S. 22

Lurup unter der Herrschaft der Nationalsozialisten

handlungen siechte mein Mann dahin, bis er 1937 verstarb.”¹

Trotz dieser Übergriffe ließen sich viele nicht einschüchtern. Trotz des Verbotes, BBC oder Freies Deutschland zu hören, wurde von vielen das Recht auf freie Information in Anspruch genommen.

„Radio hat jeder für sich gehört, informiert waren wir alle, die alten Sozialdemokraten wussten alle Bescheid, auch Flugblätter wurden verteilt.”²

In einigen Enklaven blieben Werte der Arbeiterbewegung wie Solidarität, Gemeinschaftshilfe und Kameradschaft auch nach der Machtübernahme bestehen und konnten in die Nachkriegszeit hinübergerettet werden.

Die Menschen in Lurup, die Subsistenzwirtschaft betrieben, mussten schon aus existentiellen Gründen in Opposition zu den Behörden treten. Viele schlachteten im Krieg schwarz, ohne behördliche Genehmigung, obwohl Lebensmittel rationiert worden waren.

Viele mühselig erworbene Güter wurden in den Kriegsjahren interessant für das Militär. So hatte der Bruder von Walter Reimann ein

1 Aus der Geschichte Lurups (1981)

2 Interview mit Frau P. (2000)

Motorrad, das im letzten Kriegsjahr als kriegswichtiges Material noch eingezogen wurde. Wer seine Güter schützen wollte, musste sie verstecken und lief Gefahr, erwischt zu werden.

Einige Männer trafen sich in einer Gastwirtschaft in der Jevenstedter Straße, um gemeinsam „Feindsender”, also BBC oder das deutschsprachige Radio des Senders Freies Deutschland, der von der Sowjetunion aus von emigrierten Kommunisten betrieben wurde, zu hören.

Der damalige Besitzer der Gastwirtschaft wurde, von der eigenen Tochter verraten, von der Gestapo verhaftet und kam ins KZ. Trotz Folter verriet er seine Freunde nicht. Auf das Hören verbotener Radio-Sender standen ab 1941 scharfe Strafen bis hin zur Todesstrafe, nachdem ein Hamburger Arbeiter in einem Musterprozess zum Tode verurteilt worden war. Auch mein Großvater Ernst Riemenschneider hörte heimlich „Feindsender”, wie viele mit einem selbstgebastelten Radiogerät.

Schulzeit in Lurup unter dem Nationalsozialismus

aus: Anke Schulz: Fischkistendorf Lurup, S. 76ff

Aus einer Akte über den Schulneubau der Schule Luruper Hauptstraße 1935: „In beiden Schulen Osdorf und Lurup sind die Raumverhältnisse trotz baulicher Erweiterungen völlig unzulänglich. Dabei ist die Siedlungstätigkeit in diesem Raum noch längst nicht abgeschlossen, sie werden vielmehr in der nächsten Zeit mit allen Kräften weitergeführt werden.

[...] In Lurup fehlt schon jetzt ein Klassenraum. Lehrmittel-, Handarbeits-, Werkraum sind nicht vorhanden. Ein Lehrerzimmer fehlt ebenfalls. Jeder verfügbare Raum muß für den Unterricht gebraucht werden.

[...] Die Durchschnitts-Schülerzahl beweist, daß schon jetzt die Klassen recht voll sind. Die Grundschulklassen weisen teilweise Zahlen über 60 auf.

Diese Verhältnisse werden noch schlimmer durch III. die weitere Siedlungstätigkeit im genannten Siedlungsgebiet für 1935/36. Für 1935/36 werden folgende Siedlungen fertig,

bezw. neu begonnen: 1.) Osdorf-Schenefelder Landstraße: 70 Wohnungen. Siedlung der Frontkämpfer: 120-150 Schulkinder. 2.) Sievekingplatz-Osdorfer Landstraße: vorerst 60 Wohnungen mit 120 Schulkindern.”³

Dieses Dokument zeigt eindrücklich, dass die Siedlungen auch nach 1933 in Lurup sukzessive zunahmen. Dabei änderte sich die soziale Struktur der Siedler, waren es vordem Arbeitslose, die gefördert wurden, waren es nun „Frontkämpfer” und „arische Familien”.

Veränderungen wie diese veränderten den Alltag auch in der Schule in der Luruper Hauptstraße. Das politische Klima bestimmte den Umgang der Schulkinder untereinander. Viele gingen begeistert in das Hitler-Jugend-Heim im Lüttkamp oder zum Handarbeiten beim Bund Deutscher Mädel. Andere wiederum waren eingeschüchtert und verängstigt. Ursel Riemenschneider wurde von ihrem Va-

3 Staatsarchiv Hamburg, Regierung Schleswig 421-5, Sb 34, Schulneubau im Stadtteil Altona

ter eingebläut, den Lehrern ja nichts davon zu erzählen, dass er „Feindsender“ hörte. Von 1933 bis 1945 wurden die Unterrichtsräume nicht nur für den Unterricht, sondern auch für Veranstaltungen von der Hitler-Jugend, dem BdM, der NSV und dem NSL benutzt. In den Kriegsjahren wurde auf dem Sportplatz ein Bunker errichtet. Zum Lehrplan gehörten Berichte von der Front und den angeblich ruhm-

reichen deutschen Soldaten. An besonderen Tischen in der Hauptschule Luruper Hauptstraße saßen bis 1940 einige Kinder jener Familien, die als „Zigeunkinder“ ab 1940 nach Polen in den Tod geschickt wurden. Möglicherweise mussten sie als erste in die 1938 gegründeten „Hilfsschulklassen“ überwechseln.

Juden, Zeugen Jehovas, „Asoziale“, Sinti und Roma: Ausgrenzung, Verfolgung, Mord

aus: Anke Schulz: *Fischkistendorf Lurup*, S. 84ff

In Lurup waren viele verschiedene Konfessionen vertreten. Es gab Katholiken ebenso wie Orthodoxe, Evangelische wie Baptisten, und auch Zeugen Jehovas. Zahlenmäßig waren die Evangelischen in der Mehrheit. In der Jevensstedter Straße befand sich ein Versammlungsraum der Baptisten in einem Hinterhaus. Eine Minderheit in Lurup waren Menschen jüdischen Glaubens. Unter ihnen befand sich auch Frieda Reimann, die der Deportation nach Theresienstadt entkam, vielleicht deshalb, wie sie selbst vermutete, weil sie für die Pflege ihres nach nationalsozialistischer Ideologie als „deutschstämmig“ geltenden Mannes aufzukommen hatte. Sie wurde aber in einem Unternehmen in Elmshorn zur Zwangsarbeit, dem Auf- und Abladen von Sackballen, in einem völlig unbeheizten Schuppen verpflichtet, „mußte isoliert von der anderen Belegschaft arbeiten, getrennt Mahlzeiten einnehmen und durfte keinerlei Beziehung zu den anderen Mitgliedern der Belegschaft aufnehmen. Hinzu kam die dauernde Drohung mit dem KZ.“¹ Ihr Arbeitsstatus war der gleiche wie der von Kriegsgefangenen. Auch Familien, die sich zu den Zeugen Jehovas bekannten, unter ihnen eine Krämerfamilie im Sprützkamp, wurden von den Nationalsozialisten gezielt verfolgt. Sie gingen in den 1930er Jahren von Haus zu Haus, um für ihren Glauben zu werben. Damit wurden sie eine leichte Beute für die fanatischen Nationalsozialisten, die damit rechnen konnten, dass die Bevölkerung für diese Glaubensrichtung wenig Verständnis übrig hatte [...] Einer der kleinen Krämer, der im Sprützkamp in Lurup einen Tante-Emma-Laden unterhielt,

1 Brief Frieda Reimanns aus Familienbesitz an das Amt für Wiedergutmachung in Hamburg 1946

gehörte dieser Glaubensgemeinschaft an. Er und seine Tochter waren „plötzlich verschwunden“, wurden jahrelanger KZ-Haft ausgesetzt. Nach dem Krieg konnte er seinen kleinen Laden nicht wieder aufbauen.

Viele Arbeiter, die unterhalb der Armutsgrenze leben mussten, wurden von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ stigmatisiert und verfolgt. Unter „asozial“ wurden Menschen unterschiedlichster Lebensstile zusammengefasst, Alkoholranke ebenso wie Obdachlose, Menschen, die arm waren und keinen festen Wohnsitz besaßen oder in den notdürftigsten Behausungen lebten. Sie wurden nach 1933 verschärft kontrolliert und behördlichen Restriktionen unterworfen. Ein großer Teil dieser Bevölkerungsgruppe wurde von den Nationalsozialisten aufgrund ihrer Herkunft, als Juden oder Sinti, verfolgt, oder weil sie sich als Kommunisten und Sozialdemokraten der Arbeiterbewegung zugehörig fühlten. Viele der Menschen, die in der Fischindustrie arbeiteten, waren Sinti, und ich vermute, dass die Ärmsten der Armen in den Fischkistensiedlungen die Sinti-Familien waren. [...]

Die Behörden registrierten in der NS-Zeit sorgsam, dass sich viele Menschen in Lurup aufhielten, die unter anderem als „Wanderer“ oder „Stadtstreicher“ aus dem nationalsozialistischen Rassekonzept herausfielen. Viele dieser Menschen wurden in Konzentrationslager eingeliefert, einige von ihnen ermordet. Auf ein möglicherweise im Lederweg für Sinti und Roma eingerichtetes Lager werde ich im nächsten Abschnitt noch gesondert eingehen.

[...] Kaum eine Bevölkerungsgruppe wird von den Vertreterinnen und Vertretern der Do-

minanzkultur so undifferenziert wahrgenommen wie die der Sinti und Roma, denen von vornherein unterstellt wird, ein „Zigeunerleben“ mit Bauwagen und Pferdchen am Rande der Legalität zu führen. Die Luruper Mehrheitsbevölkerung begegnete diesen Menschen mit zahlreichen Ängsten und Vorurteilen. Vor allem in das Wäldchen an der Luruper Hauptstraße gegenüber dem Dahliengarten zogen nach Aussage alter Luruper von Zeit zu Zeit Wohnwagen mit Menschen, die als „Zigeuner“ bezeichnet wurden. [...] Auf dem Gelände nahe Böverstland standen vor allem im Sommer Wohnwagen, Zirkuszelte und Pferde, in denen manchmal Vorführungen für die Luruper Kinder gegeben wurden.

Einige Sinti lebten in den 30er Jahren völlig integriert in die restliche Bevölkerung in der Siedlung Morgenröthe: „Die Zigeuner sind von Haus zu Haus gegangen und haben Stiefelbänder und Garn verkauft. Meine Nachbarin war mit denen befreundet, und einer aus der Morgenröthe war mit einer verheiratet, das ging gut, die Ehe, besser als heute die Ehen.“ Erst durch die Klassifizierung der Nationalsozialisten wurden sie erneut als anders und bedrohlich wahrgenommen. Schenkt man den NS-Akten Glauben, waren die meisten von ihnen Kleingewerbetreibende gewesen, die Frauen handelten mit Spitzendecken, viele Männer betrieben Handel mit Pferden, Töpfen, Körben oder waren Musiker. [...]

Der „Wohnungsbedarf“ [... der so Diskreditierten] stehe „erfahrungsgemäß auf so niedriger Stufe“, dass „kein Anlass“ bestehe, [...ihnen] „eine Wohnung zu erhalten oder sich etwa wohnungsfürsorgerisch um sie zu bemühen“, wenn sie eine für unbewohnbar erklärte Wohnung bezogen hätten. Altona habe die dort hilfsbedürftig [...Gewordene] in ein Lager gebracht mit dem Erfolg, dass eine Anzahl von ihnen nach Hamburg abgewandert sei.¹

[...] Auch die Menschen, die tatsächlich umherzogen, sei es mit Wohnwagen, Bauwagen oder zu Fuß, oder als Schausteller arbeiteten, wurden teilweise undifferenziert ...[als „Zigeuner“ diskreditiert.] Für [...sie] galten niedrigere Sätze für die Wohlfahrtsunterstützung, „5 RM für die Mutter und 2 RM für jedes Kind“ Wochenfürsorge (Entbindungskosten und Milch), die „arischen“ Unter-

stützungsempfängerinnen zustanden, wurden [... ihnen] verweigert.²

Manche „Stadtstreicher“ und Obdachlose wurden als „Asoziale“ ins KZ eingeliefert, so der Großvater einer alten Luruperin, der als obdachloser und umherziehender Alkoholiker auffällig geworden war, er wurde als Asozialer wahrscheinlich im KZ Sachsenhausen ermordet. Zuständig für die Erfassung dieser Menschen waren SchreibtischtäterInnen der Fürsorgeabteilungen und vergleichbarer Behörden wie die „Abteilung für Wohnungslose und Wanderer“, die ausführlich und skrupellos der Anordnung zur Erfassung dieser Menschen nachgekommen sind.

Richtlinien eines Erlasses vom 14.12.1937, die eine „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“ regeln sollte, definieren den Begriff „asozial“ folgendermaßen:

„ALS ASOZIAL GILT, wer durch gemeinschaftswidriges, wenn auch nicht verbrecherisches Verhalten zeigt, dass er sich nicht in die Gemeinschaft einfügen will. Demnach sind z. B. asozial: a) Personen, die durch geringfügige, aber sich immer wiederholende Gesetzesübertretungen sich der in einem nationalsozialistischen Staat selbstverständlichen Ordnung nicht fügen wollen [...]. b) Personen, ohne Rücksicht auf etwaige Vorstrafen, die sich der Pflicht zur Arbeit entziehen und die Sorge für ihren Unterhalt der Allgemeinheit überlassen [...]. Dieser Personenkreis sei in folgenden Orten in Vorbeugehaft zu nehmen: bei Männern aus den Bezirken der Kriminalpolizeileitstellen ... Berlin, Stettin, Hamburg, Bremen ... in Sachsenhausen b. Oranienburg.., bei Frauen aus dem gesamten Reichsgebiet z. Zt. in Lichtenburg bei Prettin/Elbe.“ 1934 wurde diese Anweisung erweitert: [Als „Zigeuner“ diskreditierte] [...] umherziehende Personen, wenn sie keinen Willen zur geregelten Arbeit gezeigt haben oder straffällig geworden sind, seien festzunehmen. Die Festgenommenen sind sofort dem Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar ... zu überführen.“³

¹ Staatsarchiv Hamburg, Ah 83.72

² Staatsarchiv Hamburg, AF 83.72

³ Reichskriminalamt Tgb Nr. KKPA 60 01 250/38 und Reichskriminalpolizeamt Tgb Nr. RKPA 60 01/295.38 vom 1.6.1938, mit freundlicher Genehmigung des Archivs der Rom- und Cinti-Union e.V., Hervorhebung im Original

Die Enteignung der Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondys

Mit freundlicher Genehmigung der Autorin Auszüge aus:
Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondys. Dokumente einer Enteignung im Nazi-Deutschland, Norderstedt 2013*

Vorwort

aus: Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondy, S. 5f*

Mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“ am 12. November 1938 wurde die Enteignung und „Arisierungen“ zur staatlichen Doktrin der Nationalsozialisten. Mit dieser Verordnung wurde die „Endlösung“, der Holocaust, vorbereitet. Die Folgen dieser Doktrin waren auch in den Stadtrandgebieten Altonas und Hamburg präsent. Während die in diesen Stadtteilen lebenden Juden eine Schikane nach der anderen erleiden mussten, konnten infolge der „Arisierungen“ die „arischen“ Nachbarn Immobilien teilweise zu Spottpreisen erwerben. [...]

Salomon Bondy war einer der bedeutendsten Grundbesitzer des Stadtteils. Als er 1932 verstarb, hinterließ er seinen Kindern ca. 50 ha Immobilien in Lurup, Othmarschen und Niendorf, die vor allem nach der „Reichskristallnacht“ durch die nationalsozialistischen Behörden enteignet wurden. [...] Ausgehend

von der besonderen Situation Lurups, in dem sich die Nationalsozialisten die Mehrheit erst nach 1933 erkämpfen konnten, zeigt sich die Funktion der Enteignungen der jüdischen Grundbesitzer auch als öffentlichkeitswirksame Kampagne zugunsten systemtreuer Kleingärtner, Landwirte und Bauherren. Nicht zuletzt die Hansestadt Hamburg selbst gelangte auf diesem Weg zu Bauland für Bauvorhaben, die teilweise erst in der Nachkriegszeit realisiert werden konnten. Die Wiedergutmachungszahlung, die erst nach zahlreichen erfolglosen Anträgen 1959 gewährt wurde, stand in keinem Verhältnis zur Entwicklung der Immobilienpreise in der Nachkriegszeit. In erschreckender Deutlichkeit zeigen sich die Auswirkungen dieser Verbrechen, die auf vielfältige Weise bis in die Gegenwart hinein wirken.

Kerngebiet nationalsozialistischer Macht in Lurup

aus: Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondy, S. 26ff*

Salomon Bondy besaß vor allem in Lurup, aber auch in Niendorf und Eidelstedt ca. 50 ha Grundbesitz, so an der Luruper Hauptstraße, in der Eckhoffstraße, aber auch im Lüttkamp, im Kiebitzmoor, wo sich seit 1932 ein Kleingartenverein gegründet hatte, im Friedrichshulder Weg und im Kleiberweg. Die Eckhoffstraße wurde nach dem Groß-Hamburg Gesetz 1937 umbenannt in Jevenstedter Straße, die Straße Kiebitzmoor erhielt nach dem 2. Weltkrieg den Namen Franzosenkoppel. Die Immobilien Salomon Bondys am Lüttkamp, am oberen Bereich der Eckhoffstraße und in der Luruper Hauptstraße befanden sich im Kerngebiet öffentlicher Gebäude, die den nationalsozialistischen Machtbereich symbo-

lisierten. Dazu gehörte die Polizeidienststelle an der Luruper Hauptstraße 120, die Schule Luruper Hauptstraße, das Büro der NSDAP, das SA-Heim, das HJ Heim und das Heim des BDM im Lüttkamp, sowie das Gebiet um die Heldengedenksäule am Gemeindezentrum der Auferstehungsgemeinde, die damals noch nicht über eine eigene Kirche verfügte. [...] An der Luruper Hauptstraße 146 befand sich die Gaststätte Röpke, in der SS und SA ihr Stammlokal hatten; zahlreiche Gewaltaktionen gegen politisch missliebige Luruper waren von den Gästen dieser Gaststätte verübt worden. Auch Neonazis wahrten die Tradition dieses Ortes, 1978 versammelte sich die „Hansa-Bande“ Michael Kühnens in diesem

Lokal.¹ Gegenüber der Gaststätte Röpke, die auch den Namen Zum Lindenpark trug, befand sich die Gaststätte Luruper Hof. Die Nationalsozialisten führten 1932 Wahlkampfveranstaltungen im Luruper Hof durch.² [...] Der Immobilienhandel war für die Landwirte Lurups, die aufgrund der kargen Böden keine guten Erträge erzielen konnten, ein wichtiger Zuverdienst. Aus mehreren Bauernfamilien sind heute noch tätige Immobilienmakler hervorgegangen. Da kann das Angebot der Nationalsozialisten, auf Kosten der jüdischen Grundbesitzer Vorteile zu erlangen, für die Landwirte wie den damaligen sogenannten „Ortsbauernführer“ verführerisch gewesen sein. Antisemitische Übergriffe, so Frank Bajohr, gründeten in dem Bestreben vieler Mittelständler, ökonomische Vorteilsnahme zu erlangen. 1933 kam es in Hamburg zu zahlreichen Aktionen unterschiedlicher Be-

rufungsgruppen mit dem Ziel, jüdische Konkurrenten auszuschließen. Dazu gehörten auch die Immobilienmakler:

„Ein weiterer Berufsverband, der mit rigiden Ausschlussmethoden gegen jüdische Mitglieder vorging, war der Reisverband Deutscher Makler (RDM). 1933 schloss die Hamburger Ortsgruppe des RDM unter Leitung ihres Vorsitzenden Hartmann alle jüdischen Mitglieder aus diesem Reichsverband aus.“³ Dieser Zeitgeist beeinflusste auch die Personengruppen, die in Lurup mit dem Verkauf und der Verpachtung von Immobilien befasst waren.

1 Emmaus Kirchengemeinde Hamburg Lurup, hg., *Aus der Geschichte Lurups während der Nazi-Zeit*, Hamburg 1979.

2 In derselben Gaststätte fanden 1978 Veranstaltungen von Neonazis statt, vergl. *Aus der Geschichte Lurups während der NS Zeit*, 1979

3 Frank Bajohr, a.a.O., 33f.

Zwangsverpachtung

aus: Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondy*, S. 30ff

Unmittelbar nach der Übertragung der Regierungsgewalt auf die NSDAP im Januar 1933 wurde die Erbgemeinschaft des Kaufmanns Salomon Bondy das Verfügungsrecht auf Ländereien von 7.324 qm in der Eckhoffstraße abgesprochen mit der Begründung, dieses Gelände werde für die Verpachtung als Kleingartengelände benötigt. Der Magistrat verfügte eine Zwangspacht, die für die Kleingärtner außerordentlich günstig war. Dabei handelte es sich um Pachtgrundstücke für eine Erweiterung der Kleingartenkolonie Kleinworth. [...]

Damit [nach einem verlorenen Rechtsstreit gegen die Verfügung, ST] verlor die Erbgemeinschaft

Bondy den Zugriff auf eine Immobilie, die aufgrund ihrer Nähe zu der sich seit 1928 stetig vergrößernden „Schmirlgel“, der Norddeutschen Schleifmittelindustrie Christiansen & Co, zu einem guten Preis als Bauland hätte verkauft werden können. [...] Die Kleingärtner folgten bis in die subtilen Bereiche der Sprache hinein der antisemitischen Entwertungsstrategie. Der Kleingartenverein erhielt den Namen nach dem Landwirt Hinrich Kleinworth, dessen Land jedoch einen vergleichsweise geringen Anteil an dem gesamten Pachtland des Kleingartenvereins hatte. Der weitaus größere Teil gehörte der Erbgemeinschaft Bondy.

Verordnungen nach 1938

aus: Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondy*, S. 37f

Wenige Tage nach der „Reichskristallnacht“ plante die Führungsriege um Hitler die Enteignung der Juden. Frank Bajohr schildert ausführlich die Vorgänge, die die „Arisierungen“ in Hamburg einläuteten: „Bereits einen Tag nach dem Pogrom, dem 10. November 1938“, hatte Hitler in einem Gespräch mit Goebbels und Göring die endgültige „Ausschaltung“ der Juden aus der Wirtschaft befohlen. ... Die Zwangs-„Arisierung“ und Li-

quidierung jüdischer Unternehmen wurde am 12. November 1938 durch die erste Verordnung [...] eingeleitet, die Juden den Betrieb von Einzel- und Versandgeschäften sowie Handwerksbetrieben nach dem 1. Januar 1939 untersagte.“¹ Juden mussten eine detaillierte Liste ihrer Besitzstände anfertigen, um damit die staatliche Plünderung ihrer Be-

1 Frank Bajohr a.a.O., S. 277

sitztümer selbst zu unterstützten. Das betraf auch Aktien und Schmuck, wie Frank Bajohr weiter ausführt: „Wertpapiere mussten bei der Devisenbank abgegeben werden, Juwelen, Schmuck und Kunstgegenstände einer öffentlichen Ankaufstelle des Reiches angeboten werden.“¹ Hinzu kam die Reichsvermögensabgabe, so Frank Bajohr: „Die am selben Tag erlassene Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit [für die Ermordung des deutschen Gesandtschaftsrats von Rath in Paris, ST] verlangte ihnen zusätzlich eine Zwangskontribution in Höhe von einer Milliarde RM ab, die

¹ Frank Bajohr, a.a.O., S. 278

in fünf Raten zu je fünf Prozent des jeweiligen Einzelvermögens erhoben wurde. In Hamburg führte die Gestapo im Dezember 1938 darüber hinaus eine besondere „Auswandererabgabe“ in Höhe von 20 % des Reichsfluchtsteuersatzes ein.²

[...] Zahlreiche Schreiben der Devisenstelle des Hamburger Landesfinanzamtes des Hamburger Staatsarchivs an Mitglieder der Familien Bondy und Zadik sind erhalten geblieben und dokumentieren en détail die Prozesse ihrer Enteignung und Vertreibung.

² Frank Bajohr, a.a.O., S. 277 und 278

Reichsfluchtsteuer und Sperrkonto

aus: Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondy*, S. 42ff

Ab April 1939 erhielten alle Polizeidienststellen, die Gestapo und die Steuerfahndungsstellen Meldung über die Familien Bondy und Zadik. Damit waren die Familien im gesamten Deutschen Reich der Personenfahndung ausgesetzt, sie verloren damit das freie Aufenthaltsbestimmungsrecht. Die Behörden gaben an, sie hätten Kenntnis darüber erhalten, dass die Familien auswandern wollten, und beschlagnahmten alle Vermögenswerte. [...]

Die Erbgemeinschaft Salomon Bondys musste nicht nur die Reichsfluchtsteuer entrichten, sondern auch die Einnahmen für die Immobilien in Lurup und Eidelstedt zunächst auf ein Sperrkonto leiten. Die Behörden forderten, dass Manfred Zadik, der juristische Sprecher der Erbgemeinschaft, die demütigenden Maßnahmen selber einzuleiten hatte. [...]

Hamburgische Grundstücksverwaltungsgesellschaft

aus: Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondy*, S. 47ff

Zahlreiche Dokumente zeigen, dass die Hamburgische Grundstücksverwaltungsgesellschaft von 1938 mbH für die „Arisierung“ der Immobilien der Erbgemeinschaft eine zentrale Funktion einnahm. In seiner Dissertation schildert Jürgen Lillteicher die zahlreichen Verfügungsbeschränkungen für jüdische Grundeigentümer auf ihren Immobilienbesitz und die Bedeutung der Gesellschaft:

„Nicht nur Unternehmen und Kleinbetriebe hatten in der NS-Zeit den Besitzer gewechselt, sondern eine Vielzahl von Grundstücken und Häusern waren zu günstigsten Preisen an so genannte ‚Arier‘ überschrieben worden. Aber 1938 hatten sich beispielsweise die Hamburger NSDAP und Devisenstelle der Oberfi-

nanzdirektion jüdischer Grundstücke und Häuser bemächtigt. Mit der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 war eine staatliche Genehmigungspflicht für den Verkauf von Grundstücken und die generelle Praxis des Zwangsverkaufs eingeführt worden. Parallel zu dieser Entwicklung waren die Oberfinanzdirektionen dazu übergegangen, gemäß § 37a des Devisengesetzes Sicherungsanordnungen über Grundstücke zu erlassen. [...] In Hamburg war der Reichsstatthalter und Gauleiter Kaufmann zur obersten Instanz bei der Genehmigung von Grundstücksverkäufen geworden. Bevor dieser entschied, waren die Kaufverträge dem Gauwirtschaftsberater vorgelegt worden, der

die Verwaltung für Handel, Schifffahrt und Gewerbe anwies, den Kaufpreis nach seinen Vorgaben festzulegen. Daraufhin hatte sich die ‚Hamburger Grundstücksverwaltungsgesellschaft von 1938 mbH‘ (GVG) in das Verfahren eingeschaltet. Diese war durch die ‚Arisierung‘ von bestehenden Grundstücksverwaltungsgesellschaften und durch die treuhänderische Verwaltung von Grundstücken, für die eine Sicherungsanordnung der Devisenstelle vorlag, an jüdisches Eigentum in beträchtlichem Umfang gelangt. Die Gesellschaft hatte sich auch direkt in Zwangsübertragungen von Grundstücken zwischen Privatpersonen eingeschaltet, indem sie mit potenziellen Käufern über die Zahlung von sogenannten ‚Arisierungsspenden‘ verhandelte. Erst wenn diese Verhandlungen zur Zufriedenheit des Gauleiters verlaufen waren, hatte er die Verkaufsgenehmigung erteilt. Der Gauleiter hatte ein besonderes Interesse an möglichst großzügigen Spenden, weil die Reingewinne der GVG in die Kasse der Hamburger NSDAP flossen und beispielsweise als besondere Zuwendungen an verdiente Parteigenossen verwendet werden konnten. Die ‚Arisierungsspenden‘ wurden

also vom Gauleiter zur Untermauerung seiner eigenen Position innerhalb der Partei benutzt.“¹

Auch die Immobilien der Erbgemeinschaft Bondy fielen an die Hamburger Grundstücksverwaltungsgesellschaft von 1938 mbH. [...] Nutznießer der ‚Arisierungen‘ waren auch die vielen kleinen Handwerker und Arbeiter, die ihre Pachtverträge und Hypotheken zu günstigen Konditionen umwandeln konnten. Die Hamburgische Grundstücksverwaltungsgesellschaft von 1938 mbH übernahm mit Unterstützung des Ortsbauernführers teilweise die Auswahl der Pächter. [...] Der Ortsbauernführer [...] erhielt zahlreiche attraktive Grundstücke. Der größte Teil der Immobilien fiel an die Hansestadt Hamburg, die damit Bebauungspläne an der Elbgaustraße und im Friedrichshulder Weg realisieren konnte.

¹ Jürgen Lillteicher: *Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Studie über Verfolgungspolitik, Rechtsstaatlichkeit und Vergangenheitspolitik 1945-1971*, Freiburg im Breisgau 2003, S. 143f

Die Enteignung zugunsten der Hansestadt Hamburg

aus: Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondy*, S. 67

Neben dem Ortsbauernführer war es die Hansestadt Hamburg, die ohne Auflassung, also ohne notariell beurkundete Eigentumsübertragung als auch ins Grundbuch einzutragende Verkaufseinigung zwischen Veräußerer und Bewerber, die Immobilien der Erben Bondy erhielt. Es ist zwar in den noch vorhandenen Verkaufsdokumenten von einer Auflassung die Rede, aber den Erben Bondys selbst war als

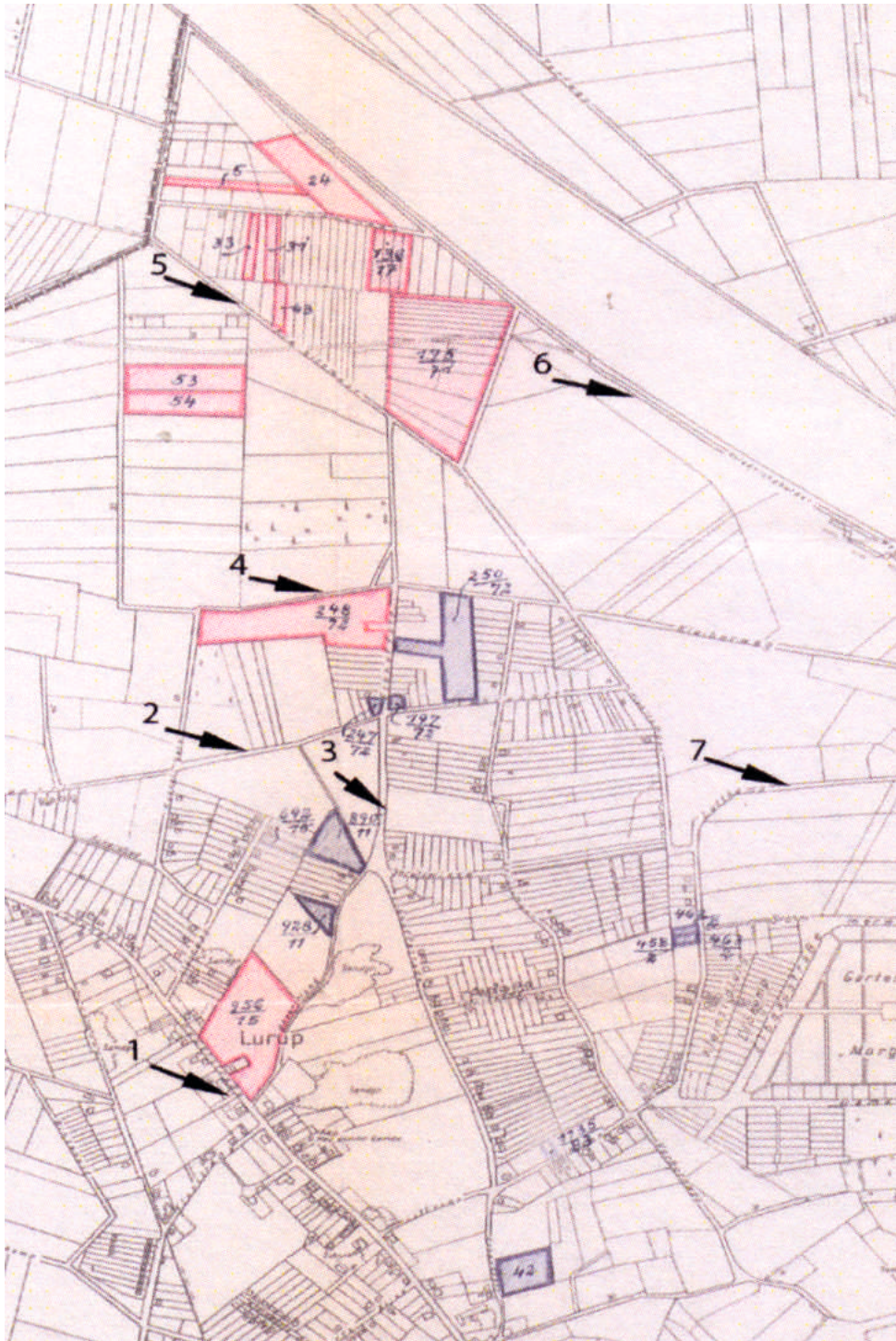
Juden die Anwesenheit bei Verkaufsverhandlungen nicht gestattet. Max und Gertrud Bondy mit ihren Kindern Annemarie und Hans sowie Curt Bondy waren zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in Deutschland, sie konnten bis 1939/40 ins Ausland fliehen. Nelly und Manfred Zadik gelang die Flucht im Februar 1941. [...]

Lurup unter der Herrschaft der Nationalsozialisten

Die Enteignung zugunsten der Hansestadt Hamburg

aus: Anke Schulz: Luruper Immobilien der Erbengemeinschaft Salomon Bondy, S. 70

Überblick über den Immobilienbesitz der Erbengemeinschaft S. Bondy in einer kartographischen Darstellung der Hamburgischen Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft von 1983 mbh, angeheftet dem Kaufvertrag mit der Hansestadt, Hamburg, Staatsarchiv Hamburg 314-15 R 1939_2012.

[illegible]

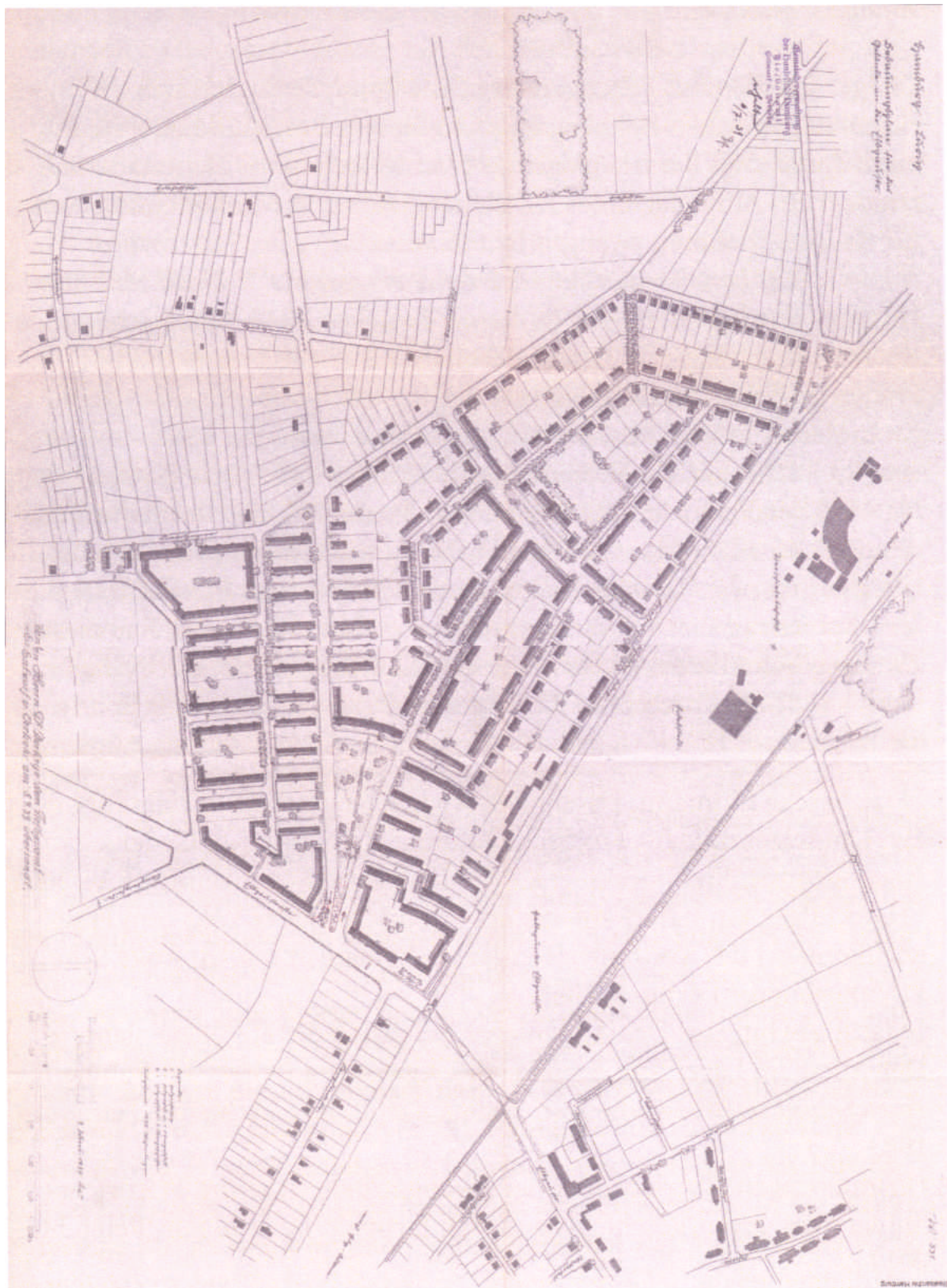
*Hinweismarken von A.S.
hinzugefügt:*

- 1 *Luruper Hauptstraße*
2 *Fahrenort*
3 *Eckhoffstraße*
 (Jevenstedter Straße)
4 *Kleiberweg*
5 *Kiebitzmoor*
 (Franzosenkoppel)
6 *Friedrichshulder Weg*
7 *Lüttkamp*

Lurup unter der Herrschaft der Nationalsozialisten

Die Enteignung zugunsten der Hansestadt Hamburg

aus: Anke Schulz: Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondy, S. 71



Staatsarchiv Hamburg 242-15 Bauverwaltung Altona 260 Bebauungsplan Hamburg Lurup für das Gelände an der Elbgastraße vom 6.7.1939 Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg Tiefbauamt.

Zwangsarbeiterlager und Außenlager des KZ Neuengamme

aus: Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbegemeinschaft Salomon Bondy*, S. 67

Einige Parzellen der Erbegemeinschaft Bondy befanden sich im Friedrichshulder Weg. Ab 1943 begannen in diesem Bereich Bauarbeiten für ein KZ und zwei Barackenlager. 1944 unterhielten die Nationalsozialisten dort ein Außenlager des KZ Neuengamme, in dem jüdischen Frauen für Bauunternehmen zwangsarbeiten mussten.¹

¹ Friedricke Littmann, Datenbank www.zwangsarbeit-inhamburg.de, Hg. Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg; KZ-Gedenkstätte Neuengamme; Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V., 2007

Immobilien für ein Gemeindehaus und einen Bunker

aus: Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbegemeinschaft Salomon Bondy*, S. 74f

Aus dem Übersichtsplan der, dem Kaufvertrag zugunsten der Stadt Hamburg beigelegt wurde, geht auch hervor, dass eine Immobilie im Kleiberweg der Erbegemeinschaft Bondy beschlagnahmt wurde. Vermutlich handelt es sich um jene Immobilie, auf der nach 1945 die Emmaus Kirchengemeinde ihr Gemeindehaus errichten konnte. Auch der Bau des Bunkers zwischen der Eckhoffstraße (heute Jevensted-

ter Straße) und dem Lüttkamp erfolgte möglicherweise auf einer Immobilie der Erbegemeinschaft Bondy, ähnliches kann für Siedlungsbauten an der Luruper Hauptstraße und im Böverstland vermutet werden.

Es sind erschreckend viele, wie heute selbstverständlich zum Luruper Stadtbild gehörende Immobilien, die auf diesem Wege „arisiert“ worden sind.

Immobilien für die Kleingartenkolonie Kiebitzmoor

aus: Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbegemeinschaft Salomon Bondy*, S. 73

Auch im Kiebitzmoor lagen zahlreiche Parzellen, die von der Hansestadt Hamburg „aufgekauft“ wurden. 1951 mussten die Siedler der Kolonie Kiebitzmoor den Bebauungsplänen der Hansestadt weichen. [...] Die SAGA baute 1951 möglicherweise auf den von der Erben-

gemeinschaft Bondy enteigneten und der Hansestadt Hamburg übertragenen Parzellen [...] die Siedlungen des „Flüsseviertels“, die auf dem Reißbrett entworfenen neuen Straßen wurden bezeichnenderweise nach Flüssen ehemaliger deutscher Ostgebiete benannt.

Wiedergutmachung?

aus: Anke Schulz: *Luruper Immobilien der Erbegemeinschaft Salomon Bondy*, S. 80ff

Die Forderung nach Rückerstattung der geraubten Vermögen, der enteigneten Immobilien und die Erstattung von Schadensersatzansprüchen fand sich bereits 1940 in den Gesetzen der Alliierten. Das Bundesrückerstattungsgesetz von 1957 regelte die sogenannte „Wiedergutmachung“. [...] Der Bürovorsteher Theodor Schmädke, der die Familien Bondy und Zadik in Verhandlungen mit den nationalsozialistischen Behörden auf Anordnung des Gauwirtschaftsberaters seit 1937 vertreten hat-

te, stellte sofort im Auftrag der Erbegemeinschaft nach Kriegsende die ersten Anträge auf Wiedergutmachung. [...] Die Behörden versuchten auf die ersten Wiedergutmachungsanträge mit dem Argument zu reagieren, alle Akten seien verloren, somit sei nichts nachweisbar und damit könne auch keine Rückerstattung erfolgen. [...] Dieses Argumentationschema konnten die Behörden nicht ganz aufrechterhalten. Die weiteren Wiedergutmachungsverhandlungen führte unter anderem

der Rechtsanwalt Herbert Pardo, selbst Verfolgter des Naziregimes. Für die Immobilien in Lurup und Niendorf erfolgte 1949 ein Wiedergutmachungsbescheid an den Testamentsvollstrecker Manfred Zadik, dem gemäß „für die Entziehung des Guthabens“ in RM umgerechnet auf DM nach einem Verhältnis 10:1 ca. 5.291 DM Wiedergutmachung nach dem Beschluss des Landgerichts Hamburg, Wiedergutmachungskammer, zu bewilligen seien.¹ Das Amt für Wiedergutmachung hatte einen Verlust von ca. 43000 RM zugrunde gelegt, diese niedrige Summe kam zustande, weil dem Amt die erforderlichen Belege, darunter auch Kaufverträge, nicht verfügbar gewesen seien. Zahlreiche notwendige Unterlagen, darunter auch die Dokumente, die in diesem Buch zitiert worden sind, würden fehlen und seien verschollen, so hieß es 1959. Möglich, dass dabei Luruper Seilschaften aus der NS-Zeit mitwirkten. [...] Der heutige Immobilienwert der ca. 36 Hektar in Lurup und Niendorf beträgt 90.000.000 € bei einem ortsüblichen Preis von 250 € pro qm.

Die vielen privaten Nutznießer der Enteignungen blieben straffrei. In den Akten für Wie-

1 Staatsarchiv Hamburg, 3511-11 14401

dergutmachung findet sich kein Bescheid darüber, dass die Erben des „Ortsbauernführers“ Ausgleichszahlungen leisten mussten. Ihr Rechtsvertreter behauptete, der Ortsbauernführer habe nicht gewusst, dass es sich um jüdisches Eigentum gehandelt habe. Dass dies eine Falschbehauptung ist, lässt sich anhand der Akten eindeutig belegen. Aus allen Kaufverträgen nach 1939 geht hervor, dass „der eingetragene Grundeigentümer Jude im Sinne der Nürnberger Gesetze“ sei und der Käufer „arischer Abstammung“. [...]

„Die Generation, die sich keiner Schuld bewusst werden konnte, hat diese Haltung bewusst oder unbewusst an die Nachkommen weitergereicht. Auch in Lurup und Eidelstedt lähmte das aggressive Schweigen der Täterfamilien und ihrer Mitwisser Möglichkeiten individueller und kollektiver Schuldbewältigung und die Übernahme politischer Verantwortung.“

Nichts erinnert heute in Lurup und Eidelstedt an den Grundbesitzer Salomon Bondy, an den staatlich verordneten Antisemitismus, die Diskriminierung, Verfolgung und schließlich Flucht der Familien Bondy und Zadik.

Persönliche Worte

aus: Anke Schulz: Luruper Immobilien der Erbgemeinschaft Salomon Bondy, S. 85

Ich bin im Stadtteil Lurup aufgewachsen und wohne in einer Straße, in der viele Immobilien der Erbgemeinschaft Bondy „arisiert“ wurden. Die Namen der vielen kleinen Pächter, Restschuldner und Profiteure kenne ich zum großen Teil aus meiner Kindheit, als Autoritätspersonen, als Nachbarn und teilweise hochrangige Mitglieder Luruper Vereine und Verbände. Nicht zuletzt sehe ich mich aus juristischen Gründen gezwungen, die Klarnamen jeder unmittelbaren Tatbeteiligten, die kein öffentliches Amt bekleidet hatten, in der Befolgung des Datenschutzgesetzes in dieser Publikation nicht zu benennen. Ich hoffe, dass diejenigen, die von den Verbrechen profitiert haben,

über soviel Charakterstärke verfügen, dass sie die Verantwortung für diesen Teil der Regionalgeschichte übernehmen.

Der Bescheid des Wiedergutmachungsamtes von 1959 ist als rechtskräftiges Urteil nicht anfechtbar, die Fristen für eine Wiederaufnahme des Verfahrens sind längst abgelaufen. Das Urteil wurde in einer Zeit gefällt, in der die Verleugnung und Bagatellisierung der Verbrechen der NS Zeit von der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland befürwortet wurde. Wie aber heute damit umgehen? Weiterhin ignorieren oder sich entscheiden für faire Entschädigung, Gerechtigkeit und Menschlichkeit?

Stolpersteine in Lurup

Paul Heidebrecher * 31.3.1920 † 3.5.1945

Engelbrechtweg 37 (Altona, Lurup)

Paul Wilhelm Heinrich Heidebrecher; geb. am 31.3.1920 in Altona, gestorben vermutlich am 3.5.1945 beim Untergang der „Cap Arcona“

Paul Heidebrecher gehört zu den Opfern, deren Biographien aufgrund der vorgenommenen Strafsaktenvernichtungen nicht rekonstruierbar sind. Sie wurden sozusagen ein zweites Mal ausgelöscht. Lediglich zwei Gefangenenkarteikarten und eine Angabe des Internationalen Suchdienstes in Arolsen geben spärliche Hinweise auf sein Schicksal.

Paul Heidebrecher kam 1920 als Sohn des gleichnamigen Arbeiters und seiner Frau Margarethe, geb. Fehen, in Altona zur Welt. Er hatte eine drei Jahre ältere Schwester Helene. Vor seiner Verhaftung wohnte der 21-Jährige noch bei seinen Eltern in Hamburg-Lurup im Engelbrechtweg 37 und übte den Beruf des Werftarbeiters aus.

Paul Heidebrecher kam am 4. September 1941 wegen des Vorwurfs, „widernatürliche Unzucht“ getrieben zu haben, in die Untersuchungshaftanstalt Hamburg-Stadt. Als Tatgenosse wurde ein nicht weiter zu ermittelnder „Oestmann“ vermerkt. Zuvor war Paul Heidebrecher bereits einmal durch das seit dem 1. September für „Homo-Delikte“ zuständige 24. Hamburger Kriminalkommissariat inhaftiert und ins KZ Fuhlsbüttel eingewiesen worden. Nach einer Verurteilung am 28. Oktober 1941 vom Amtsgericht Hamburg wegen eines Vergehens nach § 175 StGB zu einer achtmonatigen Gefängnisstrafe kam er ins Strafgefängnis Fuhlsbüttel, Anfang 1942 wurde er dann in die Haftanstalt Hamburg-Harburg überführt. Zudem erhielt er wegen eines Diebstahls aus dem Jahr 1940 eine zweiwöchige Anschlussstrafe. Am 13. Mai 1942 entlassen, überstellte man ihn zunächst der Polizeibehörde „BK 1“. Am 18. Mai wurde Heidebrecher zur Wehrmacht eingezogen.

Möglicherweise kam es während seines Kriegeinsatzes zu einer weiteren Verurtei-

lung, jedenfalls wurde Paul Heidebrecher mit der Häftlingsnummer 67384 zwischen dem 29. November und 5. Dezember 1944 ins KZ Neuengamme eingeliefert. Sein weiteres Schicksal kennen wir nicht.

Seine Effekten werden noch heute beim Internationalen Suchdienst in Arolsen aufbewahrt, vom Amtsgericht Hamburg-Altona wurde er in einer Todeserklärung vom 26. Mai 1975 unter dem Aktenzeichen „309 b II 5/75 T“ auf „Ende 1945“ für tot erklärt. Es ist wahrscheinlich, dass er zu den ungefähr 6.400 Toten der auf die Schiffe „Cap Arcona“, „Thielbek“ und „Deutschland IV“ evakuierten Insassen des KZ Neuengamme gehörte.

Stand September 2015

© **Bernhard Rosenkranz** (†) / **Ulf Bollmann**

Quellen: StaH, 331-1 II Polizeibehörde II, Ablieferung 15, Band I; StaH 332-8 Meldewesen, A 50/1; StaH 242-1 II Gefängnisverwaltung II, Ablieferung 13; Auskunft der KZ-Gedenkstätte Neuengamme; Rosenkranz/Bollmann/Lorenz, Homosexuellen-Verfolgung in Hamburg, S. 217.

Wilhelm Hagen * 3.11.1899 † 3.1.1936

Luruper Hauptstraße 54 (Altona, Lurup)
*Wilhelm (Willi) Hagen, geb. am 3.11.1899,
inhaftiert ab 21.2.1935 im KZ Fuhlsbüttel,
dort ermordet am 3.1.1936*

Der Luruper Widerstandskämpfer Ernst Hadler bezeugte im Oktober 1945 in einem Schreiben an die Beratungsstelle für Wiedergutmachungsansprüche die Todesumstände Willi Hagens und legte ein Gedicht bei, das Willi Hagen im KZ Fuhlsbüttel 1935 geschrieben hatte:

*Auch du bist im Kola Fu gewesen
Dem Einen bei Tag, dem Andern bei Nacht
ist es gar grausam ergangen,
die Stapo hat in 's KZ uns gebracht,
sie hält uns in Ketten gefangen.
Hier ist es egal, ob jung oder alt,
Hier wird ein jeder misshandelt,
hier herrscht statt Vernunft nur brutale Gewalt
Rohheiten nur und Schikanen.
Noch können Sie 's machen,
noch halten wir still
im KZ – Lager Fuhlsbüttel.
Es starben für Freiheit, es starben für Recht
unsere besten Genossen!
Ihr habt sie erschlagen und loget ganz frech
sie sein auf der Flucht nur erschossen.
Schlaft wohl ihr Genossen in seliger Ruh,
Wir werden Euch niemals vergessen.
Doch einst kommt die Stunde, doch einst
kommt der Tag
dann werden wir uns rächen,
dann werden wir mit eiserner Kraft
unsere Ketten zerbrechen.
Dann weh' Euch Faschisten, Euch adlige Brut
Weh Euch, Ihr Schinder und Henker!*

Dieses und ähnliche Gedichte trug Willi Hagen im KZ Fuhlsbüttel während der Gemeinschaftshaft den Genossen vor, vielen blieben diese Abende in besonderer Erinnerung, es waren Momente der Widerstandskraft für die von Folter und Willkür gequälten Gefangenen. Mithäftling Tetje Lotz schrieb in seiner Biographie: „Willi Hagen aus Lurup, ein sehr sensibler Mensch, machte wunderbare Scherenschnitte und oft auch Gedichte, die auf den kleinen Abendfeiern vorgetragen wurden. Ei-

nige dieser Gedichte befassten sich mit dem Leben in Ko-La-Fu.“

Dieses Gedicht scheint das Schicksal Willi Hagens in wenigen Worten zusammenzufassen. Der Dichter selbst wurde kurz nach dem Verfassen dieser Zeilen „für Freiheit und Recht“ ermordet. Willi Hagen wurde in der KZ-Haft in Fuhlsbüttel vermutlich erschlagen. Er habe sich selbst erhängt, lautete die offizielle Version seines Todes. Wie hatte es dazu kommen können?

Wilhelm (Willi) Christian Hagen wurde am 3. November 1899 in Altona geboren. Er legte 1917 die Gesellenprüfung für das Schmiedehandwerk ab, arbeitete kurze Zeit als Huf- und Beschlagschmied. Während des Ersten Weltkrieges zum Militärdienst eingezogen, diente er vom 21. Juli 1917 bis zum 6. Juni 1919 als einfacher Soldat. Er heiratete 1928 Henny Timmermann aus Dockenhuden. Im selben Jahr bekam das junge Paar die erste Tochter, Ursula. Der Vater arbeitete seit dem Ende des Krieges bis 1928 als Schmied und Schlosser, verlor jedoch seine Anstellung, sodass er von 1929 bis 1931 als Straßenbahnschaffner bei der Hamburger Hochbahn AG sein Auskommen finden musste. Danach war er arbeitslos und konnte nur aushilfsweise an Sonn- und Feiertagen als Straßenbahnschaffner arbeiten. Wie viele erwerbslos gewordene Arbeiter aus den Innenstadtgebieten, aus Altona und St. Pauli zog Willi Hagen zusammen mit seiner Frau nach Lurup. Die beiden wohnten 1931 in der Luruper Hauptstraße 47, nach 1933 in der Luruper Hauptstraße 54 in einem Mietshaus. In dieser Wohnung gebar Henny 1933 die jüngste Tochter Annegret.

Willi Hagen, wie viele seiner Generation durch die Arbeitslosigkeit politisiert, schloss sich in Lurup einem Kreis politisch interessierter Arbeiter an, hatte vor allem Kontakt zu KPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern wie Heinrich Jäger und Paul Fischer, mit denen er bereits 1932 Flugblätter für die KPD in Lurup herstellte.

Willi und Henny Hagen wohnten gemeinsam mit ihren Töchtern in einem klassizistischen mehrstöckigen Gebäude, das nach der Jahrhundertwende gebaut worden war. Die meisten Freunde und Genossen der Familie

wohnten in den vielen Kleingarten- und Fischkistensiedlungen, die während der Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren in Lurup entstanden. Die zugezogenen verarmten Arbeiterfamilien aus Altona und St. Pauli fühlten sich der Arbeiterbewegung zugehörig. Lurup galt damals als ein linker, vor allem sozialdemokratisch und kommunistisch geprägter Vorort Altonas, scherzhaft auch als „Klein Moskau“ bezeichnet. Die Reichstagswahl 1933 ergab mit 40,6 Prozent für die SPD und 17,2 Prozent für die KPD entgegen dem Trend eine Mehrheit für die linken Parteien, die NSDAP erhielt 34,1 Prozent. Nach dem Verbot der KPD am 15. März und dem Verbot der SPD im Juni 1933 bildeten sich auch in Lurup Widerstandsgruppen; Willi Hagen unterstützte den KPD-Bezirk Wasserkante, gemeinsam mit Frieda und Walter Reimann, Paul Moritz Fischer, Hans und Gertrud Knöpfel und anderen.

Bereits vor 1933 kam es zu nationalsozialistischen Übergriffen auf die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Siedlergemeinschaften.

Familie Hagen wohnte in der Nähe der von NS-Schlägern gern besuchten Gaststätte Johannes Rüppkes in der Luruper Hauptstraße, dem Lindenpark. Die Luruper Nationalsozialisten, die mit Gewalt, aber auch mit Vergünstigungen für Überläufer und Spitzel das „rote Lurup“ unter Kontrolle zu bringen suchten, erhielten von Nachbarn und dem Polizeileutnant Karl Lange Kenntnis von Widerstandsaktivitäten der Luruper Kommunisten, Gewerkschafter und Sozialdemokraten. Unter den in den Jahren 1933 bis 1939 in Hamburg verhafteten ca. 8.500 KPD-Mitgliedern waren (so die Chronistinnen Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer) auch viele Luruper Kommunisten, die meisten von ihnen wurden in dem Zeitraum von 1933 bis 1935 verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ der faschistischen Justiz überführt. Am 21. Februar 1935 wurde auch Willi Hagen verhaftet. Ihm wurde im Rahmen der Strafsache gegen den Hafenarbeiter Johannes Heinrich Heldt, nach Darstellung der Anklageschrift der führende Altonaer KPD-Funktionär, „Hochverrat“ vorgeworfen, laut Anklageschrift sollte er für die KPD in Lurup als Kassierer gewirkt haben. Etwa 570 Männer und Frauen aus Hamburg und Altona wurden im Rahmen der Strafsache „Heldt und

Genossen“ angeklagt, die verbotene Organisation der KPD weitergeführt zu haben, Flugblätter und andere illegale Schriften verteilt, illegale Treffen organisiert und Widerstandsgruppen aufgebaut zu haben. Ihnen wurde vorgeworfen, „zur Vorbereitung des Hochverrats einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen und aufrecht zu erhalten“, und die „Beeinflussung der Massen“ durch Verbreitung von Flugblättern versucht zu haben. Dem Gericht hatten Flugblätter vorgelegen mit der Schlagzeile „Faschistische Mordbrenner stecken den Reichstag in Brand“. In der Anklageschrift beschrieb die Staatsanwaltschaft detailliert die konspirativen Treffen der KPD-Funktionäre, ein Wissen, das nur durch Spitzel gewonnen worden sein konnte. Sie resümierte:

„In dem Verfahren gegen Heldt und andere gelang es, eine umfangreiche neu aufgebaute Organisation der illegalen KPD aufzudecken. Das Verfahren gegen Heldt u. A. wird sich gegen etwa 570 Personen richten, die an dem Wiederaufbau der verbotenen KPD im Bezirk Groß-Hamburg beteiligt waren.“ Die Beschuldigten seien „zum Teil in hervorragendem Maße an dem Wiederaufbau der illegalen KPD beteiligt“ gewesen. Zu den Angeklagten gehörten zahlreiche Mitglieder aus Widerstandsgruppen in Lurup, Eidelstedt, Niendorf und Osdorf, darunter die Luruper Hans und Gertrud Knöpfel, Ferdinand Lorenz, Walter Reimann und Paul Moritz Fischer. Willi Hagen habe die „Hamburger Volkszeitung“ verteilt und die Parteigelder der KPD eingesammelt und verwaltet. Laut Anklageschrift gegen den Luruper Hans Knöpfel hatte Willi Hagen auch für die Unterstützung von Angehörigen der Inhaftierten Spenden gesammelt, also für die Rote Hilfe geworben. In der Anklage gegen Hagen, die erst nach seinem Tod erhoben wurde, am 26. März 1936, hieß es: „Hagen hatte Beiträge kassiert, selbst Beiträge bezahlt, ferner von Nied im März 34 illegale Zeitungen bekommen und in der Zeit von September bis Dezember 1934 von Jäger. Die Zeitungen hatte er teilweise weiter verkauft.“

Die Haftbedingungen im KZ Fuhlsbüttel waren außerordentlich grausam, geprägt von Folter, nicht selten auch von Hunger und der oft sadistischen Willkür des Gefängnispersonals. Einen Eindruck der Haftbedingungen und des Gesundheitszustandes Willi Hagens gibt

eine Zeugenaussage des in der gleichen Strafsache im KZ Fuhlsbüttel inhaftierten Lurupers Ernst Hadler für den Wiedergutmachungsantrags Henny Hagens: „Wilhelm Hagen ist mir durch seine Tätigkeit für die KPD vor und nach der Machtübernahme gut bekannt gewesen. Er wurde am 21. September 1935 durch die Gestapo verhaftet und in das damalige KZ Fuhlsbüttel gebracht. Ich selbst wurde am 25. September 1935 auf meiner Arbeitsstelle ebenfalls durch die Gestapo verhaftet und nach Fuhlsbüttel gebracht. Nachdem ich einige Wochen in Einzelhaft und in Eisen gelegen hatte, kam ich im Oktober in Gemeinschaftshaft in den A Flügel im II. Stock, im Saal 6 traf ich Wilhelm Hagen wieder. Obwohl er schon 8 Monate in Haft war, wovon er auch einige Wochen in Einzelhaft und in Eisen gelegen hatte, waren sein Geist und seine Zuversicht in unsere einstige Freiheit ungebrochen. Zwar war er schwer asthmaleidend und hatte des Nachts häufig Atmungsbeschwerden, sodass ihn jeder menschlich denkende Arzt hätte haftunfähig schreiben müssen. Aber Wilhelm Hagen war ein klassenbewusster Arbeiter, der auch den Luruper Genossen durch seine Gedichte und kleinen Rezitationen kein Unbekannter war. Auch in der Schutzhaft hat er sich in diesem Sinne betätigt. Diese seine Tätigkeit muss durch Verrat der Gestapo und auch den Wachmannschaften bekannt geworden sein und darum hatte er auch häufiger unter den Schikanen des wachhabenden SS Mannes zu leiden. Zwei Tage vor Weihnachten wurde Hagen wieder einmal zum Verhör vorgeführt und kam dann abends schwer misshandelt zurück. Da mir nichts Gutes ahnte, hatte ich schon am Tage seine Briefschaften durchgesehen und alle ihn irgendwie belastenden Schriftstücke vernichtet. Er musste im Beisein des SS Mannes seine Sachen packen und wurde wieder in Einzelhaft und in Eisen gelegt. Dieses Tag und Nacht in Eisen liegen war schon für einen gesunden Menschen eine Quälerei, für den unter Atmungsbeschwerden leidenden Wilhelm Hagen war es eine unerträgliche Grausamkeit. In den nächsten Tagen gelang es mir während des Flurdienstes mit Wilhelm Hagen durch die Zellentür zu sprechen. Er sagte mir, dass ein Spitzel oder ein Verräter bei uns auf dem Saal sein müsste, da die Gestapo über alle Vorgänge unterrichtet sei. Ich sagte ihm, er solle den

Kopf hochhalten, Frau und Kinder, an denen er mit großer Liebe hing, nicht vergessen, denn alles sei vergänglich, selbst lebenslänglich. Zwei Tage vor seinem Ende habe ich meinen Kameraden Hagen noch einmal gesehen, wieder beim Flurdienst. Die Einzelhäftlinge wurden rasiert und die Zellentüren waren geöffnet. Der SS Mann ging währenddessen auf dem Flur auf und ab. Hagen muss während der Zeit seiner Einzelhaft wieder schwer misshandelt worden sein, denn er machte einen völlig gebrochenen Eindruck. Am Morgen des 3. Januar 1936 wurde der ganze Flurdienst von mehreren SS in den Saal zurück gejagt. Etwas später kam dann der Kalfaktor an unsere Saaltür und flüsterte uns durch die Saaltür zu, dass unser Kamerad Hagen erhängt in der Zelle aufgefunden worden sei. Während der ganzen Haftzeit, die ich ja zum größten Teil mit ihm zusammen auf dem Saal verbracht hatte, ist ihm niemals der Gedanke an Selbstmord gekommen, denn er hat genau wie wir alle auf den Tag unserer Befreiung gewartet. Hiervon zeugt auch das beigefügte, von Wilhelm Hagen in Fuhlsbüttel während der gemeinsamen Haft verfasste Gedicht.“

Diesen Eindruck stützten auch andere Mitgefangene aus Lurup. Ferdinand Lorenz war gemeinsam mit Willi Hagen verhaftet worden: „Am 21. Februar 1935 wurde ich in der Nacht zusammen mit anderen mit Wilhelm Hagen verhaftet. Wir wurden zum Stadthaus und abends nach Fuhlsbüttel gebracht. Hier wurden wir isoliert und in Eisen gelegt. Schon nach einigen Tagen musste Wilhelm Hagen ins Lazarett überführt werden, da er asthmaleidend war. Nach ca. 6 Wochen kamen wir auch wieder getrennt auf Säle. Eben vor Weihnachten kam Wilhelm Hagen wieder in Eisen und in Einzelhaft. Am 3. Januar gegen Mittag erfuhr ich, im Saal, auf welchem ich lag, dass Wilhelm Hagen tot sei. Ich war über diese Nachricht sehr erschüttert und verwundert, denn Wilhelm Hagen, der nun fast ein volles Jahr mit mir im KZ Fuhlsbüttel war, sollte sich nach Mitteilung des Kalfaktors erhängt haben. Mein erster Gedanke war gleich und auch jetzt bin ich der Überzeugung, dass sich ein Mann wie Hagen niemals selbst das Leben nehmen konnte.“

Auch Walter Reimann, der von 1935 bis 1937 im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert gewesen

war, berichtete in der Broschüre „Aus der Geschichte Lurups während der Nazi Zeit“ von seiner Begegnung mit Willi Hagen: „Als ich im September 1935 ins KZ Fuhlsbüttel nach den großen Verhaftungen in Hamburg eingeliefert worden war, traf ich dort mit Willi Hagen zusammen, der schon seit etwa einem Jahr politisch inhaftiert war. Bei einem Verhör der Gestapo am 14.12.1935 war ich für kurze Zeit mit Willi Hagen in einem Raum. Willi Hagen sagte mir, dass er ein Gedicht gegen Hitler verfasst habe und deswegen heute zum Verhör sei. [...] Nach etwa vierzehn Tagen ging es wie ein Lauffeuer durch den ganzen Bau, Willi Hagen sei ermordet worden.“ Nahezu alle Zellengenossen von Willi Hagen, die nach 1945 darüber vor der Wiedergutmachungsbehörde als Zeugen aussagten, bezweifelten die offizielle Todesversion.

Neben Willi Hagen wurden in den Voruntersuchungen zur Strafsache „Heldt u. A.“ die Kommunisten Paul Bach, Georg Neth, Richard Rosin, Callsen und Podolsky im KZ Fuhlsbüttel ermordet. Auch den Mord an Richard Rosin tarnten die Behörden als „Selbstmord“.

Über die Menschenrechtsverletzungen im KZ Fuhlsbüttel informierten bis 1940 dänische und niederländische Zeitungen wie das „Dagbladet Politiken“ und Exilzeitungen wie die „Norddeutsche Tribüne“, die in Kopenhagen gedruckt wurde. In der „Basler Arbeiterzeitung“ erschien am 19. Februar 1936 unter dem Titel „Die Hakenkreuzherrschaft“ ein Artikel über die Morde der Gestapo in Hamburg, in dem über Willi Hagen berichtet wurde: „Die Hamburger Gestapo mordet weiter! [...] Im KZ Fuhlsbüttel verstarb an den Folgen unaufhörlicher Misshandlungen der Arbeiter Hagen.“ Internationale Proteste erreichten auch die Hamburger Diplomaten.

Die Geheime Staatspolizei Hamburg erhielt vom Politischen Polizeikommandeur Müller einen Auszug dieses Artikels mit dem „Ersuchen um eingehenden Bericht über den Sachverhalt und die Todesursache“. Im Bericht der geheimen Staatspolizei hieß es:

“Der am 3.1.1936 infolge Selbstmord durch Erhängen im KZ Lager Hamburg Fuhlsbüttel verstorbene Schlossergeselle Wilhelm Johann Christian Hagen, zul. wohnhaft in Lurup, Hauptstraße 54 ptr., war am 21.2.35 wegen

Vorbereitung zum Hochverrat in der Strafsache gegen Hans Heldt und Andere mit weiteren ca 580 Personen festgenommen worden. Nach eigenen Angaben war er in der Zeit von Juli/August 1934 bis einschl. 1935 Kassierer der illegalen Parteiorganisation der KPD der Ortsgruppe Lurup und hat für diese Zeit laufend 5 Personen mit monatlich 80 Rpfg. Beitrag kassiert und jeweils vorhandene illegale Literatur der KPD an diese 5 Personen gegen entsprechendes Entgelt verbreitet. Am 19.12.35 wurde der Geheimen Staatspolizei bekannt, dass Hagen sein kommunistisches Benehmen und Treiben auch in der Gemeinschaft im KZ Lager insoweit fortsetzte, als er und andere Mitgefangene die dortigen Insassen laufend im Kommunistischen Sinne instruierte und zur Entlassung kommende Schutzgefangene dahin aufklärte, dass ihr letzter Blutstropfen nach wie vor der Kommunistischen Partei gehöre. Es wurden Abschiedsfeiern abgehalten, wobei kommunistische Lieder mit gedämpfter Stimme gesungen und ernsthafte Verpflichtungen ausgegeben wurden. Deshalb wurde Hagen am 20.12.35 erneut zum Staatshaus geholt und gehört.“ Hagen habe im Verhör nicht nur alles zugegeben, sondern auch „Selbstmordabsichten“ geäußert, da er sich von seinen Genossen verraten gefühlt haben soll. Die Einzelhaft sei somit eine Schutzmaßnahme gewesen. „Am 3.1.36 um 9 Uhr teilte der Lagerkommandant des KZ Lagers telefonisch hier mit, dass Hagen um 6 Uhr morgens durch den Wachbeamten in seiner Zelle erhängt aufgefunden worden ist. [...] Die am Montag dem 6.1.36 13 1/2 Uhr im Hafenkrankenhaus durch das staatliche Gesundheitsamt und die Sachverständigen, Physikus Dr. Staelin und Physikus Dr. Koopmann durchgeführte Leichenöffnung [...] hat ergeben, dass der Tod durch Erhängen eingetreten ist.“

Willi Hagens Frau Henny beschrieb die Ereignisse für ihren Antrag auf Witwenrente im September 1945: „Am 3. Januar 1936 erschien bei mir gegen 10 Uhr vormittags Wachtmeister Lange vom Polizeirevier Lurup. Er machte mir die Mitteilung, dass mein Mann heute im KZ verstorben und ich noch für den gleichen Tag zur Gestapo bestellt sei. Von der Gestapo wurde ich davon in Kenntnis gesetzt, dass mein Mann sich erhängt habe und ich in einigen Tagen die Urne mit seiner Asche von einem mir

von der Gestapo aufzugebenden Beerdigungsunternehmen zur Beisetzung abholen lassen könnte. Die Leiche könne laut Gesetz nicht zur Erdbestattung freigegeben werden. Am 12. Januar erfolgte dann die Beisetzung auf dem Zentralfriedhof in Altona. Ich bin der Auffassung, dass aus der vorstehenden Schilderung einwandfrei hervorgeht, dass mein Mann eines gewaltsamen Todes gestorben ist, da für ihn keinerlei Veranlassung vorlag, aus dem Leben zu scheiden. Ich habe zwei Kinder und bin selbst durch ein Herzleiden an der Ausübung eines Berufes verhindert.“

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes konnte Henny Hagen eine beglaubigte Todesurkunde von 1936 aushändigen, aus der hervorgeht, dass er „zu Hamburg, Suhrenkamp 98“ am „dritten Januar 1936 vormittags um 6 Uhr tot in seiner Zelle aufgefunden worden sei.“ Mit diesen Dokumenten erhielten die Hinterbliebenen Willi Hagens 14 Jahre nach der Antragstellung 1959 eine Haftentschädigung von 1.500 DM.

Auf die Initiative einer Luruper Bürgerinitiative hin errichtete die Kulturbehörde Altona in den 1970er Jahren einen Gedenkstein für Willi Hagen. Der Gedenkstein an der Luruper Hauptstraße 51 nahe einem Spielplatz am Fußgängerdurchgang zum Kempelbarg liegt direkt gegenüber dem letzten Wohnort Willi Hagens an der Luruper Hauptstraße 54 und steht unter Denkmalschutz.

Stand September 2015

© Anke Schulz

Quellen: StaH 351-II Amt für Wiedergutmachung, 21992 (Hagen, Henny) und 15640 (Görtz, Rosa); StaH 241-I I Justizverwaltung I, 2911 (Abrechnungslisten über Schutzhaftkosten des KZ Fuhlsbüttel); Bundesarchiv Berlin R 3018 Nationalsozialistische Justiz/12152 Strafsache Heldt und Andere; Bundesarchiv Berlin, R 58 Reichssicherungshauptamt 3157, Bl. 62–63; Bundesarchiv Berlin, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) BY5/V 279/1 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Sekretariat der britischen Besatzungszone; VVN-BdA Hamburg, Archiv, Todesurkunde Willi Hagen; Dokumente des Widerstandes, eine Artikelserie aus der Hamburger Volkszeitung Juli bis Oktober 1947; Drobisch/Wieland, Das System der NS-Konzentrationslager, S. 232; Emmaus Kirchengemeinde Hamburg Lurup (Hrsg.), Aus der Geschichte Lurups; Fachbereich visuelle Kommunikation der Hochschule für bildende Künste Hamburg, Zur Geschichte des Antifaschistischen Widerstandes; Hochmuth, Meyer, Streiflichter, S. 157 und 167; Lotz, Mit Willi Rumstich, S. 35; Lotz, Einschnitte, S. 95 f.; Omland, Auf Deine Stimme kommt es an; Schulz, Fischkistendorf Lurup; Hochmuth (Hrsg.), Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel, S. 64.

Klara Sierau *11.12.1899 † 29.7.1944

Am Barls 260 (Altona, Lurup)

Klara Sierau, geb. Jentzen, geb. 11.12.1899, eingewiesen 1942 in die Heilanstalt Langenhorn, „verlegt“ am 23.6.1944 nach Rickling, dort zu Tode gekommen am 29.7.1944

Klara Olga Agnes wurde als Kind des Dienstmädchens Johanna Sophie Friedrike Jentzen am 11. Dezember 1899 in Bützow geboren. Der Vater blieb unbekannt. Klara wurde am 26. Dezember 1899 in Bützow getauft. Ihre Mutter starb am 2. Februar 1900 in Baumgarten. Da war Klara gerade mal 7 Wochen alt.

Sie kam in die Obhut des Arbeiterhepaares Marie und Fritz Bruhn. Doch auch Klaras Pflegemutter Marie starb am 30. Januar 1904 in Bützow. Ob der Witwer Fritz Bruhn und die Vollwaise Klara Jentzen weiter in Bützow lebten, wissen wir nicht. Zumindest in den Volkszählungsunterlagen von Mecklenburg wurden sie nicht mehr erwähnt. Klara gab später in der Pflege- und Heilanstalt Langenhorn an, in etwa 10 verschiedenen Pflegestellen untergebracht gewesen zu sein, die uns ebenfalls nicht bekannt sind.

Erstmals tauchte Klara in amtlichen Unterlagen mit der Einweisung ins Landarmenhaus von Güstrow 1913 und 1914 wieder auf. Ihre Konfirmation erfolgte dort 1915. Wir wissen jedoch nicht, wie lange sie dort verblieb. Sicher ist nur, dass sie das Landarmenhaus vor 1919 wieder verlassen hat und fortan für ihren Lebensunterhalt selber sorgte.

Ab 19. Januar 1920 wohnte sie dann in Kiel in der Ohlendorffallee 8 bei Möller, wo sie offensichtlich als Hausmädchen arbeitete. Ab 4. Februar 1921 lebte sie dann bei Familie Sierau in der Steinstraße 76 in Altona. Sie hatte Ernst Theodor Heinrich Sierau kennen und lieben gelernt und war dann zu ihm in seine Wohnung gezogen.

Am 24. Januar 1922 heiratete sie in Altona den „Revolverdreher“ Ernst Theodor Heinrich Sierau. Revolverdreher, eine Berufsbezeichnung für ausgebildete Metallarbeiter, die nichts mit einer Schusswaffe zu tun hatte, verrichteten ihre Arbeit an Drehmaschinen und stellten Werkstücke aus Stahl, Nichteisenmetallen oder Kunststoff her. Ernst Theodor

Heinrich Sierau war am 12. April 1896 in Altona in der Steinstraße 76 geboren worden. Seine Eltern hießen Friedrich Heinrich Sierau und Catharina Bertha Maria, geb. Kasch.

Das junge Ehepaar Sierau wohnte anfangs in der Steinstraße 76 und dann Nr. 56, bevor es in die Langenfelder Straße zog. Am 11. Juli 1923 machte Klara zur Erhaltung ihrer Gesundheit in dem Luftkurort Villingen eine Kur.

1924 bis 1929 wohnte das Ehepaar in der Königsstraße 19. 1930 wechselte es in die Rolandstraße 36 in den 3. Stock. (Wohl rein zufällig wohnte genau unter ihnen die Witwe Catharine Margarethe Jentzen. Ein verwandtschaftliches Verhältnis mit Klara Sierau, geb. Jentzen war jedoch nicht festzustellen.)

Überraschend starb Ernst Sierau am 4. März 1930 in seiner Wohnung. Er wurde von der Polizei tot aufgefunden. In der Todesanzeige war die Rede von einem plötzlichen Unfalltod. Nähere Umstände kennen wir jedoch nicht.

Klara blieb noch bis 1932 in der Wohnung. Sie erhielt durch ihren verstorbenen Mann eine gute Rente. Es folgte ein Umzug in die Gärtnerstraße 93 und dann in eine weitere Wohnung Am Barls 260, die sie bis zu ihrer Einlieferung in eine Nervenklinik in Hamburg am 20. April 1942 bewohnte. Dort lebten auch ihr jetziger Freund und Lebenspartner Werner Bruno Albert Klitz, geb. 24. Mai 1906 in Putbus (Rügen), seine Schwester und deren Ehemann.

Klara arbeitete auf einem Militärübungsplatz in Blankenese in der Manteuffelstraße als Putzfrau, bis sie in die Pflege- und Heilanstalt Langenhorn eingewiesen wurde. In der Klinik wurde Klara am 5. April 1942 mit dem „Impfstoff“ Malaria behandelt. Die so genannte Malariatherapie war früher bei Patienten angewendet worden, um Paralyse zu heilen, was aber zu dieser Zeit als überholt gegolten hatte (in den Konzentrationslagern experimentierten nationalsozialistische Ärzte ebenfalls mit den Erregern, um Malaria-Gegenmittel herzustellen). Wir wissen nicht, warum die Ärzte Klara Sierau damit „behandelten“. Jedenfalls wurde in den folgenden Wochen ihr Zustand genau dokumentiert. Am 8. April 1942 wurde sie an einen uns unbekannten Ort „verlegt“. Auch

wann sie nach Langenhorn zurückkam, ist uns nicht bekannt. Entlassen wurde sie aus der Pflege- und Heilanstalt Langenhorn am 27. Juni 1942.

Knapp zwei Jahre später, am 9. März 1944, wurde sie wegen eines Unfalls in das Krankenhaus Altona eingeliefert, sie war gegen eine Straßenbahn gelaufen. Die Diagnose lautete „Schädel-Hirn-Trauma“. Eine Fraktur des Schädels auf dem Röntgenbild war nicht eindeutig festzustellen, aber nicht auszuschließen. Die Ärzte vermuteten eine Fraktur an der Hypophyse auf dem Türkensattel, eine Vertiefung an der Schädelbasis.

Es folgte eine erneute Aufnahme in der Pflege- und Heilanstalt Langenhorn am 29. März 1944. Von dort wurde sie am 29. Juni 1944 in die „Pflege- und Heilanstalt“ nach Ricklingen in Holstein verlegt, wo sich ihr Zustand in den nächsten Tagen rapide verschlechterte. Ihre Sprache wurde unverständlich und ihr körperliches und seelisches Befinden schwankte stark. Es wechselte von sehr unruhigem zu apathischem Verhalten. Der Puls und die Atmung setzten zwischenzeitlich immer wieder aus. Schließlich starb Klara Sierau am 29. Juli 1944 um 17.30 Uhr in Ricklingen. In den Todespapieren stand „Paralytischer Anfall“.

Ihre sterblichen Überreste wurden zum Hauptfriedhof Altona überführt, wo ihr Sarg am 12. August 1944 morgens um 10.00 in einem Reihengrab beigesetzt wurde.

Stand: Dezember 2018

© Bärbel Klein

Quellen:

352-8/7 Ablieferung 1995/1 Nr. 33140; 332-5 1180/1896; 332-5 58/1922; 332-5 357/1930; 741-4 K 4461; 741-4 K 2483; 741-4 K 2485; 741-4 K 4913; 741-4 K 7313; 741-4 K 4554; Akte Heil- und Pflegeanstalt Rickling; Ancestry Konfirmation Einsicht am 15.11.2018; Landarmenhaus Güstrow; Volkszählung Bützow; Hauptfriedhof Altona Unterlagen Sierau und Lau.

Hans Sassin * 1902 † 9.7.1941

Wilsdorfallee 4 (Altona, Lurup)

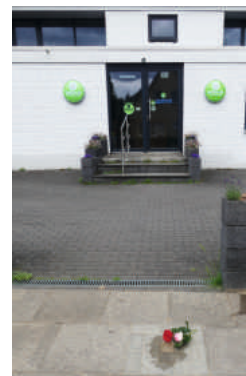
Wilsdorfallee 4, Lurup (Altona)

*Hans Sassin, Geb. 1902, eingewiesen 1941
Heilanstalt Neustadt, „verlegt“ am 9.7.1941
nach Bernburg, ermordet am 9.7.1941 im
Rahmen der „Aktion T4“*

Eine Biografie für Hans Sassin gibt es bis
jetzt nicht.



Hans Sassin, 1937
© Bundesarchiv Berlin



*Der Stolperstein für
Hans Sassin vor
der Einfahrt zum
Haus Nr. 4 in der
Wilsdorfallee.
Das alte Wohnhaus
steht nicht mehr. Im
Neubau befindet
sich heute das
Geschäft eines
Optikers.*

Fotos: Sabine Tengeler

Helene Grell * 28.8.1911 † 26.8.1941

Luruper Hauptstraße 20 (Altona, Lurup)

Voraussichtliche Verlegung des Stolpersteins
Ende 2025/2026)

Helene Grell geb. 28.8.1911 in Groß Flottbek (heute Hamburg), aufgenommen aus Landesheilanstalt Neustadt in den Alsterdorfer Anstalten (heute Evangelische Stiftung Alsterdorf) am 12.10.1926, verlegt in die Landesheilanstalt Neustadt am 14.1.1930, erneut aufgenommen in den Alsterdorfer Anstalten 6.2.1939, weiterverlegt in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn am 18.12.1939, verlegt in die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg am 30.3.41, zurückverlegt nach Langenhorn am 18.7.1941, am 29.7.1941 verlegt in die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Königsutter bei Braunschweig, dort gestorben am 26.8.1941

Helene Olga Gesa Grell (Rufname Helene) kam am 28. August 1911 in Groß Flottbek zur Welt. Sie war das vierte von fünf Kindern des Arbeiters Christian Theodor Eduard Grell, geboren am 16. Januar 1877 in Ottensen, und seiner zur Zeit der Heirat als Dienstmädchen tätigen Ehefrau Gesa Wilhelmine Auguste, geb. Sohrt, geboren am 17. Juni 1879 in Bahrenfeld. Das Paar hatte am 14. Januar 1905 in Altona geheiratet und ließ sich bald danach in der Schenefelder Chaussee 20 (heute Luruper Hauptstraße) in Lurup nieder. In der Heiratsurkunde lautete Theodor Grells Berufsbezeichnung

Arbeiter. Die Adressbücher verzeichneten ihn als Kutscher. (Bahrenfeld, Groß Flottbek, Lu-

rup und Ottensen waren damals Orte bzw. Ortsteile der damals preußischen Stadt Altona. Sie sind heute wie Altona Teile von Hamburg.)

Als erstes Kind der Ehepaars Grell wurde Anna Margareta Luise Grell am 16.6.1906 in Altona geboren. Ihr folgten am 7. November 1908 die Zwillingenbrüder Paul Christian Heinrich und Theodor Willy Ferdinand. Paul Christian Heinrich starb nach vier Tagen am 12. November 1908, Theodor Willy Ferdinand am 23. Dezember 1923 im Alter von nur fünfzehn Jahren im Städtischen Krankenhaus Altona. Er war laut Sterberegistereintrag bereits als Arbeiter tätig gewesen. Auf die 1911 geborene Helene folgte 1913 Gertrud Grell, deren genaues Geburtsdatum wir nicht kennen. Auch das Schicksal der anderen Geschwister von Helene Grell kennen wir nicht.

Über Kindheit und frühe Jugend von Helene Grell ist uns nichts bekannt. Ihre langjährigen schon vor 1921 begonnenen Anstaltsaufenthal-

te wurden mit der Diagnose „Enzephalitis als Folgezustand von Parkinsonismus“ begründet. Enzephalitis (Gehirnentzündung) war Anfang des 20. Jahrhunderts eine weit verbreitete Krankheit, die bei vielen mit einem Parkinson-Syndrom verbunden war.

Helene Grell lebte vom 12. Oktober 1921 bis 9. Februar 1926 in den damaligen Alsterdorfer Anstalten (heute Evangelische Stiftung Alsterdorf). Sie soll vorher Patientin in der damaligen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt gewesen sein.

Ab 14. Januar 1930 musste sie sich wieder in der Anstalt in Neustadt, nun bis 6. Februar



Helene Grell, Foto Quelle: Staatsarchiv Hamburg

1939, und anschließend wieder in den damaligen Alsterdorfer Anstalten aufhalten. Von dort wurde sie am 18. Dezember 1939 in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn, am 20. März 1941 in die Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Lüneburg, am 18. Juli 1941 zurück nach Langenhorn verlegt und schließlich am 29. Juli 1941 mit einem Sammeltransport von 30 Frauen in die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Königslutter bei Braunschweig abtransportiert.

Offen ist auch, wo sie in der Zeit von 1926 bis Anfang 1930 gewesen ist.

Ende 1940 füllte die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn den "Meldebogen I" aus, mit dem die Anstalten während der ersten Euthanasiephase von 1939 bis August 1941 wichtige Daten der Insassinnen und Insassen an die Euthanasiezentrale in Berlin, Tiergartenstraße 4, melden mussten. Die Angaben auf diesen individuellen Meldebögen bildeten die Entscheidungsgrundlage dafür, ob Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen in einer der sechs Gasmordanstalten getötet werden sollten.

Zu Helene Grells Diagnose wurde in der Patientenakte festgehalten, es sei nicht bekannt, wann die Krankheit begonnen habe. Sie zeige als Krankheitssymptome Rigidität, Speichelfluss und Demenz, sei bettlägerig und könne nicht beschäftigt werden.

Ihre Mutter und ihre Schwester Margarethe besuchten sie regelmäßig. Trotz des sonst gelegentlich als Selektionshindernis wirkenden Hinweises auf Verwandtenbesuche wurde Helene Grell am 29. Juli 1941 in die Heil- und Pflegeanstalt Königslutter abtransportiert.

Diese Anstalt bildete eine der Zwischenanstalten für die Landesheil- und Pflegeanstalt Bernburg, eine der sechs Tötungsanstalten, in der Menschen mit Behinderungen oder geistigen Erkrankungen mit Gas ermordet wurden. Auch die am 29. Juli 1941 aus Langenhorn nach Königslutter abtransportierten Frauen sollten nach Bernburg gebracht werden.

Nach wachsendem Unmut in der Bevölkerung, insbesondere aber infolge des öffentlichen Protestes des Bischofs Clemens August Graf von Gahlen und anderer kirchlicher Würdenträger stoppte Adolf Hitler das Gasmordprogramm am 24. August 1941. Die Kranken-

morde wurden jedoch fortgesetzt, nun von Ärzten und Pflegepersonal in den bisherigen Zwischenanstalten selbst durch überdosierte Medikamente, systematischen Nahrungsentzug und pflegerische Vernachlässigung.

Durch das Ende der Gasmorde kam es nicht mehr zur Weiterleitung der Langenhorner Frauen nach Bernburg. Da aber die Hamburger Gesundheitsverwaltung, die Verlegung als endgültig ansah, kam für sie ein Rücktransport der 30 Frauen nicht in Betracht. Die Patientinnen blieben in Königslutter.

Von Ihnen starben fast die Hälfte innerhalb der ersten sechs Monate und 29 innerhalb von drei Jahren. Helene Grell starb am 26. August 1941 im Alter von 30 Jahren.

Als Todesursache ist auf allen 28 Sterbescheinigungen „Schizophrenie“ angegeben. Nur eine der Frauen überlebte das Kriegsende.

Ingo Wille

Quellen:

Adressbuch Hamburg diverse Jahrgänge, StaH 332-5 Standesämter

6117 Geburtsregister Nr. 66/1879

(Gesa Wilhelmine Auguste Sohrt),

6150 Geburtsregister Nr. 35/1877

(Christian Theodor Eduard Grell),

14786 Geburtsregister Nr. 582/1906

(Anna Margareta Luise Grell),

113601 Geburtsregister Nr. 108/1908

(Paul Christian Heinrich Grell),

113601 Geburtsregister Nr. 109/1908

(Theodor Willy Ferdinand Grell)

5793 Heiratsregister Nr. 9/1905 (Christian Theodor Eduard Grell/ Gesa Wilhelmine Auguste Sohrt),

4817 Sterberegister Nr. 41/1908

(Paul Christian Heinrich Grell),

5353 Sterberegister Nr. 1861/1923

(Theodor Willy Ferdinand Grell),

352-8/7 Abl. 1/1995 Staatskrankenhaus Langenhorn 26674 (Helene Grell),

Susanne Weimann, Die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Königslutter und der Krankenmord, Braunschweig 2020, S. 56f.

Peter von Rönn u.a., Wege in den Tod, Hamburgs Anstalt Langenhorn und die Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 147 ff.

Michael Wunder, Ingrid Genkel, Harald Jenner, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr – Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus, Stuttgart 2016.

Elly Seemann * 12.3.1902 † 21.2.1945

Kempelbarg 16 (Altona, Lurup)

Voraussichtliche Verlegung des Stolpersteins
Ende 2025/2026)

Elly Seemann, geb. 12.3.1902, in Altona, aufgenommen in den Alsterdorfer Anstalten (heute Evangelische Stiftung Alsterdorf) am 21.5.1924, abtransportiert nach Wien in „Wagner von Jauregg-Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien“ (auch bekannt als Anstalt „Am Steinhof“) am 16.8.1943, dort gestorben am 21.2.1945

Elly Emma Elisabeth Seemann (Rufname Elly) wurde am 12. März 1902 in der Wohnung ihrer Mutter in der Georgstraße 43 p (heute Mumsenstraße) in der damals preußischen Stadt Altona (heute Hamburg) geboren. Sie erhielt zunächst den Nachnamen Grünhagen, denn ihre Mutter, Friederike Grünhagen, und ihr Vater Hans Georg Heinrich Seemann waren zum Zeitpunkt der Geburt des Mädchens noch nicht verheiratet. Auch Ellys älterer Bruder Heinrich Fritz, geboren am 25. Januar 1901, wurde vorehelich geboren.



Elly Seemann

Foto Quelle Evangelische Stiftung Alsterdorf Archiv

Ellys Mutter, Friederike Grünhagen, war am 22. September 1879 in Plau im heutigen Mecklenburg-Vorpommern zur Welt gekommen. Die Schneiderin verließ ihre Heimat schon als sehr junge Frau. Ihren ältesten Sohn Heinrich Fritz gebär sie im Alter von 21 Jahren in der Parallelstraße 47 in Altona. Hans Georg Heinrich Seemann wurde am 21. Dezember 1876 in Altona geboren. Er übte den Beruf des

Schlachters aus, später war er als Arbeiter im Gaswerk in Bahrenfeld tätig.

Nach der Eheschließung am 4. September 1902 erkannte Heinrich Seemann die Vaterschaft für beide Kinder am 24. September an, so dass sie fortan als ehelich geboren galten.

Elly Seemann war das zweite von neun Kindern, von denen wir nur drei weitere mit Namen kennen: Georg Hans, geboren am 12. Dezember 1904, Magdalene Elisabeth Seemann,

geboren am 14. Mai 1908, und Karl-Heinz, geboren 1915.

Die Familie wohnte in der Helenenstraße 16 in Lurup, einer pinnebergischen Landgemeinde, die 1927 nach Altona eingemeindet wurde. Die Helenenstraße erhielt 1929 die Bezeichnung Kempelbarg.

Elly Seemann soll mit eineinhalb Jahren Sprechen und mit zwei Jahren Laufen gelernt haben. Ab dem vierten Lebensjahr bemerkte man starke geistige Einschränkungen. Elly erkrankte im Kindesalter an Rachitis, Keuchhusten und Lungenentzündung.

Sie besuchte die Volksschule in der Luruper Hauptstraße vom 1. April 1909 bis zur dritten Klasse Ende März 1916 mit sehr geringem Erfolg. (Die erste Klasse war damals die höchste). Wahrscheinlich erkrankte das Mädchen in jungen Jahren an Kinderlähmung. Es wurde am 14. August 1923 Bewohnerin des damaligen „Krüppelheims Alten Eichen“, Wördemannsweg 19/29 in Stellingen, damals

ein Teil von Altona. Dort sollten durch die Kinderlähmung verursachte Bewegungseinschränkungen operativ korrigiert werden. Bereits am 24. September 1923 wurde sie wieder entlassen. Anscheinend brachten die Bemühungen in Alten Eichen nur wenig Erfolg, denn später wurde wiederholt von einer Schwäche beider Beine als Folge der Kinderlähmung berichtet, die auch die Geistesschwäche verursacht haben soll.

Das „Krüppelheim Alten Eichen“, wurde von der Inneren Mission getragen. Im Mittelpunkt der Arbeit des "Krüppelheims" standen neben chirurgisch-orthopädischen Behandlungen eine Anstaltsschule und eine Lehrwerkstatt.

Am 25. Januar 1924 wurde Elly Seemann mit folgender Begründung Bewohnerin der damaligen Alsterdorfer Anstalten (heute Evangelische Stiftung Alsterdorf): „Die Aufnahme der Elly Seemann in die Alsterdorfer Anstalten ist wegen Folgen einer Kinderlähmung (?) Beinschwäche, Geistesschwäche erforderlich. Nähere Angaben: Sie ist, abgesehen von der Schwäche beider Beine, körperlich gesund. Geistig steht sie auf der Stufe eines Kindes im Alter von 6 Jahren, vergißt alles, ect., Altona, d. 23.2.1924“

In den Alsterdorfer Anstalten wurde Elly Seemanns Wesen als „gutmütig, leicht reizbar, sehr empfindlich, anhänglich, oft recht albern, unangenehm“ zusammengefasst. Handwerkliche Tätigkeiten wie das z. B. das Stopfen von Strümpfen fielen ihr wegen „lahmer Finger“ schwer.

Ellys Eltern, die starken Anteil an ihrer Entwicklung nahmen, nahmen ihre Tochter mehrmals im Jahr auf Urlaub zu sich nach Hause.

Die Berichte über Elly Seemann wiederholten sich in den Jahren. Sie benötigte Hilfe bei der Körperpflege und konnte sich nicht selbst an- und auskleiden. Eine Entwicklung war nicht zu erkennen.

Am 16. August 1943 notierte der Anstaltsarzt SA-Mitglied Gerhard Kreyenberg in Elly-Seemanns Akte: „Wegen schwerer Beschädigung der Anstalten durch Fliegerangriff verlegt nach Wien.“

Durch die schweren Luftangriffe auf Hamburg Ende Juli/Anfang August 1943 („Operation Gomorrha“) erlitten auch die Alsterdorfer Anstalten Bombenschäden. Der Anstaltsleiter,

SA-Mitglied Pastor Friedrich Lensch, nutzte die Gelegenheit, sich mit Zustimmung der Gesundheitsbehörde eines Teils der Bewohnerinnen und Bewohner, die als „arbeitsschwach, pflegeaufwendig oder als besonders schwierig“ galten, durch Abtransporte in andere Heil- und Pflegeanstalten zu entledigen. Mit einem dieser Transporte wurden am 16. August 1943 228 Frauen und Mädchen aus Alsterdorf sowie 72 Mädchen und Frauen aus der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn nach Wien in die „Wagner von Jauregg-Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien“ (auch bekannt als Anstalt „Am Steinhof“) „verlegt“. Unter ihnen befand sich Elly Seemann.

Bei ihrer Ankunft in der Anstalt in Wien konnte Elly Seemann schlecht gehen. Ihre Füße waren stark geschwollen, möglicherweise infolge ihrer Behinderung, die als rechtsseitige Lähmung notiert wurde. Die inzwischen 41 Jahre alte Frau wirkte zunächst zufrieden, ruhig, harmlos, willig. Doch Elly Seemann litt unter Heimweh. Sie geriet bei Luftalarm immer in große Angst, die sich durch „lautes Schreien und Jammern“ äußerte.

Elly Seemanns Eltern hielten Kontakt zu ihrer Tochter. Anfang 1945 bestätigte die Wiener Anstalt den Empfang eines Paketes und mehrerer Briefe. Von dem Ableben ihrer Tochter erhielten sie offenbar erst mit Verzögerung Kenntnis.

Die Mutter richtete am 22. Januar 1945 voller Sorge ein Schreiben an die Direktion der Alsterdorfer Anstalten: „Unsere Elly ist im Juli 43 mit nach Wien gekommen, wir möchten sie gern wieder hier haben und zu uns nehmen, sie leidet sehr unter Heimweh. Es ist doch möglich, wenn die Gefahr dort unten größer wird, dass alle Hamburger Kinder weiter rauf ins Altreich kommen und vielleicht bringt dann irgend eine Angestellte unsere Tochter mit nach hier. Die Unkosten, die daraus entstehen, würden wir selbstverständlich tragen. Unser Kleinsten ist bei Leningrad im Alter von 18 Jahren gefallen, ein Sohn war in Boulogne am Kanal, ist seit September in englische Gefangenschaft geraten. Am 22.12.1944 bekamen wir die Nachricht, dass unser Zweitältester in Saarbürg vermisst ist seit 20. November.

Unsere Elly ist so weit, wir hätten sie so gerne bei uns. Bitte die Direktion um Nachricht, ob die Möglichkeit besteht, dass unser Wunsch

erfüllt wird. Heil Hitler, Frau Seemann, Groß Flottbek, Kempelbarg 16.“ (Boulogne ist eine nordfranzösische Hafenstadt an der Stelle, an der der Fluss Liane in den Ärmelkanal fließt. Saarburg ist eine Stadt im heutigen Landkreis Trier-Saarburg in Rheinland-Pfalz.)

In Wien wurden über Elly Seemanns Befinden keine Aufzeichnungen vorgenommen. Sie wurde am 16. Februar in den Pavillon 19 verlegt. Dieser Pavillon diente als „Infektionspavillon“ und war ein Ort des induzierten Sterbens. Patientinnen, die entweder an (Lungen-) Tbc erkrankt waren oder in Verdacht standen, an Tbc erkrankt zu sein, wurden in diesen Pavillon überstellt, was zur Folge hatte, dass die Patientinnen, die noch gesund waren, spätestens dort mit Tbc infiziert wurden.

Nur fünf Tage später, am 21. Februar, starb Elly Seemann, angeblich an Lungenentzündung. Die Chefärztin/Pathologin Barbara Uiberrak, die seit 1938 an der „Wagner von Jauregg-Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien“ tätig war, nahm am folgenden Tag die Sektion des Leichnams vor. Sie schrieb u. a. in den Sektionsbericht: „Fixation des Gehirns und des heraus präparierten Rückenmarkes in 4 % Formalin.“

Seit 1943 wurden in der Wiener Anstalt wie bei Elly Seemann von rund der Hälfte aller seziierten Leichen die Gehirne für histologische

Untersuchungen entnommen und ein Teil in der hirnanatomischen Sammlung verwahrt. Noch bis 2002 verwahrte die Wiener Anstalt 700 Gehirne, die bei Sektionen entnommen worden waren.

In der „Wagner von Jauregg-Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien“ wurden Patientinnen und Patienten systematisch durch Überdosierung von Medikamenten, durch Nichtbehandlung von Krankheiten, vor allem durch Nahrungsentzug ermordet. Von den 300 Mädchen und Frauen aus Hamburg kamen 257 bis Ende 1945 ums Leben, davon 196 aus Alsterdorf.

Es ist als sicher anzunehmen, dass Elly Seemann keines natürlichen Todes starb.

Ingo Wille

Quellen:

Adressbuch Altona diverse Jahrgänge; StaH 332-5 Standesämter 13676 Geburtsregister Nr. 07/1901 (Heinrich Fritz Grünhagen), 14365 Geburtsregister Nr. 129/1904 (Georg-Hans Seemann), 113601 Geburtsregister Nr. 55/1908 (Magdalena Elisabeth Seemann), 5957 Heiratsregister Nr. 902/1902 (Hans Georg Heinrich Seemann/ Friederike Grünhagen); Evangelische Stiftung Alsterdorf Archiv Sonderakte V 235 (Elly Seemann). Michael Wunder, Ingrid Genkel, Harald Jenner, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr – Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus, Stuttgart 2016, S. 283 ff., 331 ff.

Schlusswort

Auch wenn es nicht mehr einfach ist, die Zeit des Nationalsozialismus in Eidelstedt und Lurup zu rekonstruieren, ist es doch möglich, mit einzelnen Beispielen anschauliche Schlaglichter zu setzen. Die Anstrengungen der letzten 40 Jahre haben eine Grundlage von fundierten Darstellungen geschaffen. Es ist die Aufgabe der lokalen Geschichtsschreibung, der Schulen und der Kultureinrichtungen weiter zu recherchieren, diese Erinnerungen zu pflegen und lebendig zu halten.

Wir wünschen uns und allen Eidelstedter*innen und Luruper*innen, dass es gelingt, die Lehren aus diesem dunklen Kapitel der Geschichte wach zu halten und sie weiter zu geben an die folgenden Generationen, auf dass uns ein Rückfall in Nationalismus, Rassismus, Hass und Verblendung erspart bleibt.

Wolfgang Wallach und Sabine Tengeler

Quellenverzeichnis

Bildnachweis Titelseite

Gasthaus Doppeleiche: *Archiv der Mobilen Geschichtswerkstatt*; Ehemaliges Außenlager Eidelstedt: *KZ-Gedenkstätte Neuengamme*, 1983. (ANg 1982-2203); Zwangsarbeiter*innen bei der Errichtung von Behelfsheimen in Hamburg, *KZ-Gedenkstätte Neuengamme*

Gedruckte Quellen

- Hans **Ellger**, Zwangsarbeit und weibliche Überlebensstrategien. Die Geschichte der Frauenaußenlager des Konzentrationslagers Neuengamme 1944/45, Metropol Verlag, Berlin 2007 – die Promotion des Autors
- Hédi **Fried**, Fragmente meines Lebens. Ein Leben bis Auschwitz und ein Leben danach, Friedrich-Ebert-Stiftung, Julius-Leber-Forum, Hamburg 1995
- Ursel **Hochgemuth**/ Gertrud **Meyer**, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933 – 1945., Röderberg Verlag, Frankfurt a. M. 1980
- Matthias **Hütgens**, Das Außenlager Eidelstedt des KZ Neuengamme – Der Alltag im Lager und Berichte von Anwohnern, Diese Arbeit entstand 1983 als Beitrag für den Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten. Es gab nur eine begrenzte Zahl von Ausgaben, eine wurde im Heimatmuseum archiviert. Es gibt eine pdf-Ausgabe im digitalen Archiv des Heimatmuseums und bei der Mobilen Geschichtswerkstatt
- Margot **Löhr**, Die vergessenen Kinder von Zwangsarbeiterinnen in Hamburg – ermordet durch Vernachlässigung und Unterernährung. Ein Gedenkbuch in zwei Bänden, Landeszentrale für politische Bildung Hamburg 2020
- Hildegard **Lunau**, Diese Arbeit war sehr schwer – Zwangsarbeit in Halstenbek 1940 – 1945. Halstenbek 2018
- Karin **Schawe**, Die Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel – Die Verfolgung von Frauen im nationalsozialistischen Hamburg und die Erinnerung an die Opfer, Herausgegeben von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme
- Antje und Karl-Heinz **Schult†**, Wir Kinder vom Streckenwärterweg, Die Kriegs und Nachkriegszeit in der Plattenhaussiedlung Hamburg – Eidelstedt. Eine Dokumentation aus dem Heimatmuseum, Eidelstedt 2020
- Anke **Schulz**, Hamburger Zwangsarbeiterlager in der Lederstraße 1939 – 1945, Shaker Verlag, Aachen 2010

Anke **Schulz**, Fischkistendorf Lurup, Siedlungsprojekte, Schrebergärten, Bauwagen und Lager von 1920 bis 1950, VSA-Verlag Hamburg 2002

Anke **Schulz**, Luruper Immobilien der Erben-gemeinschaft Bondy. Dokumente einer Enteignung im Nazi-Deutschland, Norderstedt 2013

Digitale Quellen im Internet

Einige wichtige Texte finden sich auf der Internetseite der Geschichtswerkstatt Lurup, die von Anke Schulz betrieben wird.

<http://www.geschichtswerkstatt.lurup.de>

Hans **Ellger**: Ein Barackenlager am Friedrichshulder Weg – ein Frauenaußenlager des Konzentrationslagers Neuengamme

Anke **Schulz**, Lurup und Eidelstedt unter der NS – Herrschaft

Anke **Schulz**, Zwangsarbeiterlager und Konzentrationslager in Lurup, Eidelstedt und Stellingen

Anke **Schulz**, „Die Ortsgruppe als Siedlungszelle“. Über Siedlungsprojekte der Nationalsozialisten in Lurup und Osdorf

Anke **Schulz**, Lurup und Eidelstedt im zweiten Weltkrieg

Wolf **Müller**, Utländers in Sülldorf – ausländische Zivil- und Zwangsarbeiter in der Sülldorfer Landwirtschaft zwischen 1939 und 1945 <http://www.geschichtswerkstatt.lurup.de/suellendorf.htm>

Wichtig für diese Arbeit auch:

<https://www.stolpersteine-hamburg.de>: Hier finden sich alle Informationen, Orte und Biografien zu den Stolpersteinen.

Für ganz Hamburg hat Friederike **Littmann** im Rahmen ihrer Dissertation das Thema Zwangsarbeit intensiv bearbeitet. Dabei ist eine interaktive Karte entstanden, die unter dem Link <http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de/> abrufbar ist und die auch für Eidelstedt wichtige Informationen enthält.

Auch das Portal der KZ Gedenkstätte Neuengamme bietet viele Informationen zum Thema <https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de>.

Quelle Rückseite:

Inge Grolle, Vom Stolpern

<https://www.stolpersteine-hamburg.de>

Vom Stolpern

Die Stolpersteine?

Nein, an ihnen stößt niemand den Fuß

Sie sind ebenerdig ins Pflaster gepflanzt

aber die Namen darauf und die Zeichen sind uns
ins Gewissen gestanzt:

„geboren, deportiert, ermordet“

Und die Orte:

Łódź, Minsk, Riga, Theresienstadt,

Auschwitz, Chelmno, Majdanek, Sobibor, Treblinka ...

Wir suchen euch,
deren Namen in den Archiven und im Himmel
geschrieben sind.

Wir begegnen euch an Orten der Angst und Verfolgung,
wir erkennen euch in euren Kindern und Enkeln.

Die Steine sprechen von euch,
jeden Tag.

Ihr seid nicht vergessen.

Inge Grolle